



Wortprotokoll

der 4. Sitzung vom 8. Februar 1994

Resoconto integrale

della seduta n. 4 dell'8 febbraio 1994

XI. Legislatur
XI. Legislatura
1993 - 1998



**SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO**

SITZUNG 4. SEDUTA

8.2.1994

INHALTSVERZEICHNIS

"Wahl des Landeshauptmannes"..... 3

INDICE

"Elezione del Presidente della Giunta
provinciale"..... 4

Nr. 4 - 8.2.1994

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. SABINA KASSLATTER-MUR

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.08 UHR

(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolls der letzten Sitzung.

LAIMER (Sekretär - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

PRÄSIDENTIN: Gibt es Einwände zum Protokoll? Wenn nicht, so gilt es als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums:

Es wurden folgende Anfragen eingebracht: Nr. 70/94 (Kury/Zendron), betreffend die Styroidämpfe; Nr. 71/94 (Bolzonello/Holzmann), betreffend die Fälligkeit des zwischen dem Krankenhaus Bozen und der Firma Bergamaschi abgeschlossenen Vertrages; Nr. 72/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Abteilung Neurochirurgie am Krankenhaus Bozen; Nr. 73/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Richtlinien für die Neufestlegung des Begleitgeldes; Nr. 74/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den Ankauf des Geländes der ehemaligen Magnesiumwerke durch die Landesverwaltung; Nr. 75/94 (Kury/Zendron), betreffend den derzeitigen Stand und die Zukunft der Vinschgauer Eisenbahn.

Folgende Anfrage wurde schriftlich beantwortet: Nr. 27/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die vom Land angekauften Immobilien, die noch nicht oder nur teilweise benützt werden; vom LR Pellegrini beantwortet.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Klotz, Mitolo und Munter für den Nachmittag sowie der Abgeordnete Pahl für den ganzen Tag entschuldigt.

Wir gehen zur Behandlung der Tagesordnung über.

Punkt 1 der Tagesordnung: "Wahl des Landeshauptmannes".

Punto 1) dell'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta provinciale".

Wie bereits letzte Woche vereinbart, beginnen wir jetzt mit der Debatte zur Regierungserklärung des designierten Landeshauptmannes. Wer wünscht das Wort? Frau Abgeordnete Mayr, bitte.

MAYR C. (SVP): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag! Ich habe die Regierungserklärung des Dr. Durnwalder aufmerksam verfolgt und stimme den Grundzügen seiner Aussagen zu, möchte aber einige Fachgebiete noch konkreter ansprechen.

Ich bin als Sprecherin und Vertreterin der Frauen in den Südtiroler Landtag gewählt worden und daher werde ich in erster Linie deren Interessen verfolgen. Aber Politik für Frauen bedeutet nicht einseitige Politik, sondern Politik für die Allgemeinheit, unter Berücksichtigung der Situation der Frau.

Eigentlich hätte ich mir bei der Regierungserklärung unter der Präambel eine klare Aussage zu den Anliegen der Frauen erwartet. Ich kann mit der einzigen Aussage auf Seite 37 unter dem Titel *"Der Jugend Vorbild sein, und zwar - ich zitiere -: "Die Rolle der Frau in unserer Südtiroler Gesellschaft noch mehr aufwerten"*, leider nicht viel anfangen. Wir Frauen wollen in der heutigen Gesellschaft in Südtirol keine *"Rolle"* spielen, weder eine Haupt-, noch eine Nebenrolle. Wir sind eine der beiden tragenden Säulen, die einen Bogen hält, und dies muß einfach von der Gesellschaft bzw. von der politischen Seite akzeptiert werden. Wir wollen nicht aufgewertet werden, denn wir sind gleichwertig, wir bestehen aber auf eine Chancengleichheit und dies in jeder Lebenssituation. Jede Frau soll die Möglichkeit der freien Wahl haben, wie sie ihr Leben gestalten will, und das besonders in allen einzelnen Lebensabschnitten. Für eine ausgewogene Politik ist es daher erforderlich, Rahmenbedingungen zu schaffen, die jeder Frau bzw. jedem Paar die Möglichkeit geben, sich frei für Familie und/oder Beruf zu entscheiden. Es gilt nicht ein eigenes Programm für Frauen zu machen, sondern in allen Bereichen dieser Chancengleichheit für die Frau Rechnung zu tragen. Dies bedeutet einerseits, daß dem wichtigen Einsatz der Hausfrau und Mutter im Bruttosozialprodukt unseres Landes Rechnung getragen wird, andererseits aber die Berufstätigkeit der Frau nicht verhindert, sondern unterstützt und gefördert wird. Um Beruf und Familie vereinbaren zu können müssen nicht nur Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeit familienfreundlich zu gestalten, sondern auch Maßnahmen, welche die Probleme der Kinderbetreuung lösen. Konkret fordere ich: vermehrte Teilzeitarbeit - nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, sondern auch Anreize für die Privatwirtschaft -; Job-sharing; flexible und gleitende Arbeitszeiten; familienfreundliche Arbeitsplätze; Chancengleichheit in der Karriere, auch in den höheren Etagen und besonders in der öffentlichen Verwaltung; Wiedereinstieg ins Berufsleben; gezielte Abänderung des Familienpakets; Tagesmütter; Kindergärten; Unterstützung und Förderung von Privatinitiativen für Kinderbetreuung, wie z.B. Eltern-Kind-

Zentren; gezieltes und koordiniertes Sommerprogramm für Kinder von berufstätigen Eltern und Alleinerziehern; etc.

Gerade in einer Zeit, wo die Institution Ehe in großer Krise ist, muß gezielte Familienpolitik betrieben werden. Familie ist nicht nur die Keimzelle einer Gesellschaft, eine gesunde Familie ist Garant für einen guten und erfolgreichen Fortbestand der Gesellschaft. Das Ja zum Kind muß gefördert werden! Erhöhung der Abzüge pro Kind und im besonderen Maße ab dem zweiten Kind bei der Berechnung der Einkommensgrundlage für Landesförderungsbeiträge, wie zum Beispiel bei öffentlichem Wohnbau, Wohnbauunterstützung, Stipendien etc. Es ist richtig, daß im Wohnbauförderungsgesetz die Alleinerzieher gezielter unterstützt werden, es ist aber notwendig, daß mit effizienten Kontrollen gewährleistet wird, daß wirkliche Alleinerzieher und nicht "Scheingetrennte" unterstützt werden. Die Landesgesetzgebung soll in erster Linie die Familie sichern und nicht die Auflösung der Ehe fördern.

Mit dem Ausbau und der Verbesserung des Familienpakets, wobei wesentliche Punkte hervorgehoben werden sollen, diese aber ordentlich, soll einerseits die Familienpolitik verbessert werden, andererseits aber der Einsatz der Frau als Mutter und Erzieherin gewertet werden. Daher: Erhöhung des Beitrages für Erziehungsarbeit und dies für die Dauer von drei Jahren; Verbesserung der Hausfrauenrente, Beiträge in Raten gestaffelt und Beihilfen für die Beiträge für die sozial Schwachen.

1994 ist als Jahr der Familie deklariert worden. Ich möchte, daß auch wir vom Südtiroler Landtag und von der Landesregierung hierzu Zeichen setzen. Könnten wir nicht ein Familienparlament einsetzen? Das ganze Jahr über sollen Vorschläge, Ideen und Wünsche bezüglich Familie gesammelt werden. Diese Ideen sollen dann im Herbst in einem Familienparlament diskutiert und verarbeitet werden.

Der Einfluß der Massenmedien auf die öffentliche Meinung ist groß. Wäre es nicht sinnvoll, einen Film über die Familie in Südtirol zu drehen und ihn der ganzen Bevölkerung zukommen zu lassen?

Zur Wirtschaft. Eine gesunde Wirtschaft erhält unseren Lebensstandard und trägt zu einer besseren Lebensqualität bei. Daher muß unsere Wirtschaft florieren und darf nicht stagnieren. Dies bedeutet aber nicht eine vermehrte Unterstützung der Wirtschaftstreibenden, sondern eine gezieltere. Wir müssen von starren Regeln abkommen, Ideen und Kreativität sind sehr gefragt, Qualität muß vor Quantität kommen; nur so kann Südtirol auf dem europäischen Markt als Agrar-, Tourismus- und wirtschaftstreibendes Land bestehen. Das Lizenzwesen soll neu überdacht werden; Eigeninitiative und Ausmachung von neuen Märkten sollen unterstützt werden.

Energieplan. Der Landeshauptmann sagt, daß der Landesenergieplan als vorrangige Ziele den rationalen Umgang mit Energie, den Ausbau der Gasversorgung und einen Wassernutzungsplan zum Inhalt hat. Ich bin der Meinung, daß der Ausbau der zweiten Gasleitung überdacht werden soll. Es muß eine genaue Abwägung zwischen Kosteneinsatz und Notwendigkeit gemacht werden. Ebenso darf diese zweite Gasleitung niemals unsere Landschaft und un-

sere geschützten Gebiete belasten und verletzen. Wenn eine zweite Gasleitung, dann nur durch den Talboden!

Ich möchte mich auch für eine vermehrte Förderung von Alternativenergien und im besonderen Maße für die Sonnenenergie aussprechen. Südtirol ist ein begnadetes Sonnenland. Nützen wir gezielt diese Ressourcen und fördern wir Sonnenkollektoren bei Privaten, aber auch bei Betrieben und Genossenschaften.

Umwelt. Die Aussagen des geschätzten Landeshauptmannes zum Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Lebensressourcen sind sehr zu begrüßen und zu unterstützen. Es ist mir ein Anliegen, daß wir in der kommenden Legislaturperiode besonders jene Gebiete, welche noch unberührt und nicht verbaut worden sind, schützen. Diese wenigen Gebiete müssen wir unseren Nachkommen erhalten, es sind Gegenden mit einzigartiger Flora und Fauna. Es ist sinnvoll, daß z.B. das Naturschutzgebiet "Rieserfernergruppe" ausgedehnt und mit den österreichischen Nachbarn verbunden wird.

Verkehr. Mit Freuden haben wir zur Kenntnis genommen, daß die Landesregierung bzw. die öffentliche Hand Staatsstraßen von der ANAS übernehmen will. Dies ist für mich Garantie, daß diese Straßen in Zukunft in gutem Zustand sein werden. Bei der Liste dieser Straßen fehlt mir der Abschnitt St. Leonhard bis Moos und Platt in Passeier. Dieser Teilabschnitt ist ein Stiefkind der ANAS-Straßen. Bei jedem größeren Regen und Gewitter ist die Straße vermurt und unterbrochen und für mehrere Wochen für den Verkehr nicht zugänglich. Dies bedeutet, daß zirka 200 Kinder aus Platt und Moos für mehrere Wochen nicht die Mittelschule besuchen können; es bedeutet aber auch, daß diese Kinder auf ihrem Schulweg tagtäglich einer großen, nicht zu unterschätzenden Gefahr ausgesetzt sind.

Die öffentlichen Verkehrsmittel Bus und Zug sollen attraktiver für die Bevölkerung werden. Es ist unbedingt notwendig, daß die Fahrpläne wirklich koordiniert werden - besonders im Unterland - und daß zu Stoßzeiten mehr Busse eingesetzt werden. Koordinierung ist nicht nur wegen der Anschlußzeiten wichtig, sondern auch um Parallelverkehr zu vermeiden. Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel kann auch durch eine günstige Preispolitik - Abonnements etc. -, aber auch durch eine benutzerfreundliche Ausstattung derselben erreicht werden. So würde ich z.B. für Busmodelle plädieren, die durch eine Senkvorrichtung das Einsteigen mit Kinderwägen und für ältere Menschen erleichtert.

Mit Freude habe ich das Nein zur Alemagna und das Nein zur Mailand-Ulm zur Kenntnis genommen. Es ist richtig und notwendig, daß die Hauptstraßen Pustertal und Vinschgau verbessert und ausgebaut werden. Ich erwarte mir dabei eine Verkehrsberuhigung der bewohnten Ortschaften.

Im Koalitionsprogramm wird von einem Ausbau des Flugplatzes gesprochen. Als Vertreterin der Stadt Bozen ersuche ich, daß der Flugplatz nicht flächenmäßig erweitert wird, sondern er soll höchstens - bei der Vorlage einer Kosten-Nutzen-Analyse sowie der entsprechenden UVP - technisch aufgerüstet werden.

Die Landeshauptstadt. Als Boznerin sei mir auch erlaubt, eine Aussage dazu zu machen. Bozen ist als Landeshauptstadt Zentrum der Verwaltung, der Handelstätigkeit und der Dienstleistungen und hat auch auf kulturellem Gebiete eine über die Gemeinde hinausreichende Funktion zu erfüllen. Die Stadt ist aufgrund ihrer Funktion als Landeshauptstadt größeren Mehrbelastungen ausgesetzt, wie z.B. Unterbringung der Ämter der Landes- und peripheren Staatsverwaltung, verschiedenster halbstaatlicher Betriebe, der Gerichtsbarkeit, der Polizei und des Militärs. Sanitäre und soziale Einrichtungen des Landes und der Bezirksgemeinschaft Salten-Schlern sind hier konzentriert; verschiedene Landesverbände haben hier ihren Sitz; die Bozner Oberschulen mit ihren Zusatzeinrichtungen werden von Schülern aus einem weit über die Gemeindegrenzen hinausgehenden Einzugsgebiet besucht. Dasselbe gilt für die Müllentsorgungsanlagen, und auch das Problem der Gastarbeiter wird wesentlich auf die Landeshauptstadt abgewälzt. All diesen Funktionen und Belastungen muß von der Landesregierung vermehrt Rechnung getragen werden. Dies bedeutet, daß sich das Land im höheren Maße an den Führungskosten für übergemeindliche Strukturen beteiligt, daß bestimmte notwendige Strukturen vom Lande finanziert werden müssen, wie z.B. Schülerheime, Mädchenheim, Jugendherberge, Obdachlosenheim für Frauen, etc.

Die Einsetzung des Oberlandesgerichtes darf nicht ein leeres Wort sein. Bei der Eröffnung des Gerichtsjahres in Trient war man der Meinung, daß das Oberlandesgericht in Bozen nicht so schnell eingesetzt werden wird. Dem muß ich mich entschieden widersetzen und die Landesregierung auf dessen Wichtigkeit für die Südtiroler Bevölkerung aufmerksam machen, ganz besonders, was das Jugendgericht betrifft. Das Jugendgericht hat mehr eine erzieherische Funktion als eine strafende. Wie kann man aber erziehen, wenn man eine Sprache spricht, die der Minderjährige nicht gut beherrscht?

Bei der Umsetzung der vielfältigen Probleme für die Landeshauptstadt müssen Land und Stadt Partner sein.

Kultur und Bildung. Es freut mich, daß laut Aussagen unseres Landeshauptmannes das gesamte Feld der Weiterbildung eine weitere Qualifizierung erfahren soll. Es ist nicht nur notwendig, daß mehr Koordination bzw. Differenzierung unter den Weiterbildungsanbietern stattfindet, sondern laut meinen Studien ist besonders die Weiterbildung im mittleren Alter gefragt. Frauen möchten nach der Kinderpause wiederum in den Beruf eintreten. Dies benötigt aber gezielte Weiterbildungs- und Umschulungsangebote, die den Marktbedürfnissen entsprechen müssen. Ebenso sind Weiterbildungsangebote während des sogenannten Familienurlaubs gewünscht.

Sozialpolitik. Die Aussagen zur Sozialpolitik unseres Landeshauptmannes sind ausführlich und vollinhaltlich vertretbar. Etwas liegt mir aber am Herzen: Unter dem Abschnitt Kultur und Bildung heißt es: "*Nichts geht über Eigeninitiative*". Diese Forderung möchte ich auch in der Sozialpolitik unterstreichen.

Wir haben in Südtirol sehr viele private Vereinigungen und Organisationen, die seit Jahren mit Erfolg viele sozialpolitische Anliegen vorantreiben. Diese Einrichtungen sollen erhalten, gefördert und ausgebaut werden. Deshalb soll

z.B. der zügige Ausbau des Sprengelwesens nicht unsere verschiedenen Familienberatungsstellen verdrängen.

Es ist richtig, daß man durch eine saubere und flexible Bedarfsplanung dafür sorgt, daß in unserem landesweit gut abgestimmten Krankenhausangebot weder kostentreibende Verdoppelung noch Versorgungslücken entstehen. Ebenso aber ist es notwendig, daß die bestehenden peripheren Krankenhäuser mit den vier wichtigsten Primariaten erhalten bleiben. Diese Krankenhäuser decken die Grundbedürfnisse der dort ansässigen Bevölkerung.

Auch der sogenannten "neuen Armut" in Südtirol muß Rechnung getragen werden. Zu den neuen Armen gehören nicht nur Mitglieder von Randgruppen, sondern in letzter Zeit leider auch ältere Frauen, die aufgrund von Familienumständen - z.B. Trennung und Scheidung - im Alter ohne Einkommen und sozialer Absicherung sind. Wir müssen uns in den nächsten fünf Jahren verstärkt mit diesem Problem auseinandersetzen.

Verwaltung. Die öffentliche Verwaltung soll sich nicht nur durch Korrektheit, Sauberkeit und Transparenz auszeichnen, sondern sie soll auch effizient sein. Damit Verwaltung Dienst am Bürger ist, müssen die Anträge des Einzelnen rasch behandelt werden.

Der Bürger hat das Recht, genaue Aufklärung über verschiedene Amtshandlungen und Entscheidungen zu bekommen, die öffentliche Verwaltung darf ihn nicht von einem Amt zum anderen vertrösten.

Die Gesetze, die der Landtag in dieser Legislaturperiode verabschieden wird, sollen klar und aussagekräftig sein. Nur so haben wir die Garantie, daß unsere Gesetzgebung wirklich zum Tragen kommt.

Auch die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung sollen kein leeres Wort sein. Allem voran muß man versuchen, den teuren Verwaltungsapparat zu verkleinern. Insbesondere sollen die Büroräume für die öffentliche Verwaltung nicht vergrößert, sondern verkleinert werden. Man arbeitet in einem kleinen Büro ebenso gut, wie in einem großen; große Räumlichkeiten bedeuten nur Erhöhung des Prestiges der einzelnen Angestellten.

Europaregion Tirol. Zum Abschluß noch zwei Worte zu einem allgemein politischen Thema: die Europaregion Tirol. Durch den bevorstehenden Eintritt Österreichs in die Europäische Union kommt der Europaregion Tirol eine besondere Mittlerrolle im Kultur-, Wirtschafts- und politischen Bereich zu. Dadurch wird die Möglichkeit offenbart, daß nicht nur das Land, sondern alle Tiroler wieder zusammenwachsen und gemeinsame Anliegen, die sich auch aus der ähnlichen geographischen Beschaffenheit des Landes ergeben, besser vorgetragen werden können. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist schon mit Erfolg im "Accordino" praktiziert worden; von der Europaregion Tirol erwarte ich mir eine Zusammenarbeit und einen Austausch von Ideen und Bedürfnissen auf größerer Ebene.

Abschließend möchte ich unterstreichen, daß die Politik in Südtirol zum Wohle der gesamten Bevölkerung ist, und daß sie nur gemeinsam realisiert werden kann. Probleme dürfen auch nicht einzeln oder isoliert angegangen

werden, sondern sie müssen auch aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und gelöst werden. Gemeinsam erreicht man mehr!

KLOTZ (UFS): Frau Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieses Koalitionsprogramm bringt im Grunde genommen kaum Neues, außer, daß man die primäre Zuständigkeit für das Schulwesen will. Es ist allgemein zu sagen, wer sich etwa wesentliche Neuerungen erwartet hat, der wird feststellen, daß es überhaupt nichts Neues gibt. Es sind die alten Seilschaften geblieben. Man hat mangels Wiederwahl von Giuseppe Sfondrini jetzt halt Romano Viola hereingenommen. Am ideologischen Umfeld ändert sich dadurch nicht viel. Mehr oder weniger sind es die alten Seilschaften. Wir haben infolgedessen von dieser Legislaturperiode bestimmt wenig Neuerungen zu erwarten.

Die Union für Südtirol hat von vornherein gesagt, daß man nicht um den Preis eines wässrigen Programmes, eines nichtssagenden Koalitionsabkommens, eine Koalition bilden soll; man soll die im Statut vorgesehene Beteiligung respektieren, aber nicht unbedingt koalieren, um den Preis, daß Verschiedenes vertuscht bleibt und daß es im Grunde genommen eine Augenauswischerei ist. Ich will kurz erläutern, was ich damit meine. Die schönen Floskeln von der dynamischen Autonomie, vom Ausgleich für alle drei Sprachgruppen, von der gleichmäßigen Förderung, sind eine getarnte Unwahrheit. Wer hat vor allem von der Autonomie profitiert? Die Italiener im Lande, allgemein, denn als Angehörige des Staatsvolkes haben sie sowieso alles. Sie haben ihre Gerichte, sie haben ihre Polizei, sie haben ihr Militär, sie haben ihre hohen Beamten, sie haben alles. Zusätzlich aber verlangen sie nun als Minderheit im Lande betrachtet zu werden und als sogenannte nun übrigbleibende echte Minderheit doppelt gefördert zu werden. Ja, schauen wir uns einmal an, was für ein Zirkus betrieben wird, wenn in Bozen Arbeitsplätze verlorengelassen, und schauen wir uns an, welches betretene Schweigen und Nichtstun herrscht, wenn im Pustertal und auf dem Lande Hunderte von Arbeitsplätze verlorengelassen! Schauen wir uns die Betriebe an, Bierfeld und wie sie alle heißen. Da hört man nicht viel. Wer hat noch von der sogenannten dynamischen Autonomie profitiert? Die Tosolinis, die Bonomos, die Rimas, die haben saftig davon kassiert und profitiert; und viele andere auch. Wir brauchen nur zu schauen, wer in diesen letzten dreißig Jahren im Lande reich geworden ist, wer noch reicher geworden ist und wer dabei ärmer geworden ist. Und wenn ich dann von der sogenannten Autonomie höre, dann muß ich aufgrund der letzten Entwicklungen schon sagen, für viele, vor allen Dingen in der italienischen Volksgruppe, ist Autonomie gleich Recht auf Chauvinismus. Recht auf Chauvinismus, das wird heute vielfach als Autonomie verstanden. Das zeigt sich bei den Siegesfeiern, großes europäisches Gehabe; das zeigt sich vor allen Dingen in den öffentlichen Ämtern, wo es mit dem Recht auf die deutsche Muttersprache überall hapert. In diesem Zusammenhang, Herr designierter Landeshauptmann, möchte ich einmal fragen, ob Sie daran denken, bereits jetzt für den Mai vorzusorgen, denn mit Sicherheit werden wieder nur italienische Steuerformulare geschickt. Vielleicht wäre es an der Zeit, heute schon diese "armen" Leute daran zu erinnern, daß sie im Zwan-

zigsten Jahrhundert leben, damit sie nicht wieder technische Schwierigkeiten als Grund dafür angeben, daß die Formulare nicht früh genug zweisprachig aufliegen.

Des weiteren ist immer von der europäischen Dimension die Rede: Vorbildcharakter Südtirol für Europa. Ja, inwiefern denn? Wo denn? Die höchste Militärpräsenz in Europa überhaupt, Bollwerk faschistischer Ideen, Bollwerk des Chauvinismus! Es wird wohl genügen, darauf hinzuweisen, welche Figur Durnwalder am letzten 4. November gemacht hat. Wenn das die europäische Dimension ist, dann ... Und ich meine, da muß man ansetzen. Da muß man dargehen, einmal klar zu reden, etwas Klares zu sagen. Dynamische Autonomie, das verdeckt all diese Tendenzen, die gar nichts mit einem fortschrittlichen Europa zu tun haben. Wir unsererseits sind aufgefordert, uns zu öffnen. Wohin denn? Eben bis dorthin, wo wir dann wieder auf unser Recht zu verzichten haben, wo wir verzichten sollen auf die Mentalität. Wir haben es hier mit einem großen Staatsvolk zu tun; seien wir doch glücklich, daß wir an dessen Reichtum teilhaben können.

Und schließlich ist dann in diesem Koalitionsabkommen die Rede von diesen besonderen Merkmalen und Gegebenheiten, also die sogenannte dynamische Autonomie. Das haben vor allen Dingen die Arbeitnehmer, die Angestellten gespürt, die ihr Rahmenabkommen davonschwimmen haben sehen, wieweit es mit dieser dynamischen Autonomie ist, mit der Autonomie überhaupt. Inzwischen sind die letzten draufgekommen, daß das nichts als eine Augenauswischerei ist, wenn man herkommt und sagt *"ja, immerhin hat uns die Autonomie Wohlstand gebracht"*. Schauen wir uns im Umkreis an. Die Länder, die Bruder- oder Nachbarländer in unmittelbarer Nähe haben nicht diese sogenannte großartige Autonomie, diese Modellautonomie. Schaut Euch um. Schaut Euch den Standard an. Ist der Lebensstandard dort etwa schlechter, nur weil sie nicht diese großartige Autonomie haben? Schauen wir uns Nordtirol an, schauen wir uns die nahe Schweiz an, schauen wir uns Bayern an und andere Gebiete! Das hängt wohl in erster Linie nicht mit der Autonomie zusammen, ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (UFS): Ich komme dazu.

... weil es heißt "Vorbild-Autonomie", also diese großartige. Es wird ja immer beklagt, daß die Nordtiroler zu wenig Autonomie hätten. Aber ich kann das nicht feststellen, wenn man es dann auf den einen Punkt konzentriert, Autonomie ist gleich Fortschritt, ist gleich gutes Leben. Dann, muß ich sagen, ist auch dies eine falsche logische Schlußfolgerung. Und wenn ich also sehe, daß diese besonderen Merkmale und Gegebenheiten dem Land Südtirol die Chance eröffnen, einen Beitrag für die Umgestaltung des italienischen Staates zu einem stärker auf Autonomie und Regionalismus ausgerichteten Staatswesen zu leisten, dann kann ich nur mehr den Kopf schütteln über soviel Illusionismus und soviel Utopie, zu glauben, daß wir den italienischen Staat retten könnten - abgesehen davon, daß das mein Ziel nicht ist. Aber ich bin der Meinung, eine

Südtiroler Landesregierung sollte sich in erster Linie darauf beschränken, daß man Politik für Südtirol macht, und zwar eine Politik, die der Freiheit entspricht und nicht einem immer stärker werdenden Anhängsel eines korrupten Staates. Die Tendenz geht dahin, weil man sich ja an die immer enger werdenden Rahmenbedingungen hält, weil man das mehr oder weniger alles akzeptiert. Mein Kollege Benedikter wird dann sagen, was auf dieser sogenannten hohen Rutschebene in Rom inzwischen geschehen ist, wo auch Vertreter der Südtiroler Volkspartei dafürstimmen, daß Italien ja kein föderalistischer Staat wird. Das wird aber Dr. Benedikter noch genauer ausführen.

Also, soviel Energie dafür zu verwenden, daß man ja einen Koalitionspartner bei der Stange hält, auch mit der Blickrichtung, Rom zu helfen, daß das dort ja ein zivilisierter Staat wird und reif für Europa, das ist vergebene Liebesmüh'. Wir werden das schon noch sehen. Wir haben noch fünf Jahre vor uns, in denen wir dann konkret sehen werden, wohin die Dynamik dieser Autonomie geht, was dann mit der primären Zuständigkeit für Schule und Kultur wirklich wird, wer dafür kämpft. Ich bin heute schon gespannt, ob Romano Viola sich dafür einsetzen wird, ex DC, ob die anderen alten Seilschaftskollegen sich damit identifizieren werden. Da können wir alle zusammen gespannt sein.

Wie gesagt, Autonomie als Recht auf Chauvinismus, auch in der Frage der Ortsnamengebung. Es ist eben so, daß ein Name nicht zu übersetzen ist und daß für einen seit Jahrhunderten oder noch länger existierenden Namen kein neuer zu erfinden ist, auch wenn er so romantisch klingt wie "Alle Cave" statt "Grasstein", und andere Beispiele. Dazu gibt es ganz einfach kein Recht. Aber die Landesregierung schickt sich ja an, darüber zu verhandeln, über etwas, was nicht verhandelbar sein darf. Damit begeben wir uns wirklich nach Europa. Wir setzen ein einmaliges Beispiel dafür, daß das im Grunde Recht auf Chauvinismus ist.

Ganz kurz zur Sozialpolitik des Landes. Tatsache ist, daß in den letzten Jahren die Reichen reicher geworden sind und die Armen ärmer werden. Wir sehen die Schwierigkeiten der Kleinbetriebe, der Familienbetriebe, der Handwerker vor allen Dingen, die, eingebettet in diese staatliche Misere, in dieses Steuerwesen, keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Betriebe zu schließen, weil sie nicht mehr imstande sind, diese hohe Steuerlast zu tragen und die Sozialabgaben zu leisten, wie sie vorgeschrieben sind, weil das System an der Korruption orientiert ist und nicht an der Korrektheit, und nicht an der Sauberkeit, und nicht am Buchstaben des Gesetzes. Und weil unsere Leute brav anwenden, was sie vorgeschrieben bekommen, kann das bei uns in Südtirol nicht funktionieren. Aus diesem Grunde, Herr Landeshauptmann, finde ich es einfach eine Frotzelei, wenn im Koalitionsabkommen zum Kapitel Finanzautonomie lediglich steht: *"Schnelle Überweisung der Haushaltsmittel seitens des Staates"*. Ist das alles, was Euch zur sogenannten Finanzautonomie einfällt? Es gibt keine echte Finanzautonomie ohne die Steuerhoheit, und es gibt keine echte Steuerhoheit ohne die Finanzhoheit. Und ehe wir hier im Lande nicht gemeinsam dafür kämpfen, daß wir die Steuerhoheit bekommen, wird das, was ihr hier als Finanzautonomie hineinschreibt, nichts als eine Farce sein, nichts als ein

Feigenblatt, eine Augenauswischerei. Nur dann nämlich wird die Steuermoral entsprechend steigen, wenn der Bürger weiß, daß sein Geld korrekt verwaltet wird. Und jetzt wäre ich bei dem, was am Ende der Regierungserklärung über die Korrektheit, Sauberkeit und Transparenz in der Verwaltung steht. Das haben wir immer schon gehört, nur steht hier nirgends etwas von Maßnahmen, in dem Sinne, daß sich unkorrektes Verhalten nicht auszahlen darf. Ich meine, wenn das offizielle Land nicht einmal einen Vertreter zum Prozeß entsendet, wo über die Tatsache entschieden wird, daß das Land 400 Millionen Schaden hat, durch eine solche krumme Tour - wir wissen alle, die Ferrettiade Pfarrhof -, ja, wo bleibt dann die tatsächliche Verwendung für diese Ziele? Wo bleibt der Beweis dafür, daß es Euch ernst ist. 400 Millionen Lire sind auch kein Pappenstiel. Und ich glaube, das wird nicht alles sein. Nicht wahr? Es laufen ja noch einige Verfahren. In diesem Zusammenhang können wir ruhig auch auf unsre Erfahrungen mit den sogenannten Untersuchungskommissionen zu sprechen kommen, wie groß der Wille der Landesregierung dort war, sich daran zu beteiligen, daß das Land auch zu seinem finanziellen Recht kommt, denn immerhin ist das Land dort betrogen worden, um große Beträge, denn all diese Frühpensionierungen und Wohnbaugenehmigungen, für die Beamte kassiert haben, schlagen zu Buche. Ja, und sehen wir uns dann die Machenschaften von Gozzer und Co. an. Sie haben ja auch Geld gekostet. Schaut einmal hinter die Kulissen der Krankenhäuser, in die Keller, die Geräte! Wer ist reich geworden? Die Lieferfirmen für Sanitätsgeräte, die Lieferfirmen für Computerware, die sind auch durch die sogenannte dynamische Autonomie reich geworden. Es läuft ja wie geschmiert in dieser dynamischen Autonomie. Also, ich glaube, daß man hier schon andere Ansätze bringen muß, als nur hineinzuschreiben: *"Wir sind für Korrektheit"*. Man muß Fakten setzen, und sei es auch als ersten Schritt mit der Präsenz in einem solchen Prozeß, wo es darum geht, daß das Land einen solchen Schaden gehabt hat. Sonst wird dieses Land und werden die Mittel des Landes, auch der Landesregierung, ein Selbstbedienungsgeschäft, denn auch ich bin davon überzeugt, daß der Großteil der Landesbeamten korrekte und ehrenwerte Leute sind. Aber es genügen fünf Prozent, die selbstverständlich dann, wenn sie sehen, krumme Touren zahlen sich bis zum Ende doch irgendwie aus, in Versuchung geführt werden. Da muß es Exempel geben, daß es sich nicht auszahlt zu stehlen und zu gaunern. Dieses Exempel aber sehe ich nicht.

Dann kommen wir schließlich zu einem Thema, dem besonderes Augenmerk gewidmet werden müßte. Der designierte Landesrat für das Gesundheitswesen Saurer ist nicht anwesend. Er hat mit seiner Politik der Privatisierung verschiedener Dienste im Sanitätssektor wesentlich dazu beigetragen, daß weder Proporz noch Zweisprachigkeit eingehalten werden. Das ist bei der Privatisierung, also bei den Kreisen RE.Z.A.M., VILLA DELUEZ so; beispielsweise im RE.Z.A.M., wo es auch um psychologische Berater geht, wo nicht ein einziger deutschsprachiger Psychologe aufgenommen worden ist, wo die Mitglieder selbst keinen Einblick in das Rechnungswesen haben, über die Buchführung dieses Vereins keinerlei Überblick haben. Dort ist auch einmal nachzu-

schauen, denn dort geht es auch um Hunderte von Millionen und zudem geht es darum, daß auch dort das Recht auf Chauvinismus geltend gemacht wird, indem der Proporz einfach mißachtet wird, indem das Recht auf die deutsche Muttersprache toter Buchstabe bleibt. Das sind Aufgaben, an die man herangehen muß; überhaupt bei der Privatisierung. Ich brauche nicht darauf einzugehen. Da wird jetzt schon das Gericht die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen, was die sogenannten Reinigungsdienste betrifft, was die Übertragung beispielsweise des gesamten Reinigungswesens im Krankenhaus Bozen an die Firma Bergamaschi zu Tage fördert. Da werden sich noch andere damit befassen, die Gerichte. Und ich hoffe, daß in diesem Fall nicht auch wieder der Zeuge kaputt gemacht wird, dem Zeugen Hirnwäsche gemacht wird, so daß dieser sich nachher vorkommen muß wie der Angeklagte, sondern daß man endlich diesen unverfrorenen Gaunern das Handwerk legt und ihnen zeigt, daß es sich in unserem Lande nicht auszahlt, Gauner zu sein.

Zum Schluß - es gäbe natürlich noch eine ganze Reihe von Dingen zu sagen - möchte ich auf die Kulturpolitik eingehen. Hier ist wieder einmal die Rede von der Aufwertung der Stadt Bozen. Kollege Atz, ich weiß schon, daß Du das als ein ganz großes Bedürfnis ansiehst, aber wir müssen im Sinne der Solidarität, die auch in diesem Koalitionsabkommen sozusagen festgeschrieben ist, sagen, daß wir vor allen Dingen auch an die Landbevölkerung denken müssen, denn die Landbevölkerung, besonders die Bergbewohner, haben die allergrößten Schwierigkeiten. Wir müssen dort vor allen Dingen fördernd eingreifen, denn die Bevölkerung der Stadt hat Zugang zu allem; die haben die leichteren Wege zur Schule; die haben die Möglichkeit, ins Theater zu gehen; die haben eher einmal bedeutende Konzerte und Vorträge. Die Bevölkerung auf dem Lande hat das nicht, und die Bergbewohner noch weniger, denn was teilweise im Fernsehen geboten wird, wird man wohl nicht als Kultur bezeichnen wollen. Wenn man etwa auf die Idee kommen sollte, zu sagen "*ja, die haben ja das Fernsehangebot*", dann muß man ganz einfach sagen, das wäre Zynismus. Wir müssen also dort fördern. Die Stadt hat Strukturen, vielleicht in einem Bereich weniger, aber sehr viele Strukturen hat sie. Auch was den Schulhausneubau betrifft, wird man genauer acht geben müssen, was bereits an Strukturen steht und diese besser nützen, als neue bauen. Ich habe kürzlich nur gelesen, was man für Bozen auch an Sportstätten neu errichten will: zusätzlich Tennisplätze, zusätzlich Fußballplätze. Leute, wenn die Gelder knapper werden, dann werden wir doch nicht anfangen, zuerst beim Sport verschwenderisch zu sein! Dann werden wir wohl an die Wohnungen denken, an die kulturellen Einrichtungen, denn ich bin der Meinung, in allererster Linie ist die Lebensexistenz zu sichern und dann erst kommt der Sport. Wenn jemand nicht die entsprechenden Mittel hat, nicht über das Lebensminimum hinauskommt, dann wird er auch von den Sportstätten nichts haben.

Auch mehr Wert auf die eigentliche Erziehung wäre zu legen. Hier ist die Rede von Förderung des Fremdsprachenunterrichts. Einverstanden damit, nicht natürlich auf Kosten der Muttersprache; einverstanden damit, daß der Zweitsprachenunterricht verbessert wird; einverstanden damit, daß moderne Technolo-

gie auch in unseren Schulen Einzug hält, aber das darf nicht auf Kosten der Human- und der Allgemeinbildung gehen, denn wir hören heute bereits von den Universitäten, daß leider Gottes soziales Empfinden, Allgemeinbildung unter die Räder geraten, weil bis zum Schluß, vor allen Dingen in den wirtschaftlich orientierten Fächern und Fakultäten, nur eine Richtschnur gilt: Was bringt es unter dem Strich?. Da geht es also in erster Linie um materialistische Maßstäbe. Ich glaube, da wird es für unsere Gemeinschaft überhaupt gesellschaftspolitisch kritisch, wenn das die wichtigste Ausrichtung in unserem Bildungswesen ist. Vor allen Dingen - leider ist auch der designierte Landesrat für Kulturwesen Dr. Hosp nicht anwesend - wird es auch darum gehen, daß man endlich den Mut hat, in den Schulen tatsächliche Identitätsbildung zu betreiben. Herr designierter Landesrat Hosp, bitte mehr Wert in den Schulen auf Identitätsbildung legen, denn auch die beste Beherrschung der Fremdsprachen wird nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir an der Identität kranken und daß vor allen Dingen darunter dann auch die Muttersprache leiden wird. Wir werden in diesem Staat, solange wir ein Teil davon bleiben müssen, vor den Assimilierungstendenzen nicht bewahrt. Diese laufen tagtäglich. Und da muß unser Landesrat, müssen unsere Leute, die entsprechenden Akzente setzen. Das können wir nicht von Romano Viola verlangen. Oder, nein, es wird ja ein PP-ler Landesrat für Kulturwesen. Also wir können die Interessensvertretung in diesem Bereich nicht dem Italiener überlassen. Das ist ganz klar. Infolgedessen also, bitte auch mehr Wert auf wirkliche Erziehung, Allgemeinbildung, humane Ausrichtung, soziales Empfinden in unseren Schulen und nicht nur Wirtschaftlichkeit: Was bringt es mir? Was kostet es mich?

Insgesamt muß man feststellen, daß dieses Koalitionsprogramm in der Tat dynamisch ist. Man kann sehr vieles hineininterpretieren, man begibt sich auf die Ebene des Rutschens auf verschiedenen Bänken; allgemein gehalten; vor allen Dingen auch immer wieder *"die Autonomie ist für alle da"*. Aber, wie gesagt, wir werden nicht umhinkommen, auch einmal ein klares Wort hier zu sprechen. Und die Landesregierung wird wahrscheinlich manchmal gar nicht so glücklich darüber sein, daß sie sich auf diese Koalition eingelassen hat, denn aufgrund dieses Koalitionspapiers werden die drei italienischen Partner auch in Zukunft alles ausbremsen können, was sie irgendwie nur wollen. Insofern empfinde ich es einmal als Unglück, daß man überhaupt eine Koalition gebildet hat und auch als Unglück, daß man eine so große Landesregierung bilden will. Aber darauf werde ich noch zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

Dott. MICHELE DI PUPPO

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Consigliere Benedikter, ha facoltà di parlare.

BENEDIKTER (UFS): *"Wir haben auf nichts verzichtet"*, das hat Magnago, der je älter, desto kindischer wird, am 27. Jänner 1994, unter tosendem Bei-

fall an der Universität Innsbruck gesagt. Gemäß "Dolomiten"-Bericht vom 29. Jänner 1994 hat er sich nicht mit den von mir verfaßten Tatbeständen des Verrates an der Heimat - der Verrat wurde durch die Streitbeilegungserklärung gekrönt - auseinandergesetzt und selbstverständlich verschwiegen, daß Riz in Rom in der Verfassungsreformkommission bei der entscheidenden Abstimmung, ob Italien ein Bundesstaat oder ein Regionalstaat werden soll, für den Regionalstaat und damit für den endgültigen Verbleib bei Italien gestimmt hat. Der von dieser Kommission am 11. Jänner 1994 dem Parlament mitgeteilte Entwurf, über den das neue Parlament zu entscheiden haben wird, bestimmt zwar, daß die Regionen Gesetzgebungsbefugnis haben über alles, wofür der Staat nicht zuständig ist, doch behält der Staat in 26 Punkten alles, was er schon bisher gegenüber den Spezialregionen gehabt hat, einschließlich der Koordinierungsbefugnis im nationalen Interesse, wie sie vom Verfassungsgerichtshof auch gegenüber Südtirol, trotz des Pariser Vertrages, in rund siebenzig Urteilen ausgebaut worden ist. Wenn diese Reform - die Nilde Iotti an den Präsidenten des Regionalrates verteilt hat, und ich weiß nicht, ob sie der Präsident des Regionalrates dann an alle verteilt hat - in Kraft tritt, werden die vom Verfassungsgerichtshof aufgrund der Koordinierungsbefugnis entzogenen Zuständigkeiten endgültig auch dem Buchstaben der Verfassung nach dem Staat vorbehalten, so daß der Gerichtshof seine Rechtssprechung gar nicht mehr autonomiefreundlicher gestalten könnte; das gilt für Industriepolitik, Energieversorgung, Arbeitsrecht, Unterrichtswesen, Universität usw. Neu ist, daß die Regionen, gleich wie die Normalprovinzen und Gemeinden, finanziell von den von ihnen auferlegten Steuern und der Beteiligung an den Staatssteuern leben sollen; nicht von 9/10teln aller Steuern, wie wir bisher, denn der Staat braucht auch Geld für seine verbleibenden wesentlichen Aufgaben und für den Ausgleich an die wirtschaftlich benachteiligten Regionen. Es bleibt alles beim Alten, nur kann es keine finanziell privilegierten Regionen, wie Aostatal und Trentino-Südtirol mehr geben, denn die neu gefaßten Artikel 119 und 119/bis der Verfassung schließen das aus. Da ist der neugefaßte Artikel 116 über die Spezialregionen. So wie 1948 bleibt es bei der Region Trentino-Südtirol. Kein Wort von den autonomen Provinzen, wie sie seit 1972 bestehen; genau das Gegenteil von der Abschaffung der Region, wie sie die Südtiroler Volkspartei - im besonderen Siegfried Brugger - vorgibt, zu verlangen.

Europaregion Tirol. Gemäß neuem Artikel 117/quater dieses Verfassungsreformentwurfes dürfen sich die Regionen gemäß Staatsgesetz an der Willensbildung des Staates hinsichtlich Brüsseler Beschlüsse beteiligen, wie es schon bisher in der Konferenz Staat-Regionen rein beratend der Fall war. Sie sollen die in ihre Zuständigkeit fallenden europäischen Richtlinien durchführen; wenn nicht, tritt der Staat an ihre Stelle. Es ändert sich nichts am heutigen Zustand.

Davon, daß Riz die Gelegenheit genützt hätte, anläßlich der Verfassungsreform, die völkerrechtlich geregelten, auch Italien bindenden und anderswo von Italien verfochtenen - siehe Palästinenser - Selbstbestimmungsrechte zu verlangen, wie es die Aostaner in ihren Verfassungsreformentwurf für

einen echten Bundesstaat vorgesehen haben und wie es in der neuen Verfassung ausführlich angeführt ist, ist hier keine Rede. Das Ja zu diesem Entwurf bedeutet im Sinne der Streitbeilegungserklärung und des Maastricht Vertrages - *"Pariser Vertrag und Paket sind erfüllt. Paket ist inneritalienische Angelegenheit. Die Europäische Union anerkennt die nationale Identität Italiens in den heutigen Grenzen"* - also nicht nur den förmlichen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht, sondern auch auf die verfassungsrechtliche Verankerung des Pariser Vertrages, so wie es der Verfassungsgerichtshof in den Koordinierungsurteilen ja schon festgestellt und daraus auch beim Proporz die Konsequenzen gezogen hat.

Ich befasse mich jetzt analytisch wissenschaftlich mit dem Programm, das von den Parteienvertretern unterschrieben worden ist, und insofern politisch verpflichtender ist als die Regierungserklärung als solche, und beziehe mich, um kürzer zu sein, auf die jeweiligen Absätze dieser Abschnitte. Ich möchte nicht zuerst wiederholen, was im Programm enthalten ist, und dann meine Stellungnahme dazu abgeben, sondern mich gleich auf die Abschnitte beziehen. Ich muß allerdings zuerst sagen, dieses Programm nimmt den Sieg des Linksbündnisses von Occhetto vorweg, nämlich den Fürsorgestaat gegen die freie Marktwirtschaft - in Italien nennt man es *"assistenzialismo dirigista"* -, und das werde ich nachweisen; dazu eine Reihe von Behauptungen, die den verfestigten Grundsätzen des Verfassungsgerichtshofes, an die sich der Staat selbstverständlich hält, widersprechen, einschließlich der Streitbeilegungserklärung, die vom Verfassungsgerichtshof vorweggenommen worden ist.

Ich komme zu den einzelnen Punkten. *Vorbemerkungen, Buchstabe a): "Der politische Rahmen"*. Im ersten Absatz heißt es: *"Die Sonderautonomie Südtirols baut auf den Pariser Vertrag auf."* Ich verlese nicht den gesamten Absatz. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, daß der Pariser Vertrag die Autonomie nicht bedingt - hat er in mehreren Urteilen festgestellt -, so daß man beim Stande der Dinge nicht behaupten kann, daß sie ein wirkungsvolles Instrument sei, denn die Koordinierungsbefugnis, die vom Verfassungsgerichtshof ja bereits in aller Form entwickelt worden ist und die im neuen Verfassungsentwurf, wenn das Linksbündnis gewinnt, ausführlich näher ausgeführt wird, hat die echte Regionalautonomie zunichte gemacht.

Zum zweiten Absatz. Im Pariser Vertrag ist die Rede vom Schutz der deutschen Volksgruppe. Dort steht nicht *"Schutz der drei Sprachgruppen"*. Und Schutz der deutschen Volksgruppe bedeutet nicht, daß jede Maßnahme zum Schutz der deutschen Sprachgruppe die Zustimmung aller Gruppen haben muß. Das wurde erst durch die von der Südtiroler Volkspartei genehmigte Streitbeilegungserklärung eingeführt, so wie sie vor den Vereinten Nationen im Juni 1992 abgegeben worden ist.

Zum dritten Absatz: *"Die Landesautonomie wird auch auf internationaler Ebene als ein fortschrittliches Beispiel für die politische und institutionelle Lösung von Problemen angesehen"*. Das wäre der Fall, wenn nicht auf das Selbstbestimmungsrecht verzichtet worden wäre bzw. wenn die Einhaltung des Paketes völkerrechtlich verankert wäre. Darauf hat man ausdrücklich verzichtet.

So ist die Assimilierung völkerrechtlich und verfassungsrechtlich wie in Frankreich gestattet. Auch Frankreich hat in seiner Verfassung enthalten: "*une et indivisible*", wie Italien: "*una ed indivisibile*". Das ist ausdrücklich im Maastricht Vertrag enthalten.

Zum vierten Absatz: "*Dem Land Südtirol wird auch international eine vielbeachtete Sonderfunktion zuerkannt*". Bitte, das Paket ist inneritalienische Angelegenheit. So ist es ja in aller Form erklärt worden, von der Südtiroler Volkspartei und von Österreich vor den Vereinten Nationen, während die vielzitierten Akte der KSZE, sei es die Schlußakte von Helsinki, das achte Prinzip, das Kopenhagener Treffen, als auch die Charta von Paris 1990, alle in aller Form sagen, wie es da steht: "*Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker haben alle Völker*", und gemeint sind die europäischen Völker, "*jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen. Die Teilnehmerstaaten bekräftigen die universelle Bedeutung der Achtung und der wirksamen Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes*". Also das ist Helsinki und KSZE! Und was den Minderheitenschutz betrifft wird ausdrücklich immer wieder betont - im Kopenhagener Treffen, in der Charta von Paris usw. -, daß dieser Minderheitenschutz völkerrechtlich verankert werden muß und daß die einzelnen - und selbstverständlich die Minderheiten als Gruppe - auch völkerrechtlich einklagen müssen können. Auch steht beim Kopenhagener Treffen: "*Angehörige nationaler Minderheiten haben das Recht, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln*". Und in der Charta von Paris von 1990 steht: "*Wir bekräftigen, daß die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten Schutz genießen muß und daß Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität, ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit, vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln. Wir werden gewährleisten, daß dem einzelnen wirksame innerstaatliche wie internationale Rechtsmittel gegen jede Verletzung seiner Rechte zur Verfügung stehen*." Das steht also in Akten der KSZE - man nennt sie auch Helsinki-Akte - aller Art, bis zum letzten Helsinki-Dokument von 1992, während Südtirol und die sogenannte Schutzmacht Österreich darauf in einer völkerrechtlich bindenden Erklärung vor den Vereinten Nationen verzichtet hat.

Zum fünften Absatz. Darin ist die Rede von der Umgestaltung des italienischen Staates. Wenn es bei diesem Verfassungsreformentwurf bleibt, für den Riz gestimmt hat, dann ändert sich gar nichts, denn die Südtiroler Volkspartei hat auf den Bundesstaat verzichtet und die Koordinierungsbefugnis angenommen, zum Unterschied zum Beispiel zu den spanischen Regionen. Und, was die Regionen behalten dürfen, schreiben die vereinigten Zentralregierungen in Brüssel vor. Das ist nämlich die Subsidiarität. Es wird oben ausgelegt, was die Regionen behalten dürfen, die als solche nicht anerkannt sind; das schreiben,

wie gesagt, die Brüsseler, die nichts anderes sind als Zusammenkünfte der jeweiligen Regierungsvertreter, von Fall zu Fall vor.

Zum sechsten Absatz. Nach dem letzten Entwurf, dem die SVP zugestimmt hat, ebenso wie der PDS und der PP, bleibt anstelle des Bundesstaates der Fürsorgestaat aufrecht, was mit dem PDS-Programm übereinstimmt.

Zum siebten Absatz. Südtirol ist nach diesem Paketabschluß zu einer rein inneritalienischen Angelegenheit geworden. In der von der SVP befürworteten neuen Verfassung ist die Koordinierungsbefugnis im nationalen Interesse ausdrücklich verankert; ebenso die Abschaffung jeglicher finanzieller Privilegierung gegenüber anderen Regionen.

Zu Absatz dreizehn. Der Paketabschluß bedeutet, allen Maßnahmen im nationalen Interesse zuzustimmen, ob sie mit Autonomie vereinbar sind oder nicht. Der Staat bleibt auch als Träger aller Brüsseler Entscheidungen für die wirtschaftlich-soziale Entwicklung allein verantwortlich. Maastricht besiegelt die Vermischung innerhalb der Europäischen Union und von außerhalb. Diesbezüglich möchte ich nur kurz auf das verweisen, was ich im Vorlagebericht zum neu eingebrachten Landesgesetzentwurf "Regelung der Arbeitsvermittlung" vorgebracht habe, daß wir also die Bevorzugung der einheimischen Staatsbürger bei der Arbeitsvermittlung wiederherstellen, denn sie ist ja mit Landesgesetz abgeschafft worden. Dort wird daran erinnert, daß im Weißbuch der EG-Kommission vom Dezember 1993 steht: *"Seit Anfang der 70er Jahre ist die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft ständig gestiegen, ausgenommen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. 17 Millionen Menschen sind heute von ihr betroffen"*. Und es steht weiter: *"Um von unserer von Arbeitslosigkeit geplagten Gesellschaft weiteres Unheil abzuwenden, sollte angestrebt werden, daß die Europäische Union bis zum Ende des Jahrhunderts 15 Millionen Arbeitsplätze schaffen kann. Eine so wesentliche Veränderung setzt eine deutliche Verstärkung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste voraus. Angestrebt wird, daß jeder Arbeitslose persönlich von einem Berater betreut werden kann. Die Rolle der Arbeitsämter müßte diversifiziert und auf dreierlei Aufgaben konzentriert werden: Information, Vermittlung und Betreuung"*. Und im Maastricht Vertrag ist ja, wie Ihr wißt, vorgesehen, daß nicht nur jeder Bürger der Union das Recht hat, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, sondern daß jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen hat und ebenso das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Es wird sich also ergeben, daß einer, der in die Europäische Union einwandern will, sich zuerst den Staat sucht, bei dem der Zugang zur Staatsbürgerschaft des betreffenden Landes am leichtesten gestaltet ist, womit er dann automatisch diese europäische Staatsbürgerschaft besitzt. Und dann kann er ja herumwandern, kann dorthin wandern, wo er glaubt, daß es für ihn besser ist; z.B. in das berühmte Transitland Südtirol, wo er, wie gesagt, sowohl die Gemeindebürgerschaft als auch die Europabürgerschaft ausüben kann.

Dann heißt es in dem vom Ministerratspräsidium an alle Präsidenten der Regionen und autonomen Provinzen im Dezember 1993 verteilten Entwurf eines Dekretes des Außenministers, daß im September 1993 154.000 EG-Bürger in Italien wohnhaft waren. Zum selben Datum ergab sich eine Gesamtzahl der regelrecht ansässigen Ausländer von 1.005.000. Dann steht aber: *"Man weiß nicht genau, wieviel die unregelmäßig Anwesenden sind; Zunahme der unregelmäßigen und heimlichen Zuwanderung und der Schwarzbeschäftigung von Arbeitskräften."* Man weiß es nicht genau, aber jedenfalls, heißt es, nimmt man an, daß es zwischen 300.000 und 600.000 sind. Also: 1.000.000 plus 600.000. Und dann steht noch: *"Das Arbeitsministerium hat auch auf die empfindliche Zunahme der Arbeitslosigkeit und daher der in den Vermittlungslisten Eingetragenen aufmerksam gemacht. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, diesen Kategorien von Arbeitern, worunter mehr als 70.000 Extrakommunitäre aufscheinen, die freiwerdende Saisonsbeschäftigung vorzubehalten."*

Und schließlich in diesem Zusammenhang ein Statement, eine Feststellung des Slope off Rome, ein internationaler wissenschaftlicher Stab mit Sitz in Paris, nicht in Rom, der im Dezember 1993 festgestellt hat: *"Die Entwicklungsländer werden um das Jahr 2010 neunzig Prozent der Weltbevölkerung beherbergen"*, und festgestellt hat, daß die Europäische Union, einen Teil dieses Überschusses aufnehmen wird, weil in diesen europäischen Ländern die Geburtenrate für lange Zeit niedrig geblieben ist und diese Länder mit dem Problem der immer älter werdenden Bevölkerung fertig werden müssen und deshalb Anziehungszentren werden für die junge Arbeitskraft, die Abhilfe schafft, jedoch auch die Aufnahmefähigkeit überschreiten kann und die Gesellschaft herausfordern kann, Verantwortung für diese Bevölkerung übernehmen zu müssen.

Aufgrund des neu geschaffenen europäischen Wirtschaftsrahmens haben die westeuropäischen Länder die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb der Grenzen gestartet. Und es heißt dort: *"Die Zwänge der politischen und wirtschaftlichen Integration, die in Europa beobachtet werden, rufen das Wiederaufleben von ethnischen Gruppen in den Ländern hervor, die diesen Übergangsprozeß durchmachen. Man soll nicht übersehen, daß die kommenden Strukturen mengenmäßig für mehr ausgerichtet sind."* Also, da wird festgestellt, daß die Strukturen bei uns in den EU-Ländern mengenmäßig für mehr ausgestattet sind. Mit anderen Worten, diese 90 % aus den unterentwickelten Ländern müssen auch in Europa, im EU-Europa und im europäischen Wirtschaftsraum, unterkommen können.

Ich komme zum Abschnitt B: Zielsetzungen. Unter Punkt 2 ist keine Rede von der kommenden Verfassungsreform. Entspricht genau der Streitbeilegungserklärung, denn auch hier wird wiederholt, daß immer alle drei Sprachgruppen einverstanden sein müssen, mit dem, was im Rahmen der Autonomie geschehen soll.

Unter Punkt 4 ist die Rede von der Ausübung der sozialen Solidarität *"Maßnahmen zugunsten von Familien in Schwierigkeiten, Obdachlosen, Arbeitslosen, Einwanderern usw."*. Wer kann gegen das sein? Aber das bedeutet, daß die Beihilfenpolitik, die Subventionspolitik insgesamt umfassend aufgege-

ben werden muß, weil es sowieso zu einer wesentlichen Kürzung der Mittel kommen wird.

Unter Punkt 7 - und da verstehe ich Euch wirklich nicht, das gehört heute zum Allgemeinwissen - steht: *"Sowohl die Kammer der Regionen, als auch die EREGIO"*, sogenannte Europaregion Tirol, *"sind durch Maastricht in aller Form"*, sagen wir jedenfalls über das Jahr 2000 hinaus, *"ausgeschlossen"*. Und andererseits wird durch die im Maastricht Vertrag, Buchstabe f) vorgesehene Wahrung der nationalen Identität - es heißt: *"Die Europäische Union respektiert die nationale Identität"*, nicht der Völker Europas, sondern *"der zwölf Nationalstaaten"*, also Frankreichs; Frankreich hat sicher am meisten darauf gedrängt; aber das gilt auch für Italien, gilt für Großbritannien usw. - der Völkervermischung, das steht ja unter anderem, Vorschub geleistet und eine einzelne Sprache für die allgemeine Verständigung angestrebt, wie der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof im Urteil über den Maastricht Vertrag festgestellt hat.

Abschnitt F). Ich überspringe also die solidarische Gesellschaft, Grundsätze für die öffentlichen Ausgaben, Kultur und Bildung und komme zur Arbeitspolitik. Absatz 1: *"Vorrangiges Ziel muß die Sicherung der Vollbeschäftigung im Lande sein"*. Abgesehen davon, daß wir nicht die nötigen Zuständigkeiten haben, aber hier wird der *"assistenzialismo"* des Linksbündnisses und der *"dirigismo"* zum Programm erhoben, wie es Occhetto vor hat, *"assistenzialismo"* und *"dirigismo"*, die Italien ruiniert und die *"Tangentopoli"* hervorrufen haben; selbstverständlich genau das Gegenteil dessen, was unter anderem die Lega verfißt, um Italien aus den Sumpf zu ziehen. Abgesehen davon bleibt für die sogenannte *"politica industriale - Industriepolitik"* nach dem Verfassungsreformentwurf der Staat allein zuständig. Es steht ausdrücklich, dem Staat ist unter anderem *"politica industriale"* vorbehalten. Ebenso bleibt dem Staat ausdrücklich unter den sechsundzwanzig Sachgebieten das Hochschulwesen vorbehalten, während dort, wo das Land zuständig wäre, siehe berufliche Bildung - nicht Volksschule und Mittelschule, dort besteht sekundäre Zuständigkeit -, also berufliche Oberschulen, das Land sträflich es unterlassen hat - ich habe einen diesbezüglichen Gesetzentwurf eingebracht, der nicht behandelt worden ist -, die staatlichen beruflichen Oberschulen zu übernehmen. Und jetzt will man die achtjährige Pflichtschulzeit auf zehn Jahre erstrecken, und dabei nicht nur zum Beispiel zwei Jahre des Wissenschaftlichen oder das Klassischen Lyzeums einbeziehen, sondern auch der beruflichen Oberschulen, und mit diesem Vorwand die beruflichen Oberschulen wieder zurücknehmen in die staatliche Schulordnung. Jetzt waren die beruflichen Oberschulen an sich allen Regionen abgegeben. Und wir hätten ja diesbezüglich primäre Zuständigkeit gehabt. Wir haben sie nicht übernommen. Man nimmt sie nun zurück. Sie werden in aller Form im Zuge dieser Reform der Erstreckung auf zehn Jahre verstaatlicht, obwohl das eine Gelegenheit gewesen wäre, unmittelbar mit Europa, mit Brüssel zusammenarbeiten, was die berufliche Bildung betrifft.

Absatz 3 unter dem Buchstaben f). Frage: *"Wie soll die Wettbewerbsfähigkeit durch Beihilfen gefördert werden?"* Das widerspricht ja ganz und gar

dem Grundsatz des EWG-Gründungsvertrages. Und wir haben diesbezüglich auch Rückverweisungen gehabt. Die Artikel 92 bis 94 des EWG-Gründungsvertrages richten sich gegen staatliche Beihilfen an bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige, die den Wettbewerb im gemeinsamen Markt verfälschen oder zu verfälschen drohen usw.

Ich komme zum Abschnitt H): verschiedene Bereiche. Punkt 1, Sektion des Oberlandesgerichtes von Bozen. Es sind sechs Jahre verstrichen, seitdem man den einsprachigen Prozeß fallengelassen hat, im Jänner 1988, wo ich in der Südtiroler Volkspartei dagegen protestiert und gesagt habe, Riz und ich haben doch diesen einsprachigen Prozeß erkämpft. Und jetzt lassen ihn Riz und Magnago fallen. Dafür bekommen wir den Appellationsgerichtshof nach Bozen. Und nun steht da: *"Diese Sektion muß so schnell als möglich ihre Tätigkeit aufnehmen"*. Sechs Jahre sind seit dem Fallenlassen des einsprachigen Prozesses verstrichen, wofür Riz die Verlegung des Appellationsgerichtshofes ohne Proporz nach Bozen ausgehandelt hat. Und daher, hat es damals geheißen, müssen wir doch den einsprachigen Prozeß insofern fallen lassen, daß, wenn ein italienischer Anwalt im sogenannten deutschen Prozeß auftritt, er das Recht hat, seines Amtes in seiner Muttersprache zu walten.

Punkt 2: Übertragung staatlicher Liegenschaften. Da ist nun die Rede von Übertragung an das Land und die Gemeinden mittels Kauf und Tausch. Und gleichzeitig wird das Staatsgesetz angefochten - die Anfechtung muß ja diese Woche erfolgen -, das die Privatisierung der Liegenschaften des Staates oder der staatlichen Körperschaften vorsieht, durch Verkauf - der Staat will ja Geld daraus machen -. Es wird angefochten, weil wir das Recht hätten, diese Liegenschaften gratis zu erhalten. Aber wir haben hier mit einem Beschlußantrag geltend gemacht, daß der Verfassungsgerichtshof am 10. Oktober 1991 für das Aostatal in Sachen Militärdomänen eine Entscheidung gefällt hat, die auch für Südtirol gilt: Wenn die Staatsverwaltung eine bisher zur Militärdomäne gehörende Liegenschaft zum Kauf anbietet und damit also die Zweckbestimmung aufhört, muß sie gemäß Autonomiestatut - im Aostanischen Statut ist es der Artikel 5, bei uns ist es der Artikel 68 - ohne Tauschhandel, in Aosta auf die Region, bei uns auf die Provinz, übergehen. Wir haben also einen Beschlußantrag eingebracht, um zu verhindern, daß die Landesregierung das Vorhaben wahrmacht, nämlich dem Militär für runde 11 Hektar ungenützten Geländes um 40 Milliarden Lire 200 Wohnungen zu bauen, anstatt gemäß Buchstaben des Autonomiestatutes und Urteil des Verfassungsgerichtshofes die Abtretung von rechtswegen zu verlangen. Jetzt ficht man das Staatsgesetz an, das einen allgemeinen Verkauf von Liegenschaften vorsieht und beruft sich auf den Artikel 68, aber man hat bereits, sage und schreibe, mit Gesetz, und zwar Landesgesetz Nr. 27 vom 20. Dezember 1993, auf den Artikel 68 verzichtet, indem man diesen "Handel" mit Gesetz auch noch abgesegnet hat. Die Zentralregierung hätte eigentlich so etwas nicht in Kraft treten lassen dürfen, denn alles, was gegen das Autonomiestatut verstößt, sollte sie nicht in Kraft treten lassen, ganz gleich, ob es den Staat oder die Autonomie interessiert. Nein, die Zentralregierung läßt alles in Kraft treten, auch wenn es buchstäblich dem Autonomie-

statut widerspricht, wenn es einen Verzicht auf die Autonomie darstellt! Und der Verfassungsgerichtshof kann sich jetzt, wenn wir demnächst das Staatsgesetz, das eine massive Abtretung der staatlichen Liegenschaften vorsieht, und zwar Abtretung gegen Geld, anfechten, mit Berufung auf den Artikel 68, darauf berufen: *"Ihr habt zum Unterschied vom Aostatal den Artikel 68 so ausgelegt, daß er Euch in diesen Fällen, wenn der Staat etwas zum Kauf anbietet, nicht zugute kommen kann. Ihr habt es auch gesetzlich verankert"*.

Punkt 3 des Abschnittes H) der verschiedenen Bereiche: Sicherung des Verbleibes in Südtirol von staatlichen Ämtern usw. Wir wissen, daß längst schon das Gegenteil im Gange ist, wobei der Verfassungsgerichtshof auch in diesem Fall, seitdem die Streitbeilegungserklärung erfolgt ist, den Artikel 89, nämlich was unter den Proporz fallen muß, neu ausgelegt hat, denn der Verfassungsgerichtshof ist in der Hinsicht auch politisch eingestellt. Das haben wir ja erlebt. Sonst hätte er nicht zu Beginn der 80er Jahre die Koordinierungsbefugnis eingeführt, die es in der Verfassung nicht gibt und wo der damalige Verfassungsrichter und dann noch der Verfassungsgerichtshofpräsident Palladin an einer Tagung der Regionen in Rom im Jahre 1984 erklärt hat: *"Abbiamo inventato la facoltà di indirizzo e coordinamento"*, weil wir sie gebraucht haben. Sie ist in der Verfassung nirgends vorgesehen, und wir haben sie dann in der Verfassung als "immanente" erklärt. Jetzt in der Verfassungsreform wird sie dann selbstverständlich nicht mehr "immanente" sein, sondern wird sie ausdrücklich ausgeführt werden. Und der Verfassungsgerichtshof hat aufgrund der Streitbeilegungserklärung, nämlich aufgrund dessen, daß das Paket eine rein inneritalienische Angelegenheit ist und nicht in Den Haag eingeklagt werden kann, am 1. Juli 1992 in einem Urteil erklärt: Alles was privatisiert wird fällt nicht mehr unter den Artikel 89, unter den Proporz. Das gilt für die Eisenbahn, das gilt für die Post, das gilt für das Telefon, für alles, was privatisiert wird. Ich weiß, die Eisenbahn und die Post sind mit Gesetz privatisiert worden, und da hat die Regierung, um der Südtiroler Volkspartei entgegenzukommen, hineingegeben: Ja, aber der Proporz bleibt aufrecht. Das ist im Entwurf enthalten. Auch wenn es in Kraft treten sollte, wird schon dafür gesorgt, daß es angefochten wird. Und der Verfassungsrichter wird seine eigene, wie er immer wieder gesagt hat, "consolidata giurisprudenza" wahrnehmen und sagen: Nein, nein, das fällt nicht darunter. Das habe ich bereits in aller Form erklärt.

Punkt 4: Einrichtung eines eigenen Amtes für Beschwerden wegen Nichteinhaltung der Zweisprachigkeit. Wir haben hier einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht und gesagt, es braucht ein mit Gesetz eingerichtetes Amt, das diese Beschwerden entgegennimmt, damit sie dann in aller Form, alle drei Monate meinetwegen, mitgeteilt werden können, sowohl dem Verfassungsgerichtshof, als der Zentralregierung, als auch dem Parlament. Das ist hier in diesem Hause in aller Form abgelehnt worden. Jetzt ist man anscheinend zum Schluß gelangt, daß es doch gut wäre. Es ist in aller Form abgelehnt worden, mit höhnischem Gelächter selbstverständlich!

Punkt 5: Durchführung der Landeszuständigkeit im Bereich der Toponomastik. Das muß ich leider noch näher ausführen. Die SVP verrät die Identität

Südtirols gegen weltweit geltende Grundsätze. Das von mir 1983 durchgesetzte Koalitionsabkommen hat über die Ortsnamengebung folgende Verpflichtung enthalten: *"Durchführung der primären Zuständigkeit für Toponomastik, wobei die deutsche, italienische und ladinische Toponomastik mit Landesgesetz festgelegt wird, insofern sie Teil der geschichtlichen oder volklichen Werte des Landes ist und deren Diktion genehmigt wird. Als Teil der geschichtlichen und volklichen Werte des Landes werden jene Ortsnamen angesehen, welche in der Geschichte und im Brauchtum der entsprechenden Sprachgruppe wurzeln, ohne daß die Tatsache der Anwendung der Dekrete des faschistischen Regims von 1923 und 1940 die Zugehörigkeit zu den geschichtlichen oder volklichen Werten festlegt."* Also wenn man sich daran halten würde - ich habe das vorgeschlagen -, würde ich auch dafürstimmen. Diese Verpflichtung ist im Koalitionsabkommen von 1989 im selben Wortlaut übernommen worden, jedoch in dem jetzt kurz vor den Wahlen ausgehandelten Kompromiß wird dieser Grundsatz verfälscht, so daß der tägliche Sprachgebrauch der jeweils betroffenen Volksgruppe maßgebend wird, was bedeutet, daß auf jeden Fall die von Durnwalder am 9. Februar 1991 erklärte Absicht verwirklicht wird, mindestens 500 Tolomei-Namen beizubehalten. *"The well establish locale common usage"*, wie die Empfehlung der Vereinten Nationen lautet, kann nicht mit den seit 70 Jahren aufgezogenen italienischen Ortsnamen zusammenfallen, sonst hätte auch Jelzin nicht mit Gesetz vom 26. April 1991 den rehabilitierten, unterdrückten Völkern das Recht zuzuerkennen brauchen, in die angestammten Siedlungsgebiete zurückzukehren und die früheren historischen Ortsnamen wiederherzustellen, obwohl diese Gebiete inzwischen mehr oder weniger von Russen besiedelt worden sind; ebenso wie die Vereinten Nationen in der Charta der Rechte der autochthonen Völker im Paragraphen 9 ausdrücklich das Recht zuerkennen: *"to keep the ethnic or historical names of communitys persons and places"*, obwohl in Rußland nur rund fünfzig Jahre, in Amerika, Kanada, USA, Lateinamerika, Australien und Neuseeland, seit deren sogenannte Entdeckung durch die Europäer, Hunderte von Jahren vergangen sind.

Punkt 7. Ich wundere mich wirklich. Ich weiß nicht, ist niemand im Ausschuß, der sich verfassungsrechtlich auskennt? Ihr überlaßt alles den Beamten, die aber nicht verlässlich sind. Da sagt man nämlich: *"Primäre Zuständigkeit im Bereich Umwelt wird angestrebt"*. Es hat doch der Verfassungsgerichtshof - es sind mindestens zehn Jahre her - festgestellt, daß die Zuständigkeit hinsichtlich "tutela ambiente" in die Urbanistik fällt, also auch die Normalregionen dafür zuständig sind, wobei wir sowohl die primäre Zuständigkeit für Urbanistik haben als auch die primäre Zuständigkeit für Landschaftsschutz. Wir haben diese Zuständigkeit schon längst - nicht nur für Landschaftsschutz, sondern auch Umweltschutz - hundertprozentig vom Verfassungsgerichtshof zuerkannt.

ABGEORDNETER: Galasso-Gesetz.

BENEDIKTER (UFS): Und? Bei Galasso bin ich eingetreten, daß als Reformgrundsatz für ganz Italien eingeführt wird, daß man ...

ABGEORDNETER: Das Bodenschutzgesetz hat genau das Gegenteil gesagt.

BENEDIKTER (UFS): Wir können hundertmal primär zuständig sein, mit der Koordinierungsbefugnis können sie uns die Zuständigkeit nehmen, ob primär oder sekundär. Aber anscheinend wissen diesbezüglich nicht einmal Eure Dirigenten Bescheid.

Punkt 8: Primäre Zuständigkeit für Schule und Ausbildung. Bitte, das wäre ja schön. Wir haben sie sekundär. Wäre ja schön, wenn wir sie primär bekämen, aber im Verfassungsreformentwurf behält der Staat ausdrücklich den "ordinamento delle scuole ed istruzione" für sich. Das gilt dann selbstverständlich auch für uns, mit Ausnahme der Übernahme des Lehrpersonals. Das könnten wir übernehmen, allerdings mit den Mitteln, die wir haben. Der Staat wird uns keine Lira mehr dafür geben. Wer sich das vorstellt, ist nicht ganz ...

Punkt 8, Absatz 4. Da gewinnt nun die "Hereinnahme" Violas Bedeutung. Gegen den im Artikel 19 des Statutes verankerten Grundsatz der Schule in der Muttersprache und im Sinne des von der SVP genehmigten Beschlußantrages Violas Nr. 10 von 1989, wird verschleiert der Einführung des Deutschen im italienischen Kindergarten und damit der Unterwanderung der deutschen Schule zugestimmt.

Abschnitt Rolle Bozen. Es schaut so aus - ich muß mich jetzt kurz halten -, als ob nicht die weltweite Marktwirtschaft, die jetzt noch extra verankert ist durch den Maastricht-Vertrag, sondern der Staat sich darum kümmern müßte, welche Betriebe sich in Bozen niederlassen sollen, die dann auf ständige Beihilfen angewiesen sind, gegen die Grundsätze des EWG-Gründungsvertrages, Artikel 92 bis 94.

Buchstabe c): Das Problem der Wohnungsnot. Da muß ich doch noch näher ausführen. Am 17. November 1992 hat sich zum fünfunddreißigsten Male der Tag der Kundgebung von Sigmundskron gejäht. Unmittelbarer Anlaß der Kundgebung war die vom demokratischen Italien, trotz ausschließlicher Zuständigkeit der Provinz seit 1948, geführte Volkswohnbaupolitik. Seit 1957 - also das Land war bereits primär zuständig für Volkswohnbau -, waren aufgrund verschiedener Programme - INCIS, UNRRA CASA, ALDISIO, ISES, ROMITA, TUPINI und INA-CASA -, in Südtirol 5.500 Wohnungen gebaut worden, wo höchsten 5 % deutsche Familien untergekommen sind. Unter dem Faschismus waren zwischen '35 und '43 in Südtirol 3.100 Volkswohnungen, davon 2.800 in Bozen gebaut worden. Also viel weniger. Im Zeichen des Paketabschlusses wird nun von der SVP der Faschismus übertrumpft, die Kundgebung von Sigmundskron von 1957 verleugnet, ebenso wie jene für das Selbstbestimmungsrecht von 1946. Noch im April 1988 hatte Marcello Vittorini im Auftrag der Gemeinde Bozen - also ein weltweit anerkannter Architekt und Bauleitplaner - in der Planungsstudie zur Änderung des Bauleitplanes festgestellt, daß weniger als ein Zehntel der derzeitigen Bausubstanz 1919 vorhanden war, wenig mehr als ein Viertel am Ende des zweiten Weltkrieges. Seit 1962 bis heute

sind 432 Hektar Kulturgrund neu für Urbanisierung ausgewiesen worden - auch Industriegebiet. Weiter hat Vittorini festgestellt: 1919 gab es in Bozen 7.744 Wohnungen, 1951 15.134 Wohnungen, und in den vier Jahrzehnten von 1951 bis 1991, also Nachkriegszeit, ist die Zahl der Wohnungen in Bozen von 15.000 auf 48.266 gestiegen. Das Institut für den geförderten Wohnbau hat, seitdem es 1972 vom Land übernommen worden ist, in Bozen 2.160 neue Wohnungen durch Bau oder Kauf beschafft. Die Bevölkerung Bozens hat von 1981 auf 1991 von 105.000 auf 97.700 abgenommen, wobei es nicht stimmt - das möchte ich dem Landeshauptmann besonders sagen -, daß die aus Bozen Abgewanderten, laut Saldo 7.195, das Überetsch und das Unterland "verwalscht" hätten, wie unter anderem auch Peterlini behauptet hat, denn zwischen 1981 und 1991 haben aufgrund der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung im Überetsch und Unterland die Deutschen um 1.668 und die Italiener um 1.122 zugenommen - bitte, gemäß Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungen! -, während von Bozen in derselben Zeit, zwischen 1982 und 1989, 7.277 in andere Provinzen Italiens abgewandert sind; in andere Provinzen, also nicht ins Unterland! Die Bevölkerung hat also von 105.000 auf 97.700 abgenommen, ohne daß sich allerdings deswegen der Druck der gerichtlichen Kündigungen und der Gesuche mit mindestens 25 Punkten verringert hätte. Das ist auch ein Umstand. Bei der Volkszählung 1991 wurden rund 2.400 leerstehende Wohnungen regelrecht gemeldet. Am 15. April 1988 haben die Koalitionspartner, SVP, DC und PSI, auf meinen Vorschlag hin eine Vereinbarung unterschrieben. Darin ist die Möglichkeit der Wohnversorgung der echt Obdachlosen - auf das möchte ich besonders hinweisen - und der Gesuchsteller mit mindestens 25 Punkten im Rahmen des bestehenden (!) Bauleitplanes, einschließlich des mit Landesgesetz vorgesehenen Anmietens zum Landesmietzins, mit Freigabe bei Eigenbedarf, festgeschrieben. Man hat sich darüber geeinigt. In Rom ist das Anmieten seitens des Präfekten gang und gäbe. Und da haben wir eine Mitteilung vom 1. Februar 1994 der Präsidentin des Volkswohnbauinstitutes Franzelin, wo sie genau das sagt, worüber wir uns damals geeinigt haben. Sie stellt in dieser Mitteilung, die ja alle bekommen haben, fest: *"Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß der Verwaltungsrat des Institutes am 19. Jänner 1994 bereits an die 379 Gesuchsteller, welche in der Rangordnung für Bozen 25 oder mehr Punkte aufweisen, eine Wohnung zugewiesen hat. In den letzten zehn Jahren hat das Institut rund 700 freigewordene Altbauwohnungen außerhalb der Rangordnung an gekündigte Familien zugewiesen. Im gleichen Zeitraum wurden an Familien, die in unbewohnbaren Wohnungen lebten, immer außerhalb der Rangordnung, 546 Altbauwohnungen zugewiesen. Das Institut hat weitere 698 Wohnungen in Bau und 876 Wohnungen in Projektierungsphase."* Es ist festgestellt worden, daß die bereits finanzierten Wohnungen in Bozen ausreichen, nicht nur um alle Gesuchsteller mit 25 Punkten, wie wir uns damals am 15. April 1988 geeinigt hatten, unterzubringen, sondern um alle mit mindestens 20 Punkten zu berücksichtigen - was wirklich im Verhältnis eine niedrigere Punktezahl ist. Das heißt, Franzelin hat festgestellt, daß gemäß Vereinbarung vom 15. April 1988, wo wir gesagt haben, im Rahmen des bestehenden Bauleitplanes, einschließlich der

sogenannten "fazzoletti" - also ohne Erschließung der Kaiserau und ohne Erschließung des Grünkeiles; die im Rahmen des bestehenden Bauleitplanes verbaut werden können; diese Ausweitung Kaiserau und Grünkeil ist noch nicht erfolgt -, nicht nur alle mit 25 Punkten, alle Obdachlosen und alle in unbewohnbaren Wohnungen lebenden Familien untergebracht werden können, sondern sogar alle bis zu 20 Punkten. Stattdessen hat die Südtiroler Volkspartei im Gemeinderat von Bozen der Ausweisung von zusätzlichen 24 Hektar Kulturgrund in der Kaiserau und im Grünkeil für mindestens 3.000 zusätzliche Wohnungen zugestimmt. Zwischen 1982 und 1991 sind 3.035 Wohnungen gebaut worden, so nebenbei. Kaiserau und Grünkeil machen zusammen mit dem restlichen Kulturgrund zwischen Etsch und Eisack nur mehr 600 Hektar aus, in der Gemeinde Bozen, mit 350 Vollerwerbsbauern. Dazu schreibt Vittorini in der Planungsstudie: Die Landwirtschaft soll ihrer wesentlichen Aufgabe treu bleiben - er behandelt den Bauleitplan von Bozen -, nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, wegen der hochgradigen Spezialisierung, sondern auch hinsichtlich des von ihr bewirkten Schutzes der Umwelt und des Bodens. Vittorini war sicher bekannt, daß im Bozner Talkessel 70 % der Italiener von Südtirol konzentriert sind. Und aufgrund des einem solchen Talkessel eigenen Sonderklimas - wir wissen ja - ist die Luftverschmutzung hauptsächlich durch Motorisierung so stark, daß jeder Dritte an Krebs stirbt - hat die Sanitätseinheit festgestellt. Wir haben einen eigenen Beschlußantrag diesbezüglich eingebracht, wonach im Sinne der bestehenden Gesetze und im Interesse der Erhaltung der noch bestehenden Kulturlandschaft und eines gesunden Lebensraumes für die Landeshauptstadt, die landwirtschaftliche Nutzung des Grünkeils und der Kaiserau erhalten werden soll, und soweit für Obdachlose und ihnen Gleichgestellte notwendig, auch vom Angebot an leerstehenden Wohnungen zu marktgerechten Bedingungen Gebrauch gemacht werden soll. Unter DC-Diktat - wir haben es im Landtag erlebt -, wurde dieser Beschlußantrag abgelehnt, wobei Franzelin zum Beispiel auch sagt: *"Das Institut hat 273 Wohnungen von Privaten angemietet. Davon wurden 107 dem Eigentümer wieder zurückgegeben, da er sie benötigte. Es verbleiben somit 166 angemietete Wohnungen, von denen 30 im Jahr 1993 angemietet wurden."*

In diesen zwei verbleibenden Minuten, noch kurz einige Worte zur Universität. Der Staat behält ausschließliche Zuständigkeit für Hochschulwesen. Das wissen wir. Er wird also, wenn wir eine UNI verlangen und er es finanziell verkraftbar erachtet, eine zweisprachige UNI herbeiführen, mit staatlichen Professoren, wovon Südtirol Anwärter liefern kann - also zweisprachig auf dem Papier -, mit neuer Niederlassung eines italienischen Beamtenstabes ohne Proporz und damit künstlicher Vermehrung des italienischen Bevölkerungsteiles, abgesehen von der Preisgabe von mindestens 20 Hektar Kulturgrund. Dazu noch ein letztes Argument. Darf ich noch zwei Minuten dazuhängen?

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. SABINA KASSLATTER-MUR

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Ich kann dem leider nicht stattgeben, Abgeordneter Benedikter. Ihre Parteikollegin Klotz könnte sich eventuell nochmals zu Wort melden; sie hätte noch Zeit übrig. Ihre Zeit ist abgelaufen. Sie haben dann aber bei der Stimmabgabeerklärung noch die Möglichkeit, zehn Minuten das Wort zu ergreifen.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Peterlini.

PETERLINI (SVP): Frau Präsident, Herr designierter Landeshauptmann! Die Regierungserklärung gibt dem designierten neuen und alten Landeshauptmann die Gelegenheit, seine Schwerpunkte zu setzen und den Abgeordneten die Möglichkeit, in der Vielfalt des Programmes, ihre eigenen Akzente dazu zu setzen, Vorschläge zu machen, auch allgemeiner Natur und eventuell auch dort den Nagel der Kritik anzusetzen, wo man glaubt, daß Kritik berechtigt ist. Ich bin allerdings gegen Schwarzweißmalerei: Weißmalerei im Sinne des Hochjubelns einer Arbeit, weil, wenn man arbeitet, sich eben Späne ergeben, wie das Sprichwort schön sagt, aber auch Schwarzmalerei, wo man alles nur negativ sieht. Und aus dieser Sicht hat mich ein Artikel, der am 4. Februar dieses Jahres in der Wirtschaftszeitung zur Regierungsbildung erschienen ist, eigentlich zum Nachdenken angeregt. Und daraus möchte ich den ersten Teil zitieren. Er beginnt mit: "*Never change a winnig team*", so heißt eine Regel im Sport, auf die manche Trainer schwören. Zu deutsch: Ändere niemals eine siegreiche Mannschaft. Wenn eine Mannschaft verliert, versuche es doch mit einer neuen Aufstellung. Landeshauptmann Luis Durnwalder und die SVP-Führung glauben offenbar nicht, daß die Grundsätze des Mannschaftssportes auf die Politik übertragen werden können. Sie haben die Regierungsmannschaft nämlich bestätigt, obwohl sie keine glänzenden Wahlsiege feiern konnte. Alle drei Koalitionspartner mußten am 21. November Federn lassen. Was die Südtiroler Volkspartei betrifft, glaube ich, gibt es keinen Zweifel, daß trotz Federnlassen die Hauptverantwortung jener Partei zusteht, die das Hauptvertrauen von der Wählerschaft bekommen hat. Was die Auswahl der Koalitionspartner betrifft, könnte man schon ein bißchen differenzierter denken. Ich möchte sagen, wir stehen in einem Verfassungsmoment in Italien, in einer geschichtlichen Übergangsphase, die sehr bedeutungsvoll auch für Südtirol ist. Wir haben bisher eine Republik erlebt, die jetzt das Ende gefunden hat, durch die aufgefliegenen Schmiergeldskandale, durch den Sumpf, in dem praktisch die gesamte Führungsschicht der Politik ganzer Jahrzehnte versunken ist und die an Glaubwürdigkeit alles verloren hat, was zu verlieren war. Und wir haben wohl mit einiger Zuversicht, und vielleicht auch mit etwas Mut oder vielleicht auch mit etwas Hoffnung, eigentlich im Lande in der Hauptsache wiederum auf jene Parteien gesetzt, die an diesem sinkenden Schiff beteiligt waren. Und ich sage ganz offen, daß in diesen Überlegungen meinerseits der neuaufgeflamnte Partner Lega eigentlich eine Alternative und Möglichkeit gewesen wäre, die man mit in Betracht ziehen hätte können. Warum? Weil sich dieser Staat im Umbruch befindet, dieser Staat hoffentlich nicht mehr auf seinem zentralistischen Konzept aufbaut, sondern als

neue Grundlage - so wollen es nicht nur wir Südtiroler, sondern auch andere Regionen Italiens - der Regionalismus hergenommen wird, wie es die moderaten Zukunftszeichner sagen, oder auf föderativer Basis, wie wir es gerne haben möchten, aufgebaut werden soll. Und zu den Hauptzielsetzungen der Lega Nord gehört es - nach einigen Unsicherheiten in der Programmsetzung, die zuerst einmal das Ziel hatte, den Staat Italien in drei Bundesstaaten aufzuteilen, Ziel, das inzwischen fallengelassen worden ist -, eine ausgebaute Regionalautonomie auf föderativer Basis zu schaffen. Somit stellt sich die Frage: Was wäre für uns Südtiroler naheliegender gewesen, als sich mit dieser Lega Nord zu verbinden und unsererseits, als kleine Partei, mit dazu beizutragen, diesen Staat auf föderative Basis zu setzen? Es ist nicht diese Wahl erfolgt, wohl auch in der Hoffnung, daß die Repräsentanten, die hier im Saale sitzen, sei es aus dem neuen Partito Popolare, als auch aus der exkommunistischen Partei, ihre Vergangenheit, oder besser gesagt, die Vergangenheit ihrer ehemaligen Parteien, abgelegt haben. Und dieses Vertrauen können wir als Vorschuß eigentlich schon setzen. Es sind neue Personen mit einem neuen Programm in einer Partei, die sich versucht hat, auch intern, auch menschlich, zu erneuern, die neue Gesichter präsentiert hat. Und wir wollen hoffen, daß sie diesem Vertrauen gerecht werden. Ein bißchen schwerer tue ich mich schon mit den Exkommunisten. Und ich glaube, da tun sich nicht nur einige Volksvertreter schwerer, sondern wohl auch einige Südtiroler, denen bis vor wenigen Jahren immer die Gefahr des Wolfes im Schafspelz vorgezeichnet worden ist, dem Kommunismus, der sich in Europa, vor allem in Italien, eurokommunistisch gibt, in Wirklichkeit aber ganz harte totalitäre Ziele verfolgt. Nun, der Totalitarismus ist im Ostblock zusammengebrochen, es gibt ihn nicht mehr, und man hat halt auch in Italien das Mäntelchen abgelegt. Inwieweit die ideologischen Grundlagen des Kommunismus noch Grundlage für die Politik der neuen Nachfolgepartei PDS sein werden und wieweit Romano Viola, den wir alle sehr schätzen und der von seiner Persönlichkeit und seiner Arbeit her, bewiesen hat, daß er auch objektiv denken und leisten kann, sich von seinem alten Schema entfernen kann, das wird die Zukunft beweisen. Für Südtirol - und das muß gesagt werden -, ist es jedenfalls eine Herausforderung und ein Wagnis gewesen, sich diese Koalitionspartner auszusuchen. Aber es wäre wohl auch ein Wagnis gewesen, trotz der gedanklichen Nähe zum Föderalismus, die Südtirol und die Lega Nord verbindet, sich einfach jetzt vor den Parlamentswahlen und bevor man weiß, wie sich dann die Realität abzeichnen wird, mit der Lega zu verbinden. Auch das wäre ein Wagnis gewesen, das sage ich ganz offen, wenn man noch nicht einmal genau weiß, welche Formationen sich bilden werden und wie sich die Lega in diesen Formationen einordnet. Und diesbezüglich gibt es einige Fragezeichen. Sie wissen, daß wir als Südtiroler - bei aller Hochachtung der persönlichen Qualitäten unserer Kollegen hier im Saale, ob das jetzt Benussi, Holzmann, Bolzonello oder Mitolo ist, die wir persönlich sehr schätzen und deren persönliche Integrität ich nicht in Diskussion stellen möchte - gebrannte Kinder vom Faschismus sind und somit alles ablehnen, das, was in diese Richtung hinführt. Und auch da war die große Unbekannte - und das muß offen ausgespro-

chen werden -: Wohin geht die Lega Nord? Bossi hat vor wenigen Tagen ganz feierlich und dezidiert erklärt, daß er mit den "fascisti e con i loro nipotini" nichts zu tun haben will. Trotzdem zeichnet das Wahlgesetz, wie es überarbeitet worden ist und wie es jetzt in Italien gilt, einfach den Schub zu großen Allianzen vor. Das Linksbündnis hat sich einigermaßen gebildet. Der PP spielt ein bißchen das kostbare Zünglein an der Waage in der Mitte, mit dem Risiko, auch ein bißchen isoliert zu bleiben, aber vielleicht mit dem Vorteil, morgen entscheiden zu können, ob es eine Links- oder eine Rechtsregierung geben wird. Und rechts formiert sich doch, wenn auch nur zu Zweckbündnissen, eine Allianz zwischen Lega Nord und Forza Italia vom Cav. Berlusconi, der seinerseits wiederum ein Zweckbündnis mit der neuen Alleanza Nazionale vom Abgeordneten Fini eingegangen ist. Damit haben wir eine Nähe, die aus unserer Sicht unverständlich ist, weil wir uns nicht vorstellen können, wie ein förderatives Konzept mit einem ehemaligen, zumindest aus faschistischer Vergangenheit, gewachsenen zentralistischen Konzept zusammenhängen kann. Aber das Wagnis wäre auf beiden Seiten gewesen, wie ich aufgezeigt habe. Und somit kann man nur an die ausgewählten Vertreter der italienischen Koalitionspartner appellieren, des PP und an Kollegen Viola, daß sie mit uns arbeiten, im Lande glaubwürdig für das Autonomiekonzept eintreten und auch im Staate glaubwürdig uns helfen, für einen Staat einzutreten, der möglichst viele Zuständigkeiten nach unten abgibt und nur das Notwendige an der Spitze zurückbehält, was einfach notwendig ist, um einen Staat zu koordinieren.

Kollege Benedikter hat vorhin harte Kritik geübt, an dem Papier, das die Verfassungskommission der Abgeordnetenversammlung, die sogenannte Bicamerale, ...

BENEDIKTER (UFS): Beide.

PETERLINI (SVP): ... ja, Entschuldigung, die "Bicamerale", wie das Wort schon sagt, beider Häuser des Parlamentes, erarbeitet hat und das ich mir erlaubt habe, vor wenigen Tagen zuzustellen, zumal die Frau Präsidentin so freundlich war, es den Regionen zur Verfügung zu stellen, weil die Regionen auch einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet haben. Und ich muß sagen, Kollege Benedikter, dieses Papier entspricht nicht unseren Wunschvorstellungen, überhaupt keine Rede, aber, wenn ich die italienische Verfassung hernehme, und zwar speziell den Artikel 117 der Regionalverfassung des italienischen Staates, und dort die zehn Zeilen Kompetenzen der Regionen studiere und den heutigen Entwurf der Bicamerale, der hoffentlich nicht den Schlußpunkt darstellt, dann haben wir immerhin einen enormen Fortschritt in die richtige Richtung.

BENEDIKTER (UFS): *(unterbricht)*

PETERLINI (SVP): Das ist der Punkt. Ich lese ihnen einige Beispiele vor. Für was waren die Regionen zuständig - ich rede nicht von unserer autonomen

Region -? Für: die eigenen Ämter, Gemeindeabgrenzungen, Stadtpolizei, Messen und Märkte, Wohltätigkeit, Unterstützung der Krankenhäuser, handwerkliche und berufliche Schulung, Museen, Bibliotheken, Städtebauwesen, Fremdenverkehr, Gastgewerbe, Straßenbahnen, Straßenbauwesen, Binnenschifffahrt, Mineral- und Thermalwesen, Steinbrüche, Jagd, Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, Handwerk. Ja, das ist die Regionalautonomie in Italien. Und wenn wir heute einen Entwurf auf dem Tisch haben, der vom Prinzip her anders ist, nämlich die Verfassung auf den Kopf gestellt hat, dann ist das ein enormer Fortschritt. Da ist es natürlich eine Gewissensfrage oder auch eine Frage der politischen Sensibilität: Stimme ich jetzt dagegen, weil es zu wenig ist oder stimme ich dafür, weil es ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist? Das ist eine Frage, die sicherlich diskutiert werden kann. Die Richtung allerdings, die hier gegangen wird, stimmt. Und das ist auch der Grund meiner Intervention. Diese Richtung sollten wir auch aus Südtirol noch verstärkter mitprägen als bisher. Wir haben bisher in der Autonomiediskussion unser Autonomie-Paket vor Augen gehabt und darum gewehrt, daß ja möglichst jeder Beistrich verwirklicht wird, mit Durchführungsbestimmungen hart daran gearbeitet, und sind ein schönes Stück in dieser Autonomiediskussion weitergekommen. Wir haben weniger oft den Blick hochgehalten und darüber hinaus die Bewegungen in der Welt beobachtet, in Europa und das, was im Staate geschieht. Und da ist eine Revolution im Gange, ich hoffe eine Revolution, die zu positiven Ergebnissen führt und nicht zu jenen Ergebnissen, wie sie in unseren Nachbarstaaten, in Serbien und Kroatien, uns vorexerziert werden, positive Ergebnisse, die die Bürger stärker beteiligen mögen an der demokratischen Mitgestaltung. Dazu gehört auch die Diskussion in Italien. Das wichtigste in diesem Papier ist, daß zum Unterschied von bisher, nicht die wenigen regionalen Kompetenzen weiter ausgebaut worden sind, sondern, daß wenige staatliche Kompetenzen angeführt werden und alles andere zu Gunsten der Regionen, in unserem Falle der autonomen Provinzen, geht. Wir hätten uns vorgestellt - und das haben wir ja auch als Vertreter der Südtiroler Volkspartei immer klar gesagt -, dem Staat sollen nur vier zentrale Aufgabenbereiche zugestanden werden: die klassischen Aufgabenbereiche der "spada," im Sinne der Verteidigung, der "bandiera", im Sinne der Außenpolitik, der "moneta", im Sinne der Geld- und Bankenpolitik und der "toga", im Sinne des Gerichtswesens. Und dazu hat der Staat noch, sagen wir, ein bißchen mehr Kompetenzen dazugerüstet. Insgesamt sind es 26, die hier aufgelistet sind, von denen einige voll in die Zuständigkeit der Regionen fallen sollten, wie beispielsweise, aus meiner Sicht, der Umweltschutz, die Vorsorge, zu der ich noch eigens kommen möchte, die öffentlichen Arbeiten usw., auch wenn diese hier beschränkt sind auf die Zuständigkeiten des Staates. Aber, daß man die Verfassung auf den Kopf stellt, und nicht wie bisher die kargen Zuständigkeiten der Regionen ein bißchen ergänzt, sondern sagt, wenige Zuständigkeiten im Staat und alles andere den Regionen, das ist eine Revolution im italienischen Staate, die für uns nur gutgehen kann und die wir unterstützen wollen.

Was Südtirol betrifft, und da haben wir auch über den Regionalrat harte Arbeit geleistet, ist es gelungen, diesen Artikel 116 der Verfassung neu zu formulieren und zu erreichen, daß alle Zuständigkeiten, die den Regionen eventuell nur als sekundäre Zuständigkeiten gegeben werden, in den Spezialregionen automatisch alles exklusive, also primäre Zuständigkeiten werden; aber nicht nur, sondern daß die Abänderung der Autonomiestatute nur auf Vorschlag der entsprechenden Region erfolgen kann. So heißt es: *"Gli Statuti speciali sono dotati, con legge costituzionale, su proposta di ciascuna Regione e previa intesa della medesima Regione sul testo approvato da entrambe le Camere nella prima lettura"*. Das ist also eine wirklich fortschrittliche Formulierung, die die Region in diesem Falle bei der Schaffung der Verfassungsgesetze für die autonomen Regionen und Provinzen gleichstellt und die für uns goldenen Boden darstellt, weil wir über diese Verhandlungsbasis, über dieses Einvernehmen, unsere Vorstellungen noch stärker verwirklichen können.

Ein wichtiger Punkt noch, allerdings auch ausbaufähig, die Neuformulierung des Artikels 119: *"l'autonomia finanziaria, l'autonomia della imposizione tributaria sono parte costitutiva dell'autonomia di Regioni, Province e Comuni"*. Auch das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein, der einen effektiven Ausbau der Regionalautonomien und unserer Landesautonomien ermöglicht, weil man nur mit wirklicher Hoheit im Finanzbereich auch die Zuständigkeiten verwalten kann.

BENEDIKTER (UFS): Das steht ja nicht.

PETERLINI (SVP): Ich habe das gelesen, Kollege Benedikter. Das ist Punkt 19 des Artikels 119.

Die Steuerhoheit ist in dieser Form nicht vorgesehen. Das ist richtig. Wir möchten, daß der staatliche Umbruch - und damit schließe ich dieses Kapitel ab - in diese Richtung weitergeführt wird und daß Südtirol stärker als bisher sich in dieser Diskussion miteinschaltet und neben der eigenen Landesautonomie mitarbeitet, damit der Staat auf eine föderative Basis gestellt wird.

Ein zweites Thema, sagen wir, aus Südtiroler Sicht, mit Außenbedeutung, ist das vieldiskutierte Thema Europaregion Tirol. Hier müssen wir ganz realistisch feststellen, daß uns die Bürger den Vorwurf machen, immer wieder von der Europaregion Tirol zu reden und nie deutlich aufzuzeigen, was wir damit eigentlich konkret meinen. Dieser Vorwurf ist sicherlich zum Teil berechtigt, so daß ich daraus die Forderung ableite, vom Schlagwort "Europaregion Tirol" zu einer echten Diskussion überzugehen, über die territoriale Reichweite und über die Zuständigkeiten einer solchen Zusammenarbeit, denn, so sehr es gut ist, an politischen Visionen für die Zukunft zu arbeiten, die sich am Horizont abzeichnen können und somit Ziele und Wünsche für die Menschen beinhalten, so gefährlich wird es - ähnlich wie mit dem Begriff "Europa" -, wenn diese Zukunftsvorstellungen sich zu Schlagworten degradieren und bei den Menschen einen repetitiven, aber nichtssagenden Sinn wecken. Also wollen wir uns über die gebietsmäßige Ausweitung und über die Kompetenzen einer solchen zukünftigen

Region Tirol, oder Europaregion Tirol, unterhalten. Das will ich nicht jetzt vorwegnehmen. Über die Reichweite möchte ich nur eines sagen: Bitte, machen wir nicht den Fehler, entgegen der historischen Grundlage und vielleicht auf ein bißchen deutschtümelnder Weise, das Trentino von dieser europäischen Dimension auszuschließen. Tirol reichte von Kufstein bis Borghetto, in einer sprachlichen Vielfalt, die gerne als Exempel und als Beispiel zitiert wird, und soll auch als Zukunftsvorstellung diese Reichweite haben, so wie es neulich auch in den Rückblicken des ehemaligen Landeshauptmannes Magnago erwähnt worden ist. Deswegen wäre es dringend notwendig, daß man an diesem Runden Tisch, wie er jetzt genannt wird, der mehr akademische Entfernung hervorruft als Volkesnähe, die Trentiner mitbeteiligt. Vermeiden wir in Südtirol selbst, daß man das Ganze nur als etwas betrachtet, das nur die Südtiroler deutscher Zunge angeht. Wir vermeiden damit entgegen unserer Geschichte zu arbeiten. Wir könnten aber damit die Chance wahrnehmen, tatsächlich die italienische Bevölkerung stärker in ein solches Modell miteinzubauen. Ich sage Euch ganz ehrlich: Die Trentiner sind für mich oft die größeren Autonomisten als es die Italiener in Südtirol sind. Das ist auch verständlich, weil die Trentiner im wesentlichen Italiener sind, die dort immer gewohnt haben und mit diesem Land geschichtlich verbunden sind, während die Italiener in Südtirol, deren Familien, nicht aus ihrer Schuld, zu einem guten Teil während des Faschismus heraufgeschickt wurden, um das Land zu besiedeln, mit großen Versprechungen vom Häuschen im Grünen, die dann heute zu den Semirurali degradiert sind, mit den Versprechungen vom sicheren Arbeitsplatz, die heute die gefährdeten Industriearbeitsplätze in der Bozner Industriezone darstellen, und mit den Versprechungen einer großartigen Zukunft, die darin gemündet sind, daß sie sich entwurzelt fühlen, kulturell keine Heimat haben und natürlich auch Schwierigkeiten haben, sich mit unserer Mentalität und mit unseren Wertvorstellungen zurechtzufinden und vor allem mit einer Autonomie, wenn diese Autonomie auch nur den geringsten Eindruck erwecken würde, daß sie nur zugunsten der deutschen Bevölkerung gemacht worden wäre. Und deswegen ist es wichtig und für die Zukunft gerade der Minderheiten, der Deutschen und Ladiner, von entscheidender Bedeutung, ein Konzept zu entfalten, das die Italiener stärker als bisher, und nicht nur mit Worten, in ein solches Zukunftsmodell nicht nur einbindet, sondern auch dafür motiviert. Eine Europaregion zu bauen, das von diesem Konzept absieht, würde sicherlich bald zu Tode geredet werden.

Jetzt, nach diesen zwei kurzen Ausblicken auf den Staat und auf die Europaregion, noch einige kurze Schwerpunkte zur, sagen wir einmal, innenpolitischen Lage. Zu Recht hat der Landeshauptmann darauf hingewiesen, daß wir im Lande soziale Sicherheit haben, daß wir eine einigermaßen gute Lage im Arbeitsmarkt vorfinden und daß die Wirtschaft funktioniert. Ob die Menschen in diesem Lande mit diesem zunehmenden Wohlstand glücklicher geworden sind, lasse ich allerdings offen. Man hat vielfach den Eindruck, als ob die Menschen in diesem Lande, entgegen dem materiellen Aspekt, unglücklicher geworden wären. Nun hat die Politik natürlich nicht die Aufgabe und wäre damit sicherlich überfordert, Glück zu verteilen, wie es ein bißchen als Illusion in der Verfassung

der Vereinigten Staaten verankert ist, wohl aber kann man Rahmenbedingungen setzen und wohl muß man sehr aufmerksam verfolgen, welche Entwicklungen sich in der menschlichen Gesellschaft abzeichnen. Und da gibt es Entwicklungen, die besorgniserregend sind und die Schlußfolgerungen zulassen müssen. Beispielsweise die Selbstmordrate. Wir haben in Südtirol eine zunehmende Selbstmordrate, die in den letzten Jahren sich zwischen 60 und 90 Fällen im Jahr bewegt, das sind etwa ein bis zwei Selbstmorde pro Woche. Nicht alle sind bekannt wie diese in den jüngsten Tagen. Wir haben eine zunehmende Selbstmordrate, die doppelt so hoch ist als im Durchschnitt Italiens. Wir haben in Südtirol in den letzten Jahren konstant rund 500 Abtreibungen - ich erlaube mir noch, aufgrund meiner moralischen Einstellung, sie so zu nennen und nicht zu beschönigen - im Jahr zu verzeichnen. Das sind zirka 10 in der Woche. Wir haben eine erschreckend hohe Zahl von Verkehrstoten: 80 bis 100 im Laufe des Jahres, davon fast 40 % Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren; also über ein Drittel Jugendliche. Und wir haben eine zunehmende Zahl von Drogentoten, die uns sehr erregt und besorgen muß, weil die Drogenabhängigkeit längst keine Randerscheinung für verwaarloste Jugendliche aus zerrütteten Verhältnissen mehr ist, sondern auch in die Täler hinausgedrungen ist. Die Schlußfolgerung aus dieser Kehrseite der Medaille kann wohl nur darin liegen, daß man versucht, dort anzusetzen, wo man glaubt, helfen zu können und wo man bessere Startbedingungen schaffen kann. Und das ist sicherlich einmal der Bereich der Familie. Die Familie hat eine große Revolution in den letzten Jahrzehnten mitgemacht. Sie ist von der Großfamilie zur Kleinfamilie geworden und ist heute zu einer Familie geworden, die überhaupt in Frage gestellt wird, durch neue Formen des Zusammenlebens, die von den Jugendlichen gesucht werden. Die Frage ist, ob diese neuen Formen, aber auch diese neue Form der Kleinfamilie, mehr oder weniger Schutz bieten als bisher die traditionelle Familie gegeben hat. Ich bin der Meinung, daß die Infragestellung der Familie unsere Gesellschaft am zentralsten Nerv getroffen hat und daß damit auch viel Unglück und viel Elend verbunden ist. Und wenn wir das erkennen, müssen wir natürlich alles tun, um diese Familie zu fördern und zu schützen. Wir haben einiges, umkämpft, umstritten, im Regionalrat gemacht; das sogenannte Familienpaket. Es ist nicht hier der Ort, darauf näher einzugehen, aber man kann kurz sagen, nachdem es ja eine Zuständigkeit ist, die vom Landeshauptmann verwaltet wird, auch wenn sie auf einem Regionalgesetz beruht, daß die Maßnahmen auszubauen, zu verbessern, zu vereinfachen sind. Sie müssen verstärkt auf soziale Bedürftigkeit abgestimmt werden und sie müssen sozialen Schwierigkeiten Rechnung tragen, vor allem in der Absicherung für die Hausfrau und Mutter. Verwaltet wird dieses gesamte Familienpaket vom Landeshauptmann und vom Land selbst. Die Beamten, die darin tätig sind, sind sehr fleißig, und ich möchte die Gelegenheit auch wahrnehmen, Herrn Dr. Oberschmied und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese Arbeit recht herzlich zu danken. Sie wirken aber mit einem Miniapparat, mit einem kleinen Amt unter vielen anderen Ämtern, für eine große Aufgabe und schaffen diese Aufgabe kaum, aufgrund der zahlenmäßigen Unterbesetzung. So bewertet man nicht ein zent-

rales Thema wie die Familie! Das muß ich mit aller Härte hier feststellen. Man hat mit Mühe und Not vor den Landtagswahlen noch einige Beiträge ausgezahlt, um nicht die totale Blamage auf das Familienpaket zurückfallen zu lassen, weil man kaum mit den Zahlungen nachgekommen ist. Die Region hat am 1. Jänner pünktlich alle Zahlungen vorgenommen, die in den Landeshaushalt hineingegangen sind. Und man hat dann monatelang warten müssen, bis sie dann weiter ausgezahlt worden sind, sogar mit dem Vermerk "wir haben kein Geld". Das Geld von der Region war vorhanden. Wenn man es für andere Zwecke verwendet, dann ist das eine schlechte Ausrede. Wenn man die Familie bei Sonntags-, bei Wahlreden, bei jeder möglichen Gelegenheit hochhält und als zentrale Zelle der Gesellschaft bezeichnet, dann muß man auch diese Arbeit entsprechend aufbauen und würdigen. Es braucht für die Verwaltung dieses Familienpaketes, das immerhin ausgebaut werden soll und bereits jetzt hohe Beträge zu verwalten hat und einen zukünftigen Rentenfonds verwalten muß, einen Sonderbetrieb, der autonom arbeiten kann und der auch zeitlich nachkommt. Da hilft nichts, wenn der Landeshauptmann dann in den letzten Tagen vor den Wahlen allen Hausfrauen noch einen Brief zukommen läßt, indem er sagt, daß die Beiträge demnächst kommen werden. Es braucht in der Verwaltung dieses Familienpaketes mehr Effizienz und eine stärkere Struktur.

Ein anderes Thema, das mit der Familie sehr eng zusammenhängt, ist das Thema Wohnbau. Wir haben wieder einmal ein Gesetz geschaffen, das familienfeindlich ist. Ich habe vor wenigen Tagen eine Anfrage eingereicht, die aufgezeigt hat, wieweit wir bei dieser Erneuerung der Wohnbaureform, die wir im Herbst vorgenommen haben, gegangen sind. Wir haben den ursprünglichen Artikel des Wohnbaugesetzes, der vorgesehen hat, daß verheiratete Gesuchsteller eine um 20 % höhere Einkommensgrenze haben als die anderen Gesuchsteller, abgeschafft und haben dafür eine auf den ersten Blick recht soziale Maßnahme gesetzt: anstatt des Verheiratetseins zählt in Zukunft das Kinderhaben. Also, ganz gleich, ob jemand verheiratet ist oder nicht verheiratet ist, wer Kinder hat, der hat eine Einkommensgrenze, die um 25 % höher ist, als derjenige, der keine Kinder hat. Das klingt ja im ersten Moment sehr sozial, auch sehr entgegenkommend einer ledigen Mutter oder einem Einzelerzieher gegenüber. In Wirklichkeit ist diese Maßnahme familienfeindlich, weil bei den Ledigen nicht das Einkommen des zusammenlebenden Partners mitgezählt wird, während beim verheirateten Ehepaar zuerst beide Einkommen zusammengezählt werden und dann, wenn sie Kinder haben, wird 25 % dazugegeben; wenn sie keine haben, dann werden beide Einkommen zusammengezählt und sie fallen aus jeder Wohnbauförderung hinaus. Damit hat man die Höchstgrenze der Wohnbauförderung für Verheiratete von etwa 35 Millionen Lire, wie sie war, auf 37 Millionen Lire herabgesetzt. Das haben wir gemacht, als Familienförderungsmaßnahme im Wohnbaugesetz. Ich weiß nicht, war es nur eine schlechte Planung oder steckte da auch Absicht dahinter. Ich war nicht in der vierten Gesetzgebungskommission. Die Präsidentin, Frau Kollegin Zendron, hatte den Vorsitz und hat sicherlich beabsichtigt, zusammenlebende Paare einer ordentlichen verheirateten Familie gleichzustellen. Das war wohl die Ideolo-

gie. Aber auch diese hat man nicht erreicht, weil man eine Gleichstellung unter verschiedenen ideologischen Gesichtspunkten verschieden bewerten kann. Man kann dazu stehen oder nicht dazu stehen. Eine Familie, auch wenn das konservativ klingen kann, bietet den Kindern mehr Schutz und auch den Frauen mehr Schutz als nur die Form des Zusammenlebens. Aber nehmen wir einmal an, man wollte sie gleichstellen, das verheiratete Paar und das ledige Paar. Das verheiratete Paar wird damit bestraft, daß beide Einkommen zusammengelegt werden; beim zusammenlebenden Paar wird jedes Einkommen separat bewertet, als ob der Partner nicht existiere. Bei den Institutswohnungen wird es zusammengelegt, nicht bei der Wohnbauförderung. Und das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Das hätten Sie uns als Vorsitzende, Frau Kollegin Zendron, zumindest hier in der Aula sagen müssen. Aber, bitte, jeden trifft der Vorwurf, wobei ich sage, für die Landesregierung ist es eine Lehre, daß sie so wichtige Gesetze nicht in letzter Minute vor den Landtagswahlen vorlegen darf, weil es einfach für jeden eine Überforderung ist, zwischen Wahlversammlungen hin- und herzurennen und Texte, die man in der Gesetzgebungskommission nicht selbst mitverfolgen konnte, mit vielen Abänderungen, hier in diesem Hause zu bewerten. Das ist fast unmöglich geworden. Aber ich hoffe, daß die Landesregierung diese Ungerechtigkeit bald durch einen entsprechenden Abänderungsantrag eliminiert.

Ein anderer Punkt bei der Wohnbauförderung, der mit dieser Reform hineingekommen ist, ist, daß die Gesuchsteller ein Minimumeinkommen haben müssen. Klingt recht vernünftig, schaut aus, als ob man sagt, gut, wenn jemand nicht einmal soviel verdient - so wird immer sozial argumentiert - , daß er das Lebensminimum hat und daß er eine Abzahlungsrate erbringen kann, dann soll er es auch nicht wert sein, eine Wohnung gefördert zu bekommen. Ich bin auch mit dieser Haltung nicht einverstanden. Es gibt alte Menschen, die ihr Leben lang gespart haben und die etwas auf die hohe Kante legen konnten, weil sie sich womöglich alles vom Mund abgespart haben, die sich dann plötzlich ausgeschlossen sehen, weil sie nur eine kleine Rente haben. Wer eine kleine Rente hat, ist in Zukunft von der Wohnbauförderung ausgeschlossen, weil die Formulierung des Gesetzes jetzt vorschreibt, daß man ein so hohes Einkommen haben muß, daß es das Lebensminimum und eine Rückzahlungsrate erfasst. Und das ist in Zahlen ausgedrückt für Einzelpersonen 15 Millionen Lire Jahreseinkommen und bei der Sanierung 18 Millionen Lire Jahreseinkommen. Das ist einfach zu hoch, vor allem für alte Leute, die wir hier ausschließen.

Ich habe die Gelegenheit dieser Haushaltsdebatte wahrgenommen, um auf diese Punkte hinzuweisen, die für mich eine große Bedeutung haben.

Ein weiteres Thema im Zusammenhang mit dem Ausbau der Autonomie: Was soll das Land übernehmen? Wir haben alle darüber geredet, wie notwendig es ist, die Schule in die Landeskompetenz zu übernehmen. Ich bin diesbezüglich der Meinung, daß es richtig ist, daß die Betroffenen, die Lehrer selbst, ihre Meinung dazu abgeben und klar ausdrücken, was sie diesbezüglich wollen. Ich verstehe sogar die Sorge mancher Lehrer, die Angst haben, man könnte mit einem Übergang zum Land unter die Knute der Landesregierung geraten und

möglicherweise in der Unterrichtsausrichtung stark weisungsgebunden werden. Ich verstehe die Sorge, weil, leider Gottes, die Landesverwaltung, die Landesregierung durch das viele Geld, durch die ausgeweitete Autonomie immer mächtiger geworden ist und praktisch fast in jeden Bereich hineinschneidet und hineinwirkt und damit Freiheiten beschränkt.

Wir haben darüber geredet, die Staatsstraßen zu übernehmen. Ich bin der Meinung, daß es höchstnotwendig ist, vor allem jene Staatsstraßen zu übernehmen, die im regionalen Raum von Bedeutung sind und überhaupt keine Staatsbedeutung haben. Ich verstehe, wenn der Staat sagt, ich behalte mir die Brennerstraße zurück, verstehe aber nicht, wenn er sagt, ich behalte mir die Flaimstaler- oder die Eggentalerstraße zurück, denn diese haben wirklich nur regionalen Charakter und könnten endlich übergehen und damit auch instandgesetzt werden. Wir haben die Flaimstalerstraße in einem unglaublichen Zustand. Vor Weihnachten ist dort eine Mure abgerutscht, hat die Straße mitgerissen; sie war monatelang gesperrt. Durch Interventionen bei der ANAS ist es gelungen, zumindest ein Ampelsystem aufzustellen, daß die Straße jetzt einspurig befahren werden kann. Aber die Straße wurde immer noch nicht repariert, nach so vielen Monaten. Also, es ist wirklich skandalträchtig, wie hier gearbeitet wird.

Das sind Bereiche, die wir anstreben können oder sollen: Schule, mit dem Vorbehalt, Straßen ... Aber, wenn wir die Möglichkeit haben, weitere Zuständigkeiten zu übernehmen, dann gibt es für mich einen ganz zentralen Aufgabenbereich, den ich hier unbedingt der Landesregierung, dessen designierter Chef, durch große Abwesenheit glänzt, ans Herz legen möchte - vielleicht liest er es aus der Zeitung -, daß wir die Möglichkeit ausschöpfen, den sozialen Versicherungsbereich zu übernehmen. Der Staat hat uns in eine elende Pensionsituation hineingearbeitet. Jahrzehntlang wurden mit Baby-Pensionen, mit Wahlgeschenken, die Kassen geräumt. Das Nationalinstitut für Soziale Fürsorge ist am Ende der finanziellen Möglichkeiten. Der Staat ist es auch. Und die Sanierungsmaßnahmen gehen zum Schaden der arbeitenden Menschen, vor allem der alten Menschen. Also, wirklich etwas Unwürdiges, das in diesem demokratischen Staat vor sich geht! Unwürdiger könnte man es nicht machen, weil man gerade diejenigen trifft, die sich nicht mehr wehren können, die demokratiepolitisch kaum eine Ausdrucksmöglichkeit haben.

BENEDIKTER (UFS): *(unterbricht)*

PETERLINI (SVP): Du hast recht. Ich habe es schon gesehen. In den Staatszuständigkeiten steht ...

BENEDIKTER (UFS): *(unterbricht)*

PETERLINI (SVP): Ich komme zu diesem Punkt, Kollege Benedikter. Wir sind allerdings mit der Meinung nicht so entfernt. "*Leere Schachtel*" habe ich gesagt, ja. Aber ich komme dazu.

Wir haben im Autonomiestatut einen bisher vernachlässigten Artikel 6 entdeckt, mit dem Familienpaket usw., der der Region die Möglichkeit gibt, ergänzende Bestimmungen auf dem Sozialversicherungssektor zu erlassen und eigene Institute aufzubauen, wobei es in den Durchführungsbestimmungen dann heißt, daß diese Institute dann auch Aufgabenbereiche vom Staat - nach Genehmigung des Arbeitsministeriums - übernehmen können, der INPS und des INAIL. Das heißt, es ist die theoretische Möglichkeit im Statut festgeschrieben, INPS und INAIL zu übernehmen. Ich appelliere an die Sensibilität meiner Kolleginnen und Kollegen, diesen Bereich mit aller Kraft anzustreben, weil er im Interesse unserer Bürger, und vor allen Dingen unserer alten Menschen ist, aber auch der jungen Menschen, die vor einer Pensionsregelung von morgen zittern müssen. Wir wissen alle, die Bevölkerungspyramide ist auf den Kopf gestellt. Es gibt immer mehr alte Menschen. Die Jahrgänge, die nachwachsen, werden immer spärlicher. Das Pensionssystem ist in der ganzen Welt in Diskussion und Gefahr, aber bei uns in Italien aufgrund der geplünderten Kassen ganz besonders in Krise. Ich bitte Euch wirklich inständig, mitzuarbeiten und mitzukämpfen, damit wir den Bereich der Sozialversicherung, und damit eine autonome Rentenregelung, für unsere Menschen in Südtirol und im Trentino - die Zuständigkeit ist regionaler Art - übernehmen können, wobei wir dann zwei autonome Landesinstitute aufbauen können.

Kollege Benedikter hat mir gesagt, er hatte im Regionalrat - und das stimmt - einen Gesetzentwurf vorgeschlagen, der die Übernahme der Institute vorsah. Wir haben damals es vorgezogen, Inhalte zu schaffen, sprich Familienpaket, ergänzende Maßnahmen für die Aufzahlung auf die Rente und die Schaffung der Hausfrauenrente. Und der Vorwurf meinerseits war - und das war so und ist so -, daß Dein Vorschlag, Kollege Benedikter, "*eine leere Schachtel*" war, so habe ich es formuliert, also die leeren Institute ohne Inhalt. Jetzt sind wir aber an dem Punkt angelangt, wo wir den Inhalt haben ...

BENEDIKTER (UFS): (*unterbricht*)

PETERLINI (SVP): Ich meine, das ist ja nur eine Frage der Vorgangsweise. Laß mich doch ausreden, Kollege Benedikter! Wir haben den Inhalt. Familienpaket ist da. Ein Teil der Zuständigkeit wird wahrgenommen, wird schlecht wahrgenommen, ich wiederhole es. Die Verwaltung des Familienpaketes wird vom Land schlecht wahrgenommen. Und jetzt ist es Zeit, diese Institute zu schaffen, um den gesamten Bereich der Sozialversicherung zu übernehmen und nicht eine leere Schachtel, sondern eine volle Schachtel zu verwalten.

Abschließend vielleicht noch ein Wort zum Umweltschutz. Auch das ist so ein Thema, das alle gerne in den Mund nehmen und zu dem dann eigentlich wenige stehen. Ich möchte einmal vorweg feststellen, daß Umweltpolitik nicht wirtschaftsfeindlich sein muß und man sich lange nicht in einen Gegensatz hineinzuarbeiten braucht. Es gibt viele Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes, die wirtschaftsfördernd wirken können, so daß es unser Ziel sein muß, eine Umweltpolitik zu betreiben, die gleichzeitig auch eine wirtschaftliche Entwick-

lung, einen Konsens der beiden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zuläßt. Bei der Förderung von Industriebetrieben, von Handwerksbetrieben und auch anderer Tätigkeiten muß man den Schwerpunkt setzen, ressourcenschonende, abfallvermeidende und energiesparende Maßnahmen besonders zu fördern. Jeder wird sich darüber freuen, der wirtschaftlich tätig ist, und vor allem wird sich auch die Allgemeinheit darüber freuen, daß man Sonntagsreden in wirtschaftspolitische Zielsetzungen umgewandelt hat und mit den entsprechenden Maßnahmen des Landeshaushaltes unterstützt. Das differenziert die Sonntagsrede im wesentlichen auch von der Haushaltspolitik.

Eine weitere wichtige Möglichkeit, öffentliche Gelder ökologisch einzusetzen, erschließt sich im Verkehr. Im Verkehr machen wir immer noch den Fehler, zu sehr straßenmäßig zu denken. Wenn eine Verbindung nicht funktioniert, dann wird sofort eine neue Straße geplant und man hat weniger Mut zu neuen Konzepten, zu neuen Wegen.

Kollege Laimer ist momentan nicht im Saal. Er hat bei seinen Wahlreden sehr stark betont, wie man den Zug als alternatives Nahverkehrsmittel verstärkt fördern und einsetzen soll, auch zwischen Bozen und Meran. Eine Schnellbahnlinie war eines seiner Wahlziele. Ich gratuliere ihm dazu. Er ist jetzt neues Mitglied der Landesregierung und hat die Möglichkeit, mit dazu beizutragen, daß diese Zielsetzungen der Verlagerung von der Straße auf die Schiene auch stärker Realität werden. Ich hoffe auch die Eisenbahn tut es. Bis jetzt hat sie uns ein schlechtes Beispiel der Zusammenarbeit geliefert, nicht, weil ich persönlich beinahe auch einmal Opfer dieser intriganten Spiele geworden wäre, sondern weil sie schlecht arbeitet. Es werden Nahverkehrszüge abgeschafft, anstatt neue geschaffen; es werden Bahnhöfe aufgelöst; es wird anstatt bürgerlicher zu arbeiten, bürgerfeindlicher gearbeitet. Man hat also wirklich den Eindruck, man tut alles, um den Nahverkehr zum Erliegen zu bringen, während wir in Sonntagsreden darauf setzen, den Nahverkehr ausbauen zu wollen. Aber da kommt auch eine Grundsatzfrage und eine Gretchenfrage an die Landesregierung heran. Die Zuständigkeiten für den Lokaltransport, wie der Nahverkehr im Autonomiestatut heißt, hat das Land. Das Geld für diese Zuständigkeit bekommt nicht die Eisenbahn, sondern das Land. Und wenn das Land es ernst meint mit der Verlagerung auf die Schiene, dann darf es halt nicht nur die 50/60 Milliarden, die im Jahr für den Nahverkehr ausgegeben werden, für Autobusse und für Verkehr auf der Straße ausgeben, sondern muß bereit sein, einen Teil der Geldmittel in den Nahverkehr mittels Zug zu investieren.

Wie könnte ich das Thema Umwelt abschließen, ohne über das Thema Flughafen von Bozen zu reden. Ich muß es wiederholen: *"Der Flughafen soll verwirklicht werden"*. Alle Unterlandler Gemeinden haben sich dagegen ausgesprochen. Auch in Bozen scheint keine große Begeisterung dafür zu herrschen. Und trotzdem macht man den Flughafen. Man glaubt, damit ein Zukunftsprojekt zu verwirklichen. Ich bin der Meinung, man läuft einem überholten Konzept nach, das keine Berechtigung mehr in dieser Form hat. Der Flughafen wird praktisch inmitten eines Siedlungsgebietes entstehen, umgeben von Wohnhäusern, die schwer damit belastet werden. Man kann von Flüsterturbos noch so-

viel sprechen und von leiseren Flugzeugen und wenigen Starts usw. Ein Flughafen hat ja auch seine Entwicklung. Wenn vielleicht vier Starts am Tag geplant sind, oder jetzt redet man schon von acht, neun, dann werden es auch mehr werden, denn sonst stirbt der Flughafen sowieso ab. Wenn er nur ein, zwei Linien hat, dann wird er nicht lange überleben. Und dann ist es halt eine Lärmbelästigung. Ich hatte einmal das Glück, oder das Pech, je nachdem, wie man das formulieren will, am Flughafen zu leben, nicht am Bozner Flughafen, sondern natürlich einem größeren, nämlich am Hamburger Flughafen - die Belastung war entsprechend größer, man kann sich das ja proportional umdenken -, und weiß aus eigener Erfahrung, ohne daß ich dafür Studien lesen muß, was eine solche Lärmbelastigung bedeutet. Aber ist dieses Flughafenmodell zukunfts-trächtig? In ganz Europa werden die Flugstrecken unter 600 Kilometern abgebaut, weil man auf Schnellbahnsysteme setzt, auf Intercityzüge, auf Hochgeschwindigkeitszüge, die diese Strecken viel schneller und rationeller zurücklegen können; z.B. die Züge, die vom Stadtzentrum in Paris starten und in knapp drei Stunden in London - jetzt einschließlich des Eurotunnels - ankommen sollen. Hochgeschwindigkeit auch in Italien. Der Raum in der Luft über dem Flughafen wird immer ausgelasteter. Es gibt stundenlange Wartezeiten für die Lokalflüge, weil die internationalen Flüge Vorrang haben. Wir haben in unmittelbarer Nähe zwei Flughäfen, in Innsbruck und in Verona, die wir mit einer knappen Stunde erreichen können. Wenn man in München zum Flughafen fahren will, braucht man auch, je nach Verkehrslage, knapp eine Stunde. In Rom, um nach Fiumicino zu fahren, wenn man das Pech hat, in die Hauptverkehrszeit hinein-zugeraten, braucht man länger als eine Stunde. Eine Stunde brauchen auch wir, um nach Verona zu kommen oder die nördliche Landeshälfte, um nach Innsbruck zu fahren. Ja, ist es dann nicht Gigantomanie, mitten in einem Siedlungsgebiet einen Flughafen hineinbauen zu wollen, nur weil man meint, das wäre jetzt die Erlösung der Südtiroler Wirtschaft? Es wird diesbezüglich ein böses Erwachen geben. Die Südtiroler Volkspartei hat damals, als der Flughafen beschlossen worden ist, unter umstrittenen Verhältnissen gleichzeitig beschlossen: keine einzige Lira darf hineinfließen. Das muß ein sich selbsttragender Flughafen sein, der keine Subventionsgelder in Anspruch nimmt. Inzwischen sind solche Gelder bereits beschlossen worden, entgegen diesem Grundsatzbeschuß der Südtiroler Volkspartei, so daß auch ich mir die Freiheit herausnehme, frei meine Meinung zu diesem Thema zu sagen und nochmals zu appellieren, daß es keinen Sinn hat, solchen nur vermeintlichen Zukunftsmodellen nachzulaufen.

Bevor ich abschließe, möchte ich noch einen kurzen Gedanken über das Südtiroler Unterland und die Probleme, die dort anstehen, verlieren, weil ich aus diesem Gebiet komme, dieses Gebiet politisch vertrete, und glaube, daß es auch eine große kulturelle Aufgabe wahrzunehmen hat. So wie ich es richtig und notwendig finde, daß für die kleinste Volksgruppe im Lande, für die Ladin-ner, eigene Maßnahmen geschaffen werden, eigene Verfassungsgesetze in Aussicht genommen werden, so wie es notwendig ist, im Trentino diese Verfassungsgesetze auszuweiten und auch die Minderheiten in Luzern, im deutschen

Fersental zu schützen, die Ladiner im Trentino zu schützen, so ähnlich ergibt sich die Situation im Südtiroler Unterland. Es ist jenes Gebiet, das sprachlich besonders ausgesetzt ist, das kulturell Jahrzehnte beweisen mußte, wie man unter den Sprachgruppen zusammenlebt und daß man zusammenleben kann. Gerade Neumarkt beispielsweise, das eine Bevölkerung hat, die zur Hälfte - knapp die Hälfte - aus Italienern besteht, zur Hälfte aus Deutschen, hat eigentlich ein harmonisches Dorfleben, hat aber auch um diese Zusammenarbeit kämpfen müssen. Ich bin kein Nationalist und ich war es auch nie - das möchte ich nochmals unterstreichen -, aber ich möchte, daß Kinder ihre Muttersprache lernen können, die italienischen Kinder ihre Muttersprache, und dann möglichst bald auch die Sprache der Begegnung, die deutsche Sprache lernen können; und so sollten auch die Kinder aus deutschen Familien ihre Muttersprache lernen können und dann die Begegnung mit der italienischen Sprache suchen. Und da haben wir großen Probleme, die wir angepackt haben, wo es Besserungen gibt, wo wir aber erkennen müssen, daß kulturell der exponierteste Teil Südtirols nicht das Ultental ist - aus dem ich übrigens mütterlicherseits stamme; deswegen erlaube ich mir auch dieses Beispiel auszuwählen - oder das Ahrntal, sondern eben das Südtiroler Unterland, wo das Zusammenleben tagtäglich exerziert werden muß, und wo die Sprache auch tagtäglich gelebt werden muß, und wo es Probleme gegeben hat und gibt. Wir machen mit großen Anstrengungen Sprachkurse für die Kinder aus deutschen Familien, Deutschkurse, damit sie Deutsch lernen, damit sie in der Schule auch die deutsche Sprache einigermaßen einwandfrei verwenden können. Wir stellen einige Besserungen fest, haben aber Probleme, vor allem auch in der schriftlichen Ausdrucksweise, im Wortschatz, der sich vielfach vermischt und gegenseitig nicht bereichert, sondern gegenseitig zerstört, weil ich der Meinung bin, daß eine Hochsprache, wie das Italienische ist, in ihrem Glanz und in der Größe schöner ist, wenn sie nicht laufend von anderen Wörtern durchsetzt wird. Und dasselbe gilt natürlich auch für die deutsche Sprache. Wenn man diese Erkenntnis hat, dann muß man wissen, daß das Unterland auf die Hilfe des gesamten Landes im kulturellen Bereich angewiesen ist. Es lebt auf, es hat in letzter Zeit auch gewisse Stärken gezeigt, im Theaterwesen, im Leben der Vereine, im Kulturleben in jeder Beziehung. Es braucht aber besondere Stärke. Durch unser Proporzsystem sind wir gewohnt, alles proporzmäßig aufzuteilen. Da kommt die Musikkapelle vom Ahrntal gleich zum Zug, wie die Unterlandler Musikkapelle. Und das, ist für ein sprachlich gefährdetes Gebiet zu wenig. Das muß deutlich gesagt werden.

Noch einen Moment zur Siedlungspolitik, Bozen und Unterland zusammenhängend, auch zu dem, was Kollege Benedikter angesprochen hat. Ich habe darüber eine Studie verfaßt - eine zahlenmäßig belegte Studie, bitte - mit dem Titel: *"Bozen wird abgewürgt - das Unterland zahlt die Zeche"*. Was sollte diese Provokation bedeuten? Wir haben in Bozen Probleme mit dem Wohnungsmarkt. Die Leute finden keine Wohnung. Es wurde jahrzehntelange eine Politik gemacht, wobei Bozen sehr sparsam war mit der Ausweisung neuer Zonen - zum Teil auch zu Recht, weil man gemeint hat, man würde sonst neue Zuwanderung aus Italien fördern - und hat übersehen, daß der Topf übergelau-

fen ist, sich natürlich auf die Umgebung ausgeschüttet hat, auf das Überetsch, auf Leifers zunächst, und dann auf das Südtiroler Unterland. Ich fordere hier nochmals ganz klar, daß in Bozen Wohnraum geschaffen werden muß, für die Jugendlichen, die hier leben, für die jungen Familien, die hier eine Wohnung finden wollen, für die Italiener, die lieber in der Stadt wohnen und für die Südtiroler, die da arbeiten wollen und man nicht künstlich Bozen würgt und die schwierig gewachsenen Gemeinschaften, die nach vielen Jahren ein Gleichgewicht des Zusammenlebens gefunden haben, damit einfach aus den Bahnen wirft. Man tut einer Familie nichts Gutes, wenn man sie zwingt, irgendwo anders zu wohnen, wo sie möglicherweise gar nicht will. Das ist kein nationalistischer Diskurs, wie vielleicht jemand meinen möchte. Es ist für eine Dorfgemeinschaft, die zu einem harmonischen Zusammenleben gefunden hat - ich denke da an Branzoll, genauso wie Auer oder Neumarkt, oder auch linksseitig der Etsch, wie Tramin - kein Geschenk, wenn in eine neue Wohnbauzone Leute kommen, die dort nur schlafen, um sieben Uhr früh nach Bozen fahren, um sieben oder acht Uhr abends wieder zurückkommen und mit der Dorfgemeinschaft überhaupt nicht verbunden sind; ganz gleich, ob das Italiener oder Deutsche sind. Das sind Entfremdungen, die das Dorfleben gefährden und gerade in den schwierig gewachsenen Gemeinschaften des Südtiroler Unterlandes dieses Gleichgewicht des Zusammenlebens stören. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre: Bozen braucht Lebensraum. In Bozen hat man jahrzehntelang abgewürgt, und jetzt muß man soweit sein, daß man auch Wohnungen zur Verfügung stellt.

Im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung haben manche verlangt: Bitte, erhöhen wir den Beitrag, der heute 140 Millionen Lire ausmacht. Damit kann man keine Wohnung kaufen. Da hat jeder recht. Aber wir haben jedes Mal die Erfahrung gemacht, wenn man den Beitrag erhöht, ähnlich wie bei einem Zahnarzt die Rückerstattungsspesen, daß damit auch die Preise in die Höhe schießen. Der Zahnarzt bekommt jetzt ein zusätzliches Geld. Damit steigt die Nachfrage. Und ein altes Marktgesetz sagt: Wenn eine stärkere Nachfrage ist, dann steigt auch der Preis. Und somit tun wir den Leuten nichts Gutes, wenn wir ihnen mehr Geld geben, wenn das Angebot an Wohnungen dasselbe bleibt. Die Leute haben mehr Geld in der Hand, können mehr zahlen, und damit steigt der Preis weiter. Und das bißchen, was wir ihnen in die Hand gedrückt haben, fließt ihnen durch die Finger. Mir bleibt nur noch eine Minute. Ich komme zum Schluß. Deswegen ist es sinnvoller, neuen Wohnraum zu schaffen - auch durch das Wohnbauinstitut, nicht nur um zu vermieten; man kann ja auch Wohnungen bauen und sie dann stufenweise ins Eigentum abtreten oder auch gleich ins Eigentum abtreten, für diejenigen, die es wünschen und es sich vermögen - und das Angebot auf dem Wohnungsmarkt ausbreiten. Das ist das beste Mittel, um die Wohnungspreise zu dämpfen, denn solange es zu wenig Angebot gibt, werden die Preise immer in den Sternen sein. Ich danke Ihnen recht herzlich!

PRÄSIDENTIN: Wir unterbrechen jetzt die Debatte und fahren um 15 Uhr fort.

Abgeordneter Benedikter, wozu wünschen Sie das Wort?

BENEDIKTER (UFS): Ich ersuche, am Nachmittag gleich nach Wiederaufnahme der Arbeiten das Wort ergreifen zu dürfen, weil der Kollege Peterlini mich persönlich angegriffen hat.

PRÄSIDENTIN: Ich nehme das zur Kenntnis. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 13.00 UHR

ORE 15.06 UHR

(Namensaufruf - appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 1) fort. Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort in persönlicher Angelegenheit verlangt. Bitte, Abgeordneter Benedikter.

BENEDIKTER (UFS): Ich bin, wie üblich, vom Kollegen Peterlini beschuldigt worden. Ich hätte also Bozen erwürgt und gezwungen, auszuwandern.

Ich bringe noch einmal die Daten. In der Zeit, in der ich Landesrat für Raumordnung war, wie Durnwalder immer sagt, Alleinherrscher im Lande, also seit 1962 bis heute, wurden in Bozen 432 Hektar Bauland neu ausgewiesen, davon rund die Hälfte Gewerbegebiet. Und in der Zeit von 1951 bis 1991, hat Vittorini festgestellt, ist die Zahl der Wohnungen von 15.000 auf 40.700 gestiegen, wobei im Jahre 1951 374 leere Wohnungen gemeldet worden sind, im Jahre 1981 2.038 und im Jahre 1991 2.400.

Noch etwas, ich brauche nicht länger reden, es hat keinen Sinn, weiter einzugehen: Bozen hatte 1981 105.180 Einwohner; 1991 nur mehr 97.985, d.h. rund 7.200 weniger. Und in der Zeit zwischen 1982 und 1989 sind zufällig 7.277 aus Bozen in andere Provinzen Italiens abgewandert. Deswegen hat der Druck der gerichtlichen Kündigungen in Bozen nicht nachgelassen, und deswegen sind wir dann zu diesem Kompromiß vom 15. April 1988 gelangt, daß wenigstens alle Obdachlosen und alle mit 25 Punkten untergebracht werden müssen, das Land dafür sorgen muß, daß sie untergebracht werden, was nach Meldung von Franzelin derzeit übererfüllt ist, in dem Sinne, daß nicht nur alle Obdachlosen mit Anfang 1994 untergebracht worden sind und nicht nur alle mit 25 Punkten, sondern auch alle mit 20 Punkten. So sieht das Erwürgen von Bozen aus, wo Vittorini festgestellt hat, daß diese 600 Hektar Grünland, die der Gemeinde Bozen noch geblieben sind - mit 350 Vollerwerbsbauern, also echten Bauern -, unbedingt notwendig sind, um in Bozen noch ein Minimum an gesundem Lebensraum zu erhalten. Bitte, das ist alles nachzulesen in der Studie Vittorini für den sich noch immer unterwegs befindlichen Bauleitplan. Danke!

HOLZMANN (MSI-DN): Nell'iniziare il mio intervento vorrei riagganciarmi ad alcune affermazioni fatte dal collega Peterlini, anche per dare un senso logico al mio discorso e in particolare vorrei riagganciarmi a quella parte del discorso dove Peterlini ha espresso il suo stupore in relazione alle nuove forze politiche che si sono affacciate sul panorama locale e nazionale, e soprattutto per quanto riguarda le future alleanze e aggregazioni. Non stupisce che la SVP abituata per anni ad una situazione cristallizzata, ovattata, che ha portato ad una alleanza sostanzialmente con i partiti al governo in campo nazionale, si trovi in questo momento a disagio perché non è ancora nelle condizioni di valutare quali saranno i nuovi equilibri che si determineranno dopo le prossime elezioni politiche e che porterebbero naturalmente anche riflessi non indifferenti per quanto riguarda l'atteggiamento del governo nazionale nei confronti della gestione dell'autonomia locale.

Nel merito dò una grande importanza alla relazione del presidente designato Durnwalder perché attraverso le sue dichiarazioni, intenzioni che fanno parte di un discorso politico verranno introdotte in questo Consiglio anche delle leggi che si legheranno a queste dichiarazioni di intenti, verrà impostata una politica di bilancio, verranno impostati i piani triennali, i bilanci successivi di previsione. Visto che questa dichiarazione programmatica costituisce poi la prima base, la pietra miliare delle intenzioni della futura Giunta per quanto riguarda i prossimi 5 anni, è utile forse cercare di entrare un po' nel merito per capire cosa è cambiato, cosa sta cambiando e cosa cambierà.

Una frase a pag. 2 ha suscitato il mio interesse, laddove il Presidente afferma *"la lotta per l'autonomia non è conclusa"*. Cioè questo modello autonomistico tanto perfetto, tanto spesso invocato e citato ad esempio, è talmente perfetto che nessun paese al mondo si è sognato di imitarlo o di costruire qualcosa di simile, per lo meno in situazioni analoghe alla nostra. Evidentemente il Presidente della Giunta, che poi è l'espressione del partito di raccolta, ritiene che la serie delle concessioni da richiedere al governo centrale non sia terminata, nonostante la chiusura della vertenza sul piano internazionale, nonostante il rilascio della quietanza liberatoria e queste intenzioni si manifestano ancora più chiaramente scorrendo le pagine successive. Però c'è un dato sul quale vorremmo ci si soffermasse ed è il risultato elettorale. Nella scorsa legislatura, all'indomani delle elezioni, la SVP portò in Consiglio provinciale 22 consiglieri, 3 ne portò la DC, uno il partito socialista per un totale di 26 consiglieri su 35. In queste elezioni la SVP ha perso 3 consiglieri, ne ha 19, il partito popolare è calato a due e il partito socialista è scomparso. Pertanto i consiglieri di quelle forze che hanno governato l'autonomia per 5 anni si sono ridotte da 26 a 21 consiglieri, con un calo secco del 21%. Credo che questo debba far riflettere, evidentemente la popolazione di entrambi i gruppi linguistici di questa provincia non ha ritenuto che la gestione dell'autonomia fosse stata impostata in base a criteri di correttezza e di equità. *"Potremmo sentirci tutti a casa nostra"*, dice a pag. 3, e questo potremmo mi fa pensare che anche il Presidente non ritiene che in questo momento tutti si possa affermare di sentirci a casa nostra. Questo

naturalmente risulta molto più evidente se andiamo poi ad analizzare il bilancio che è lo strumento tipico della gestione politica dell'autonomia.

In apertura ci aspettavamo dal Presidente, che pure, nonostante il calo del suo partito ha conseguito un notevole aumento delle proprie preferenze, che le sue dichiarazioni fossero impostate in modo tale da garantire i gruppi linguistici della nostra provincia su un futuro di serenità, di rispetto reciproco, di consapevolezza che lo strumento autonomistico deve essere salvaguardato ma anche ben governato. Purtroppo dobbiamo constatare come rispetto al passato non sia cambiato nulla o quasi, se è vero come è vero che già a pag. 3 si fa riferimento esplicito alla toponomastica come un torto subito dalla popolazione di lingua tedesca e al "disgraziato" monumento alla Vittoria. Per quanto riguarda la toponomastica prendiamo atto che è venuta meno la volontà della SVP di portare come primissima legge in Consiglio la legge che dovrebbe portare all'abolizione della gran parte dei toponimi italiani della provincia di Bolzano. Noi sostenemmo una certa battaglia nella scorsa legislatura e siamo pronti a sostenerla anche in questa, ma c'è un equivoco di fondo che secondo me va chiarito. Se è vero come è vero che la toponomastica italiana in gran parte è stata introdotta nel 1923, ma su questa data si vuole speculare attribuendo al governo fascista la volontà di introdurre dei falsi storici al solo scopo di snaturalizzare la popolazione qui residente, bisogna riconoscere che la commissione che portò alla stesura del prontuario e quindi poi al lavoro successivo e alla promulgazione del decreto venne insediata dal governo Giolitti e quindi da un governo democratico, sostenuto tra l'altro dal Partito Popolare, allora si chiamava così, poi DC oggi è tornata al suo vecchio nome. Riteniamo che se si vuole parlare di rispetto reciproco tra gruppi linguistici presenti nello stesso territorio non si debbano compiere prevaricazioni e riteniamo che lo Stato italiano nel concedere ampia autonomia, ampie forme di tutela ad una minoranza linguistica come quella di lingua tedesca, dandole la possibilità di salvaguardare il proprio patrimonio storico, culturale, linguistico, dandogli la possibilità di organizzare le scuole, di stabilire programmi, di formare insegnanti, abbia consentito tutto quello che era necessario affinché la minoranza di lingua tedesca non perdesse la propria identità. Non abbiamo visto segni di buona volontà dall'altra parte nel riconoscere alla minoranza di lingua italiana analogo diritto e quindi la si vorrebbe privare della possibilità di utilizzare una toponomastica che è in uso da oltre 70 anni e che fa parte del nostro patrimonio culturale al quale naturalmente noi non siamo certamente disponibili a rinunzie.

"Organizzare lo Stato in modo federalistico" scrive Durnwalder, c'è una mancanza di sensibilità da Roma nei confronti della nostra autonomia, ma io mi chiedo cosa il presidente Durnwalder potrebbe chiedere di più di quanto il governo era disponibile e impegnato a dare, che non abbia invece fatto. Noi riteniamo sia sotto il profilo interno, sia sotto il profilo internazionale che il problema sia concluso, e questo a maggior chiarimento e sostegno della mia tesi, che il governo italiano abbia onorato i suoi impegni e quindi noi respingiamo nella maniera più assoluta il ricorso a termini quali "autonomia dinamica, che preludono ad una serie di concessioni che non sono ancora ben definite, parte e-

sprese e parte no, che sono contrarie allo statuto di autonomia e che soprattutto mirano ad accentrare nelle mani della Giunta provinciale la cui maggioranza è ancora saldamente in mano della SVP, ulteriori competenze che verrebbero esercitate, noi riteniamo, proprio alla luce di queste prime considerazioni in maniera non del tutto corretta e rispettosa dei vari gruppi linguistici presenti nel nostro territorio.

Non deve essere messo in discussione il rispetto dello Statuto, prosegue il Presidente a pag. 4 e 5, però la toponomastica, l'autonomia dinamica a cui mi sono richiamato, la provincializzazione degli insegnanti sono tutte richieste non contemplate, anzi tassativamente escluse dallo Statuto di autonomia. Allora bisogna essere chiari, quando ci si richiama allo Statuto di autonomia e quando si pretende che il governo italiano non lo sovverta, non lo limiti, bisogna avere altrettanta correttezza e non chiedere a vostra volta di oltrepassare i limiti e le previsioni dello Statuto.

Abbiamo fatto buon uso delle nostre competenze, dice il Presidente. Su questo punto ci permettiamo di avanzare molte riserve, sull'uso che è stato fatto delle competenze provinciali, sull'uso improprio che è stato fatto del denaro pubblico, sulla mancanza di adeguati ed efficaci controlli che noi in più occasioni abbiamo sollecitato e che ora grazie all'intervento della Magistratura paiono quanto mai urgenti. Nei giorni scorsi abbiamo presentato un'interrogazione, abbiamo scoperto che ci sono circa una ventina di palazzi provinciali, spesso di grandi dimensioni come il Plaza ad esempio, che è costato 20 miliardi, cito la scuola per la formazione professionale della zona industriale costata altri 20 miliardi, che sono vuote ed inutilizzate da molto tempo. Alla ricchezza quindi delle risorse finanziarie di cui per fortuna la Giunta ha potuto godere, non è corrisposta una adeguata oculatezza sul fronte della spesa, e purtroppo più si aumentano le risorse con più leggerezza solitamente si affrontano le spese. E come non vedere in questa chiave di lettura ad esempio la scelta della Giunta provinciale di privilegiare, per quanto riguarda la variante di Laives e Bolzano, un costosissimo progetto in galleria con costosi costi di manutenzione ordinaria e straordinaria piuttosto che la soluzione molto più semplice dell'apertura di un casello autostradale che da solo avrebbe risolto il problema della viabilità tra Bolzano e Laives? Il progetto scelto dalla Giunta provinciale costerà circa 300 miliardi, un casello sarebbe costato 4 o 5 miliardi. Questa è la differenza di valutazione che a nostro avviso andava tenuta ben presente.

Ci sono poi ulteriori motivi di preoccupazione da parte nostra laddove si inseriscono nel dibattito politico elementi ancora poco chiari i cui contorni non sono ancora correttamente delineati. Ci riferiamo ad esempio alla costituenda regione europea del Tirolo. A questo proposito noi ci chiediamo prima di tutto cosa sia questa regione europea del Tirolo dal momento che finora non esiste una definizione ufficiale che ci metta nelle condizioni di capire cosa la SVP intenda con questo titolo. A pag. 9 tra l'altro apprendiamo che da questa fantomatica regione europea del Tirolo mancano i trentini, sono scomparsi, si parla solo di Tirolo del Nord, Tirolo orientale e Alto Adige. Mi pareva di aver sentito nei mesi scorsi che nelle intenzioni del partito altoatesino ci fosse anche quella di

comprendere il vicino Trentino, ma il Voralberg ha preferito scegliere una strada diversa e quindi ha manifestamente dichiarato la propria indisponibilità a far parte di un'aggregazione territoriale di questo tipo dal momento che viene meno anche l'interesse economico. La mancanza di chiarezza però ci induce ad avanzare alcune perplessità sulle reali intenzioni della SVP che a nostro avviso in più occasioni sono state espresse ma da qualche anno molto più diplomaticamente vengono tenute un pochino più indietro quindi il discorso dell'autodeterminazione non viene più portato avanti - ci sono altre formazioni politiche per fare questo - però fa pensare alla volontà di allentare i legami con lo Stato italiano per allacciare sempre più legami oltre Brennero. In questa cornice assume ancora maggior significato la volontà di assumere le competenze dell'Anas, la competenza sulla scuola e provincializzare conseguentemente gli insegnanti senza ancora chiedere alcuna contropartita di carattere economico allo Stato. Proprio questo ci induce ad esprimere preoccupazione per le intenzioni reali della SVP che a quanto pare sono state anche sottoscritte, secondo noi un po' troppo affrettatamente, vista la mancanza di chiarezza da parte degli altri partners di coalizione. A pag. 10 il Presidente parla di "nostra comune regione tirolese". Io ho delle origini che stanno dall'altra parte del Brennero, ciò non significa che non mi senta italianissimo e che non senta di avere alcun rapporto con la comune regione tirolese. Quando il Presidente Durnwalder fa affermazioni di questo tipo si riferisce solo ad una parte della popolazione dell'alto Adige, la parte che lui intende interpretare, che non è certamente la nostra, quella italiana e forse non è nemmeno quella ladina. A questo proposito forse la SVP avrebbe dovuto spendere qualcosa in più perché con le elezioni si è determinato un altro fenomeno, si è rotto questo filo che legava la comunità ladina alla SVP che pretendeva di rappresentarne gli interessi. A questo punto credo che anche la minoranza di lingua ladina abbia interesse, intenzione e soprattutto volontà di avanzare delle proprie richieste, che a nostro avviso sono legittime perché riteniamo che tutti i gruppi linguistici di questa provincia debbano riconoscersi in questa cornice autonomistica che non deve essere utilizzata ad uso e consumo di un gruppo piuttosto che di un altro.

I motivi che ci porteranno a non approvare la dichiarazione politica del Presidente della Giunta sono anche di carattere economico. Quando a pag. 11 il Presidente parla di economia, parla di superamento della crisi congiunturale senza troppe difficoltà. A questo riguardo mi sia consentito di non essere assolutamente d'accordo con questa visione ottimistica della situazione economica dell'Alto Adige, anzi riteniamo che ci siano elementi di preoccupazione urgenti e che meritano ulteriori approfondimenti da parte della futura Giunta provinciale. Non è da qualche anno che i comparti più importanti sono entrati in crisi, sappiamo che alcuni si sono salvati perché ci sono state cospicue assegnazioni di denaro da parte dell'ente pubblico, e mi riferisco soprattutto a certi settori dell'agricoltura, altri si sono salvati perché si è innescata una tendenza anche nazionale a preferire le località altoatesine e quindi da alcuni anni la presenza di turisti italiani ha contribuito a mitigare i risultati negativi delle presenze straniere, ma abbiamo soprattutto un comparto industriale e del commercio all'ingrosso

che in questi ultimi anni ha dato seri motivi di preoccupazione perché i segnali sono tutt'altro che confortanti. Vi sono state aziende con alcune decine di dipendenti che in questi ultimi anni si sono trasferite fuori provincia, quindi questo ha significato il licenziamento o il trasferimento di queste decine di lavoratori, come la Benkiser e la Saba. Vi sono aziende che hanno chiuso come la Magnesio, adesso c'è la Zuegg di Lana, si tratta sempre di decine di posti di lavoro messi a rischio. Sta chiudendo la succursale Fiat di Bolzano, la Delaiti, altre aziende hanno ridotto drasticamente l'occupazione come le Acciaierie, la Bierfielf, l'Iveco, l'Alumix, e altre sono finite invece nelle maglie di tangentopoli con risultati che in questo momento è difficile valutare ma che sicuramente comporteranno la perdita di qualche altra decina di posti di lavoro. La situazione non è delle più rosee, quindi avremmo visto con riguardo un maggior approfondimento nella relazione del Presidente della Giunta.

Per quanto riguarda la politica industriale noi apriamo ampie riserve sull'uso che è stato fatto del denaro riservato all'industria, ad esempio criticiamo fortemente la decisione della Giunta provinciale di acquistare il terreno dell'ex Magnesio. Mi si deve spiegare per quale ragione sussista un interesse pubblico così rilevante da giustificare la spesa di 50, 60 miliardi per acquisire un'area industriale dismessa, tra l'altro non immediatamente utilizzabile, visto che se lo scopo era quello di garantirsi che il terreno mantenesse un'occupazione industriale era sufficiente utilizzare la competenza primaria in materia urbanistica e porre un vincolo preciso su quell'area. Si poteva ottenere quel risultato senza spendere una lira, invece si è deciso di spendere 50, 60 miliardi per acquisire quell'area. Quella cifra rappresenta circa il 50% del bilancio dell'assessorato all'industria di un anno. Noi riteniamo che gli incentivi all'industria debbano avvenire con serietà, non è più accettabile utilizzare denaro pubblico per sovvenzionare aziende con scarse prospettive, ma questo denaro deve avere delle contropartite. Allora quando ci sono delle aziende che hanno centinaia di dipendenti che quindi rappresentano, oltre che un fattore di ricchezza, anche un fenomeno sociale così rilevante, vanno difese perché le ripercussioni sono molto gravi. Quindi perché non acquistare i terreni delle aziende che si trovano in difficoltà per situazioni debitorie pregresse e garantirsi in questo modo che rimangano in essere i posti di lavoro perché le aziende, una volta risanate, una volta che hanno a disposizione denaro per coprire i propri debiti e per finanziare i propri investimenti possono garantire il mantenimento dell'occupazione e forse addirittura un loro incremento, invece di scegliere di acquistare aree industriali dismesse? Non ci sembra che porti a dei risultati concreti e tangibili questo modo di operare.

"Non spendiamo troppo denaro, ma lo spendiamo meglio e con maggiore profitto di altri", sostiene il Presidente della Giunta. Io ho parlato prima di decine di palazzi, immobili acquistati e non utilizzati, decine di miliardi fermi, interessi passivi che gravano sulla Provincia perché sappiamo il ritardo con cui lo Stato provvedere ai trasferimenti, ma comunque anche se ci limitassimo al solo calcolo degli interessi attivi di queste decine di miliardi investiti e non ancora utilizzati, otteniamo un aggravio per le casse pubbliche di qualche decina di miliardi.

Tengo a ricordare a questo proposito che il Plaza acquistato per 21 miliardi è da tre anni fermo e vuoto e non mi risulta siano ancora cominciati i lavori.

Per quanto riguarda invece le aree depresse e l'economia di montagna, sempre ben tenute presente dai vari accordi di coalizione, almeno degli ultimi che abbiamo visto ed analizzato, anche qui forse vale la pena spendere qualche parola, perché da parte del mio gruppo non c'è stata nessuna obiezione nel mantenere l'agricoltura di montagna, perché riteniamo abbia una sua funzione e un suo valore, sia dal punto di vista culturale, sia dal punto di vista della tutela per la difesa dell'ambiente e questa credo sia una dichiarazione genuina che debba godere se non altro del rispetto dal momento che, per quanto riguarda l'agricoltura di montagna, il mio partito abbia ben pochi conti da farsi dal punto di vista elettorale, quindi si parla proprio di affermazioni e di dichiarazioni che non hanno nulla a che vedere con i nostri interessi, però riteniamo che questo patrimonio non debba essere perso. Chiediamo maggiore oculatezza, che gli investimenti che vengono fatti nei settori produttivi abbiano un loro riscontro e che vengano controllati. Purtroppo questo non è avvenuto nel passato, ma è un punto, sul quale vorrei soffermarmi un po' più avanti.

Per quanto riguarda la valorizzazione di Bolzano se ne parla unicamente come polo economico, quindi non si riconosce a Bolzano una sua funzione di capoluogo, e noi riteniamo che questa sia una lacuna piuttosto grave in un programma di coalizione dal momento che nella città di Bolzano risiede circa un quarto della popolazione dell'Alto Adige e quindi trascurare un'area come questa significa trascurare o creare dei problemi o non risolvere dei problemi di una parte rilevante della nostra popolazione. Bolzano oltre tutto paga uno scotto alla gestione dell'autonomia, perché è occupata da interi palazzi che sono di proprietà della provincia e vengono sottratti alla disponibilità comune. Bolzano deve gestire dei servizi, perché ha la funzione di capoluogo, che non gravano invece su altri comuni; gli stessi prezzi degli appartamenti sono lievitati così tanto anche perché c'è stata questa politica secondo noi incontrollata da parte della Provincia che negli ultimi anni ha acquistato di tutto in questa città, violentando il territorio non solo per l'aspetto fisico, ma anche per tutti i problemi conseguenti perché, signori miei, quando si fanno scelte urbanistiche si creano anche dei contraccolpi. Se si crea un polo di terziario grosso come il centro della città è chiaro che si richiama traffico, che si richiamano ulteriori servizi, che si creano ulteriori problemi. Questo scotto a Bolzano lo paga la Provincia, ma la Provincia non riconosce a Bolzano questa sua specificità. Questo appare ancora più evidente se consideriamo che Bolzano che rappresenta quasi il 25% della popolazione riceve solamente il 12% dei finanziamenti provinciali. Ecco quindi che si crea un gap fra la città e il resto della provincia, gap che è inaccettabile, che purtroppo si è consolidato negli anni passati e che quindi assume ancora accenti più gravi e preoccupanti per il futuro.

Vi sono altri aspetti minori come quelli legati all'inquinamento e in questo diamo atto che la politica provinciale di questi anni è stata abbastanza lungimirante, ma diamo anche atto che si colgono aspetti innovativi. L'assessore Achmüller ricorderà ad esempio che una delle poche mozioni approvate in Con-

siglio provinciale nella scorsa legislatura proposte dal MSI fu una mozione tesa a creare un consorzio per quanto riguarda certe produzioni al fine di stabilire dei contenitori standardizzati in modo da essere impiegati integri nell'ambiente e nei cicli produttivi. Fu una proposta che raccolse a suo tempo il consenso dell'assessore e del Consiglio e in questa logica si inquadra anche a pag. 22 l'impostazione che la Giunta vuole dare al problema, cioè quello di non insistere con i divieti e quindi con gli atteggiamenti punitivi ma con il sostegno economico alle imprese che decidono di adeguare i loro processi produttivi in modo da renderli compatibili con l'ambiente, quindi con un minor costo ambientale per la collettività.

Dove dobbiamo rilevare una presa di posizione peraltro già espressa in passato da parte della Giunta e che a nostro avviso non ha spiegazioni sufficientemente fondate, è l'assoluta contrarietà a nuovi tracciati autostradali con particolare riferimento all'autostrada dell'Alemagna. Noi ricordiamo gli interventi del Presidente della Giunta provinciale in sede nazionale ed europea proprio per scongiurare il pericolo che una piccola parte del territorio provinciale venisse attraversata dall'autostrada dell'Alemagna. La provincia di Bolzano è attraversata attualmente per tutta la sua lunghezza dall'autostrada del Brennero, e lungo questa autostrada oltre al transito normale abbiamo delle punte molto elevate, soprattutto nel periodo estivo e invernale dovuto allo spostamento di grosse masse turistiche dal centro Europa verso le spiagge dell'Adriatico. Questo traffico attraversa da nord a sud tutto il territorio della provincia di Bolzano e praticamente passa a fianco della città capoluogo quindi tocca una popolazione di circa 200 mila abitanti. L'autostrada dell'Alemagna oltre a far risparmiare al bavarese che decidesse di andare a trascorrere le proprie vacanze al mare sulla riviera veneta o adriatica circa 150 km, toccherebbe solo in minima parte il territorio provinciale soprattutto in una zona scarsamente abitata, dal momento che verrebbero interessati solamente tre comuni. Quindi questa posizione di netta contrarietà prima ancora di conoscere esattamente a che punto stanno i progetti e cosa si potrebbe fare in concreto per migliorare la situazione del traffico lungo l'asse nord-sud del Brennero ci pare piuttosto affrettata.

Siamo d'accordo quando si tratta di potenziare altri mezzi di trasporto come la Ferrovia, però anche qui c'è da fare attenzione perché quando si parla di potenziamento della ferrovia Merano-Malles, bisogna anche conoscere i costi a cui si andrà incontro e soprattutto conoscere chi dovrà assorbirli, dal momento che crediamo che la gestione di questa linea sicuramente non produrrà un pareggio di bilancio, ma viceversa richiederà un contributo costante da parte dell'ente pubblico. A questo punto è anche opportuno chiedersi tutti questi servizi da chi vengono pagati, ecco uno dei motivi ai quali mi sono richiamato prima, che riguarda il fatto della mancanza di controllo sugli investimenti della Provincia. Non siamo ancora riusciti a far capire che sarebbe necessario sapere se gli investimenti che la Provincia compie nei settori produttivi producono una effettiva ricchezza oppure no. Questo lo abbiamo chiesto in tutte le occasioni quando ci siamo occupati di bilancio, ma ci siamo sempre trovati di fronte

alla risposta negativa del Presidente della Giunta e anche del vicepresidente della Giunta che ritenevano che le scelte politiche non dovessero essere sindacate e che quindi non ci dovesse essere un riscontro. Crediamo che quando si gestiscono risorse così grandi e soprattutto quando un ente pubblico come la Provincia che attraverso i propri interventi legislativi determina la ricchezza, il successo o la crisi di un settore economico, questi processi debbano essere valutati con maggiore attenzione e maggiore lungimiranza. Noi abbiamo l'impressione che questo non lo si voglia fare perché da questa analisi emergerebbe che certi settori in passato hanno beneficiato di notevoli contributi in parte a fondo perduto, senza produrre ricchezza, senza creare un adeguato numero di posti di lavoro. L'industria, che non è solo quella della zona industriale di Bolzano, ma anche quella di Lana, della val Pusteria, della val Venosta, fa la parte della cenerentola, ed è quella che garantisce il rapporto più favorevole fra soldi percepiti dall'ente pubblico e posti di lavoro assicurati.

Per quanto riguarda la cultura, "*cultura significa dialogo fra i vari gruppi etnici*", ci si dovrà spiegare perché in questa stesura di accordo di coalizione per la prima volta da quanto mi risulta si usa il termine "gruppi etnici" anziché "gruppi linguistici". Lo Statuto parla di gruppi linguistici e gruppo linguistico ha un significato che fa condurre le popolazioni ad una comune natura, mentre l'etnia significa razza, differenza di razza. Non credo che sia un caso che in questa occasione si sia voluto mettere un'ulteriore accentuazione su questo termine. Dicevamo che il presidente auspicherebbe dialogo fra i vari gruppi linguistici. Credo che questo dialogo si possa costruire, noi lo auspichiamo, non sarà certo da parte nostra che verrà meno la disponibilità in questo senso, però crediamo che se si vuole dare l'esatto significato ai termini, se si vuole perseguire con sincerità questa strada, si debba sgomberare il campo da certi equivoci, da certe aggressioni di carattere culturale come per esempio quella della toponomastica, e che bisogna fare chiarezza anche su altri punti, quale ad esempio quello della provincializzazione degli insegnanti, anche questo punto estremamente oscuro che non siamo ancora in grado di valutare appieno, del quale si sta molto discutendo. Su questa tesi della SVP si ritrova in gran parte anche il PDS e forse lo stesso Partito Popolare, e noi guardiamo con estremo pericolo la provincializzazione della scuola così come voluta dalla Provincia perché a pag. 30 il presidente non parla di provincializzazione nei termini di incorporamento degli insegnanti nell'organico provinciale, ma dice testualmente "*tutte le competenze scolastiche nelle mani della Provincia*". Significa la rivendicazione di una competenza primaria non prevista dallo Statuto, che porterebbe la scuola alla sua totale degenerazione dal momento che verrebbe sottratta alla propria capacità formativa per essere asservita alla Giunta provinciale. Conosciamo quello che avviene purtroppo alla formazione professionale in lingua italiana, abbiamo sollevato aspetti veramente poco edificanti nella sua gestione, riteniamo che non sia accettabile che dei presidi di scuola vengano nominati pre gradimento da parte dell'assessore competente anziché sostenere un adeguato concorso come avviene per le scuole statali, riteniamo altresì che proprio in virtù della lottizzazione politica dei presidi della scuola professionale che ver-

rebbe intesa anche per presidi di scuole superiori qualora la scuola venisse provincializzata, non sia giusto che un insegnante possa essere trasferito in qualunque momento in qualunque località della provincia potendo ricorrere solamente davanti alla Giunta provinciale. Questo significa ridurre la scuola a strumento politico. Riteniamo invece che la scuola abbia una funzione importantissima, prima di tutto di formare le coscienze, e noi vogliamo che la scuola sia preservata nella sua autonomia. La provincializzazione degli insegnanti e quindi poi la possibilità per la Provincia che si arroga tutte le competenze, di determinare programmi scolastici ci fa guardare con estrema preoccupazione al futuro della scuola e a tale riguardo riconfermo che noi avremo un atteggiamento di assoluta contrarietà rispetto questo tipo di progetto, che si lega con l'università, tanto a lungo chiesta anche dal gruppo che rappresento, e tanto a lungo verrà ancora attesa. Anche qui c'è poca chiarezza, perché università significa dare risposta alle esigenze di carattere culturale e formativo che sono rimaste insoddisfatte. Avere una università a Bolzano o in Alto Adige significa mantenere sul nostro territorio una popolazione di grado culturalmente elevato, non averla significa far sì che questa popolazione trascorra una parte della sua vita fuori dalla provincia e che quindi non contribuisca a far scaturire occasioni di confronto, ad elevare anche il livello di carattere culturale e politico. Questo ritardo noi lo paghiamo anche nei confronti di realtà economico-sociali molto simile alla nostra, e mi riferisco alla vicina provincia di Trento che ha saputo attrezzarsi molto prima di noi, abbiamo un grosso problema dovuto al fatto che molti universitari non rientrano in provincia e quindi perdiamo questa capacità culturale e perdiamo anche i soldi che la provincia mette a disposizione per consentire di frequentare altrove una università che noi non abbiamo voluto costruire finora nella nostra provincia. E le dichiarazioni programmatiche ci fanno intravedere una università impostata solamente alle cosiddette lauree brevi che peraltro saranno previste fra non molto quindi rappresentano un passo obbligato se vorremo formare dei tecnici per poter operare, ma non ci sono indirizzi precisi sul futuro. Io credo che in Alto Adige una università non possa fare a meno di una facoltà di agraria, considerato il tessuto economico della nostra provincia, però va anche ricordato che una università ha anche delle prerogative proprie quindi deve sviluppare dei settori propri intorno a sé. Le università non sorgono solamente in virtù del tessuto economico che trovano intorno ma lo determinano e lo fanno crescere e questi sono tutti esempi che Lei potrei citare ma che Le risparmio per occasioni più propizie e attinenti. Quando si parla di indirizzi come ecologia alpina mi si consenta di riderci sopra, Presidente, perché l'università serve per produrre dei tecnici, delle persone altamente qualificate in grado di inserirsi nel mondo del lavoro perché altrimenti l'università è priva di senso perché non verrà frequentata. E quando si parla di facoltà di ecologia alpina dovremo prima chiederci a chi venderemo questi laureati, dove troveremo uno sbocco occupazionale per questa gente. Forse in Svizzera? Non credo, la Svizzera da questo punto di vista riteniamo sia autosufficiente, ha i suoi tecnici estremamente qualificati e non credo abbia bisogno dei nostri, altrettanto non credo per l'Austria. Da questo punto di vista non vediamo chiarezza-

za di intenti, ci dispiace che la commissione che è stata insediata anche sotto pressante richiesta da parte dei gruppi d'opposizione che si sono battuti in questi cinque anni e anche negli anni precedenti a favore dell'istituzione di una università, non sia ancora arrivata a delle conclusioni, o per lo meno che queste conclusioni non siano note. Quello che dispiace molto spesso è dover constatare come rispetto a certi problemi importanti la Giunta provinciale proceda nominando delle commissioni di studio che poi nelle segrete stanze discutono. E' il classico modo di non dare risposta ad una precisa esigenza che viene espressa. Noi speriamo che nei prossimi cinque anni Lei vorrà impostare l'attività della Giunta a criteri di massima correttezza e trasparenza, anche sul piano politico, oltre che su quello pratico e gestionale, perché purtroppo nemmeno la Provincia è passata indenne dal ciclone di tangentopoli, che è arrivato a toccare qui i massimi livelli. Ricordiamo che il vicepresidente della Giunta è stato latitante per un paio di mesi, è stato in carcere, vicepresidente che Lei e il Suo partito ha scelto e con il quale avete gestito il potere per molti anni. Credo quindi che oltre al criterio di gradimento di carattere politico che resta sempre alla base della scelta dei futuri interlocutori per nuove giunte, debba essere anche osservato un criterio che scende un pochino più nel dettaglio e nello specifico. Noi abbiamo criticato molto spesso la gestione dell'autonomia, delle risorse pubbliche, abbiamo elencato infiniti esempi, abbiamo stimolato la Giunta provinciale in cinque anni con centinaia di interrogazioni cercando di costringerla ad adottare dei sistemi che impedissero il determinarsi di situazioni che purtroppo invece abbiamo dovuto registrare a seguito degli interventi della Magistratura.

Nel suo programma, Lei ha in animo di creare dei controlli più stretti di gestione, anche al fine di risparmiare la spesa, di creare degli ispettorati in modo da evitare per il futuro che si determinino condizioni come quelle che purtroppo abbiamo dovuto registrare. Però ci consenta di mantenere le nostre più ampie riserve e perplessità rispetto a delle dichiarazioni che non soddisfano dal punto di vista della qualità degli interventi che questa nuova Giunta andrà a compiere in questi cinque anni, che non forniscono soprattutto risposte chiare e concrete ai problemi più importanti come quello di Bolzano capoluogo, quello della zona industriale di Bolzano e dell'industria in generale nel territorio della nostra provincia, non ci consentono di guardare con serenità al nostro futuro di comunità linguistica in Alto Adige per quanto riguarda la vostra insistenza su temi quali il monumento alla Vittoria, la toponomastica, la provincializzazione degli insegnanti ecc. e questo atteggiamento poco chiaro nei confronti dello Stato italiano per il quale voi non nutrite troppa simpatia anche se ne avete sempre apprezzato i frutti e soprattutto i generosi stanziamenti che annualmente sono pervenuti anche se qualche volta con ritardo.

Io esprimo un giudizio sostanzialmente negativo nei confronti di questa relazione che è molto meno corposa di quella che Lei ci ha presentato nella precedente legislatura, ma che ci auguriamo possa essere integrata con interventi operativi che consentano di dare veramente delle risposte positive ai quesiti e alle esigenze che la nostra popolazione ha chiaramente espresso e che quindi sono riconoscibili.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Aus dem Hintergrund der jüngsten Wahlen versuche ich, meine Überlegungen zum Koalitionsprogramm und zur Erklärung des designierten Landeshauptmannes einzubringen. Ich sage, daß diese Koalition keine Liebesheirat ist, erst recht keine Vernunftehe, sondern eine Mußehe; keine Liebesheirat deswegen, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß die Inhalte der Südtiroler Volkspartei plötzlich mit denen der Altkommunisten identisch sind; keine Vernunftehe deshalb, weil genau in der aktuellen wirtschaftlich schwierigen Situation eine Koalition links von der Mitte verfehlt ist; eine Mußehe deswegen, weil die ethnische Präsenz garantiert werden muß, nicht mehr und nicht weniger. Es steht bei der Erklärung des designierten Landeshauptmannes irgendwo drinnen, daß man dem Wahlausgang Rechnung tragen muß, daß man ihn zur Kenntnis nehmen muß. An der Zusammensetzung der neuen Landesregierung erkennt man das sicherlich nicht. Daß die Leute unzufrieden geworden sind und im verstärkten Maße andere Parteien gewählt haben, hat sicherlich sehr, sehr viele Ursachen. Ich werde versuchen, aufgrund der Regierungserklärung, systematisch vorzugehen und zu den einzelnen Punkten, die ich für wichtig halte, etwas zu sagen.

Es wird vorgeschlagen, daß man *"mehr Landesbewußtsein schaffen"* soll. Dem ist eigentlich nur zuzustimmen, nur möchte ich sagen, daß man das Landesbewußtsein nicht von oben verordnen kann, sondern das Landesbewußtsein muß wohl von unten wachsen. Und hier erinnere ich an die Aussage des in jüngster Zeit doch viel gelobten Altlandeshauptmannes Dr. Magnago, der vor zehn Jahren den Begriff des Vaterlandes Österreich geprägt hat. Aber ich frage mich, wie tief ist dieses Vaterland Österreich in das Bewußtsein unserer jungen Menschen gedrungen? Man soll sich das Bild der Wirklichkeit anschauen und die Definition an sich vergleichen. Ich stehe natürlich auch dazu, daß man sagt, alle drei Volksgruppen in diesem Lande sollen sich hier zu Hause fühlen, sollen Heimatrecht haben. Aber, wenn ich jemand Heimatrecht zugestehe, dann muß ich auch verlangen können, daß er sich zu dieser Heimat bekennt und daß er bereit ist, für diese seine Heimat auch etwas zu tun. Und ich glaube, daß gerade von der italienischen Volksgruppe diesbezüglich ein sehr, sehr großer Nachholbedarf besteht, denn aus dem Wahlergebnis kann man auch schließen, daß ein großer Teil der italienischen Bevölkerung diese Autonomie mit all ihren Vorzügen nicht akzeptiert.

Der Fortbestand begangenen Unrechtes darf nicht aufrecht erhalten bleiben. Hier sind zwei Beispiele angeführt: die Ortsnamengebung und auch das Siegesdenkmal. Und ich möchte voranstellen: die Brennergrenze. Wenn wir von begangenen Unrecht reden, dann müssen wir auch den Mut haben, die Brennergrenze in Frage zu stellen. Bis vor kurzem zumindest wurde sie immer noch als Unrecht empfunden, und von meiner Seite sicherlich auch noch heute.

Bei der Ortsnamengebung darf man schon von der Landesregierung verlangen, daß sie keine Kompromisse eingeht und daß sie auch die Meinung der Leute im Lande zur Kenntnis nimmt. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß man

den Kompromiß, der bei der letzten Legislatur ausgearbeitet worden ist, durch eine Volksbefragung hinterfragen läßt. Ich wäre neugierig, ob eine breite Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, diesem Kompromiß zuzustimmen.

Was das Siegesdenkmal anbelangt, da bin ich selber sicher ein bißchen betroffen, und ich möchte hier schon für diese Leute sprechen, die vor zweieinhalb Jahren demonstriert haben, ich glaube in anständiger Weise, und die einen Vorschlag unterbreitet haben, das Siegesdenkmal zu entfernen. Ich glaube, wenn man das Siegesdenkmal und andere faschistische Relikte aus der Südtiroler Wirklichkeit entfernen würde, wäre ein großer Zankapfel der ethnischen Spannungen genommen. Ich habe Verständnis dafür, daß die italienische Volksgruppe, wie jedes Volk, ihre Gefallenen ehren will. Das ist jedem unbenommen und steht jedem zu. Keine Frage. Aber das Siegesdenkmal ist mehr als ein Denkmal für Gefallene. Und es hat mich schon enttäuscht, als Bürger dieses Landes, wenn man wegen der Ausübung eines demokratischen Rechtes verurteilt wird - d.h. angezeigt wird, dann freigesprochen wird und dann wieder verurteilt wird; und letztendlich werden wir sehen, was herauskommt -, daß da von seiten der offiziellen Regierung des Landes kein Satz verloren wird.

Ziemlich weit vorne im Programm finden wir die Ladinier. Ich bin nicht befugt, im Namen der Ladinier zu sprechen - das wird sicher der Kollege Willeit tun -, aber ich habe schon mit Befremden zur Kenntnis nehmen müssen, wie man den Wahlausgang hier kommentiert hat. Herr Landeshauptmann, ich glaube, es wahr nicht sehr fair, daß man den gewählten Vertreter, wenn die Ladinier eine eigene Volksvertretung haben wollen, und diese haben sie demokratisch gewählt, einfach desavouiert, die Bürgermeister anredet und mit dem gewählten Vertreter nicht spricht. Ich glaube, das ist nicht korrekt.

Autonomie in Europa bewahren. Natürlich, aber die Voraussetzungen stehen nicht unbedingt gut. Die Europaregion Tirol, die hier ja auch immer wieder angesprochen wird, ist unter den heutigen Voraussetzungen nicht möglich. Man muß den Leuten schon die ganze Wahrheit sagen. Leider Gottes - ich sage leider Gottes - gibt es auch den Vertrag von Maastricht, der sicherlich auch Gutes hat, das möchte ich nicht relativieren, aber gerade was die Regionen anbelangt, kommen diese zu kurz. Mehr als eine beratende Regionenkammer hat nicht herausgeschaut, auch wenn man lobenswerterweise das Subsidiaritätsprinzip festgeschrieben hat. Aber alles in allem war der Vertrag von Maastricht ein Sieg der Nationalstaaten und nicht ein Sieg der Regionen, wie man es gerne verkaufen möchte. Nichtsdestoweniger, sage ich, ist es ein Schritt in die richtige Richtung, aber man muß schauen, daß die Voraussetzungen geändert werden, daß diese Europaregion Tirol, die ich und viele Leute in diesem Land sich wünschen, auch konkrete Formen annehmen kann. Und ich möchte nicht, daß die Europaregion Tirol dieselbe Entwicklung nimmt wie das Selbstbestimmungsrecht, das natürlich unverzichtbar ist, das man aber nie fordern darf, die Europaregion Tirol, die man sehr gerne wohl möchte, die aber nicht möglich ist. Hier muß man die Voraussetzungen dafür schaffen.

Das Modell Autonomie kann man auch von zwei Seiten sehen. Wenn man Minderheiten hernimmt, denen es schlechter geht, dann wird unsere Auto-

nomie sicherlich Vorbild sein, aber wenn man die Ausgangslage von uns betrachtet, dann kann das nicht das Endziel sein. Wenn man auf den Pariser Vertrag zurückgeht - und im Koalitionsprogramm ist er ja im ersten Satz auch erwähnt -, dann ist dieser zur Stärkung der deutschen Volksgruppe geschaffen worden. Im Autonomiestatut hat man, Gott sei Dank, auch die Ladinern mithineinbekommen, aber es wurde aus dem Volksgruppenschutz immer mehr ein Volksgruppenausgleich. Das hat auch sein Gutes. Und ich bin der erste ... Ich weiß schon, daß man mir in der Öffentlichkeit einen anderen Stempel aufdrücken möchte. Ich kann sagen, ich habe siebzehn Jahre im wesentlichen mit Italienern gearbeitet und ich habe, obwohl ich zu meinen Grundsätzen gestanden bin, immer offene Ohren auch bei meinen italienischen Kollegen gefunden. Aber nachdem man ja in der Öffentlichkeit gewohnt ist, schwarzweiß zu malen, gibt es eben die Guten und die Bösen, die Braven und die Schlechten usw. Aber, wenn man diesen Stempel einmal hat, wird man ihn sehr, sehr schwer los. Also diese Europäische Region Tirol muß konkrete Formen annehmen. Die Diskussion muß bei uns geführt werden, die Diskussion muß in Nord- und Osttirol geführt werden und die Diskussion soll auch im Trentino geführt werden. Ich habe aber meine Bedenken, ob das ganze Trentino bereit ist, sich in eine solche Europäische Region Tirol einzufügen. Wenn die Bevölkerung dort ihre Zustimmung gibt, dann soll mir das auch recht sein. Aber ich habe große Zweifel, weil auch im Trentino, und gerade in der Stadt Trient, eine sehr, sehr starke Unterwanderung der eingesessenen Bevölkerung stattgefunden hat und nicht nur hier in Südtirol.

Ich erwarte mir, daß zum Runden Tisch Tirol auch Leute hinzugezogen werden, die nicht den Regierungsparteien und den offiziellen Stellen angehören. Sonst wird es keine Ideenwerkstatt, denn sonst werden diese Leute aussagen, was ihnen die Regierenden vorher einsagen, was sie sagen dürfen, wie es bei Kommissionen, die institutionell eingesetzt werden, manchmal üblich.

Das Abkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist sicherlich auch ein positiver Schritt, aber leider haben wir hier die Begrenzung dieser 25 Kilometer, die man abschaffen muß, wenn sie hier auch Wirkung erzielen sollte.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wird für uns sicherlich von Vorteil sein, aber man darf sich nicht erwarten, daß man nur wegen des Beitritts von Österreich zur Europäischen Union zum Beispiel die Brennergrenze abschafft, aber auch nicht durchlässiger macht. Die Verwaltungszwänge werden auch nachher erhalten bleiben.

Zur Wirtschaft. Die Wirtschaft ist in der Regierungserklärung ziemlich ausgeführt worden, beim Koalitionsabkommen aber ist sie sehr, sehr kurz ausgefallen. Wir alle wissen, daß ohne eine gesunde Wirtschaft es keine gesunden Arbeitsplätze geben kann, daß ohne eine gesunde Wirtschaft das Sozialsystem auch nicht funktionieren kann. Und hier muß man einfach den Mut haben, zu sagen: Jawohl, wir verlangen diese Steuerhoheit für unser Land, die auch eine Finanzhoheit mit sich zieht, damit wir auch einmal wegkommen von unserer Subventionspolitik, weil die Subventionspolitik schlußendlich nichts anderes

bewirkt als abhängige Bürger. Subventionen sollen dort eingesetzt werden, wo wirklich Not vorhanden ist, aber nicht um ein System als solches zu erhalten. Wenn wir weniger Subventionen auszahlen, dann brauchen wir auch weniger Steuern zu verlangen.

Also, voll zustimmen möchte ich, was den Bereich Forschung betrifft. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet viel vernachlässigt worden ist und daß man hier viele positive Kräfte freisetzen kann, wenn man etwas lockert und den Leuten auch etwas zubilligt. Was dann aber nicht passieren darf, ist folgendes: Wenn man eine Europäische Akademie in Bozen errichtet, die mit 6,7 Milliarden im Haushalt dotiert ist, daß 77 % davon für die Verwaltungsaufwände aufgehen.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

LEITNER (Die Freiheitlichen): 6,7 Milliarden stimmt nicht? Ja, dann bitte ich um genaue Zahlen. Wenn Sie sagen, es stimmt nicht, dann bin ich einer Fehlinformation aufgesessen und möchte auch den richtigen Betrag wissen. Ich habe auch einmal in einem Fernsehgespräch gesagt, daß der Landesapparat in den letzten fünf Jahren um 20 % an Personal zugenommen hat. Sie haben gesagt, das stimmt nicht. Aber sagen Sie dann bitte auch, wieviel er zugenommen hat. Ich möchte genaue Zahlen haben. Wenn man mir falsche Zahlen gibt, dann hätte ich schon gerne auch die richtige Zahl und nicht einfach nur sagen: *"Es stimmt nicht"*.

Daß der Landeshaushalt knapper wird, davon haben nicht nur die Zeitungen geschrieben, das geht auch aus dem Haushaltsvoranschlag hervor. Aber mir ist nicht so sehr bange, wenn das Geld im Haushalt ein bißchen weniger wird, wenn man dafür die Gelder effizienter, sparsamer einsetzt. Natürlich, von einem Haushalt von 4.400 Milliarden - und jetzt möchte ich wieder fragen, ob ich wohl richtig interpretieren kann: der Haushalt ist um 500 Milliarden gekürzt worden; von der Mehrwertsteuer auf Importe sollen auch 600 Milliarden wegfallen. Wenn ich richtig rechne, dann sind das 1.100 Milliarden ...

DURNWALDER (SVP): Nein.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Auch nicht richtig. So steht es drinnen. So haben Sie es geschrieben.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

LEITNER (Die Freiheitlichen): Aber wir werden dann sehen, was die Zahlen effektiv bedeuten.

Sie schreiben: *"Auf kurze Sicht bedeutet die Finanzautonomie, daß die Einnahmen des Landes von der jeweiligen Wirtschaftslage im Lande abhängig sind. Deshalb müssen wir die Wirtschaftsförderung gezielt dazu einsetzen, die Wirtschaftsleistung des Landes zu steigern und auf diese Weise die Grundlagen für höhere Einnahmen zu schaffen"*. Und ich sage noch einmal: Ein absolutes Muß ist die Steuer- und Finanzhoheit.

Die Wirtschaftsförderung habe ich schon angesprochen. Ich unterstreiche die Notwendigkeit der Transparenz, die man auf jedem Fall auch dem Bürger verständlich machen muß. Es ist auch zu unterstreichen, daß keine Ausgabe getätigt werden darf, wenn die Zweckmäßigkeit nicht überprüft worden ist. Ob das ohne neue Steuern geht, das werden wir sehen.

Sie sagen auch, daß mittlerweile ein Klima der Veränderung und der Einsparungen vorherrscht. Das ist einfach aus der Notwendigkeit heraus geboren worden, und ich glaube es war auch höchste Zeit. Natürlich hängen wir auch von der Großwetterlage in der Wirtschaft ab. Nicht alles, was sich bei uns an Problemen anstaut, ist hausgemacht. Das muß man sicherlich sagen. Aber, wo wir selbst Möglichkeiten haben, einzugreifen, sollten wir es auch tun.

Was die einzelnen Fachpläne zum LEROP betrifft, möchte ich später noch ganz kurz darauf zu sprechen kommen.

Zum Umweltschutz. Hier ist natürlich sehr, sehr viel aufgezählt, was man unterstreichen kann, wie auch der ganze Bericht eine Aufzählung von schönen Dingen ist, wo man dann aber das an der Umsetzung der einzelnen Probleme messen wird. Daß das Verursacherprinzip hervorgehoben wird, ist richtig. Daß der, der verursacht, zahlen muß, ist richtig. Und ich denke, daß man den ganzen Umweltschutz gesamt, global sehen muß, weil Umweltschutz auch mit Menschenschutz, mit Heimatschutz im engeren, sehr, sehr viel zu tun hat. Daß wir in einem sensiblen Gebiet inmitten der Alpen leben, ist uns bekannt. Die Konvention der Alpenländer soll bei der Ausführung neuer Projekte stets Vorbild sein.

Umweltpolitik ist Vorsorgepolitik. Natürlich. Die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen ist zu unterstützen, aber ich möchte an ein Beispiel der Vergangenheit erinnern - und das sollte in Zukunft wirklich nicht mehr passieren -, das Beispiel der Sachsenklemme, wo man gegen jede Vernunft, gegen den Bürgerwillen, gegen Gutachten, ein Projekt durchgesetzt hat und sogar nicht davon zurückgeschreckt ist, die Grenzen des Naturparkes nach oben zu versetzen, damit es möglich wurde. Und vor allem kann ich diese Vorgangsweise nicht verstehen, weil es Alternativvorschläge gegeben hätte. Und ablehnende Bescheide dazu müßte man mindestens auch bei der Sachsenklemme anbringen. Da spricht halt auch noch der Kostenfaktor eine deutliche Sprache, denn, wenn man über 20 Milliarden Lire dafür ausgeben muß, damit eine Deponie überhaupt sicher ist, dann hat das mit Sparsinn wirklich sehr, sehr wenig zu tun.

Zu den Transitrouten. Mittlerweile sagen alle nein zu neuen Autobahnen. Ob das dann auch so bleibt, das weiß ich nicht. Wenn man sich die Kolonnen im Pustertal anschaut, habe ich schon oft die Befürchtung geäußert, daß schließlich die Pusterer irgendwann einmal kommen werden und sagen "*Bitte schön, baut uns die Autobahn.*" Wenn sie bis auf die Provinzgrenze herauf gebaut wird und die LKW's eventuell die Abkürzung haben, also 100 Kilometer weniger weit fahren, dann wird die Pustertaler Straße noch mehr verstopft sein, und die Leute werden zu uns kommen und sagen, "*Bitte, baut uns doch die Au-*

tobahn!". Ich habe diese große Befürchtung. Wenn wir sie verhindern können, dann ist es recht.

Was den Brennerbasistunnel anbelangt, so geistert er mittlerweile schon mehrere Jahre durch unser Land. Und es gibt diesbezüglich immer noch keine einhellige Meinung, trotz Machbarkeits-, Finanzierungs- und Umweltverträglichkeitsstudien. Selbst in der Südtiroler Volkspartei - weiß ich noch, weil ich ja selbst lange dabei war - gibt es vom höchsten Gremium einen Beschluß, ihn zu bauen, aber einzelne Leute im Eisacktal laufen dagegen Sturm, und die Leute werden zumindest verunsichert. Man soll hier klar sagen: Will man ihn oder will man ihn nicht. Denn man kann nicht sagen, man will den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern, dann aber nicht die konkreten Schritte setzen.

Und jetzt bin ich bei der Eisenbahn, und ich habe die Ehre, einer Interessengemeinschaft Südtiroler Eisenbahner vorzustehen, die Probleme plagen, wie alle anderen Staatsangestellten auch; aber im besonderen sind sie Eisenbahner und haben in den letzten Jahren einen sehr, sehr großen Wandel miterlebt, weil die Eisenbahn mehrmals den juristischen Statuts geändert hat und sich bei uns niemand recht auskennt, was bei dieser Eisenbahn eigentlich los ist. Und wenn man sich jetzt von diesem Eisenbahndirektor Wunderdinge erwartet, dann wird man die Leute ein weiteres Mal enttäuschen. Und leider Gottes hat dieser Mann keine Zuständigkeit über das Personal. Wenn das hier steht, dann stimmt es einfach nicht. Und das ist es, was die Leute am meisten interessiert hätte: endlich die Zuständigkeit über das Personal.

Hier an anderer Stelle sind die Staatsangestellten allgemein angesprochen. Weil ich selbst aus dieser Sparte komme, kenne ich die Problematik ziemlich genau, und ich habe öfters schon in der Vergangenheit appelliert, damit man sich dieser Probleme mehr annimmt, weil man als Südtiroler einfach eine andere Einstellung hat, andere Voraussetzungen hat, diesen Dienst zu machen, als vielleicht die Italiener. Der Faschismus hat uns aus dem Staatsdienst hinauskatapultiert und erst langsam sind zaghaft wieder Südtiroler auch in den Staatsdienst gegangen. Aber man hat diese Leute sich selbst überlassen. Und hier könnte man Dinge anbringen, die Sie mir wahrscheinlich gar nicht glauben würden. Ich sage noch einmal, es ist eine verlassene kleine Gemeinschaft.

Die Zweisprachigkeit bei den Staatsbetrieben wird zum Großteil von den Südtirolern garantiert, obwohl viele Italiener auch die Zweisprachigkeitszulage bekommen. Und ich möchte diese Zweisprachigkeitszulage so langsam, langsam auch in Frage stellen, weil man sieht, daß man mit Geld nicht alles kaufen kann, und auch nicht die Bereitschaft, die zweite Sprache zu lernen. Wenn schon sollte man die Zweisprachigkeitszulage, so wie den Landesangestellten, in den Grundlohn einbauen, weil sie dann auch pensionierbar ist. Die Staatsangestellten sind schlechtergestellt als die Landesangestellten. Sie leisten aber auch öffentlichen Dienst wie die anderen. Und diesbezüglich könnte man vielleicht eine Gleichheit herstellen. Ich sage, es muß wirklich ein Bedürfnis sein, auch die andere Sprache zu lernen. Ich glaube einfach, daß jeder Südtiroler mittlerweile die Gelegenheit hat, die Sprache in der Schule zu lernen und daß

man es nicht mehr unbedingt durch die Zweisprachigkeitsprüfung machen muß. Aber wir können schon einen Vorschlag in diese Richtung machen, wenn es auch Sache des Parlamentes ist.

Zur Landeshauptstadt Bozen. Ich glaube, auch die Landeshauptstadt Bozen ist von uns Südtirolern vernachlässigt worden. Aber hier gilt es, sehr, sehr vorsichtig vorzugehen, auch was zum Beispiel das Theater anbelangt, also Strukturen, denn ich möchte nicht, daß man zum Beispiel im Kulturhaushalt alles in dieses Megatheater "hineinbuttert", das braucht es meiner Meinung nach nicht, und damit den Kulturhaushalt auf dem Lande austrocknet, daß dann, damit hier irgendein Architekt oder ein Landesrat sich ein Denkmal setzen kann, die Kulturschaffenden auf dem Lande dafür büßen müssen und weniger Geld bekommen.

Und damit bin ich auch schon beim Thema Kultur und Bildung: *"Kultur und Bildung bedeuten Dialog und Befähigung."* Das ist richtig. Wenn man aber das geschichtliche Erbe erschließen will, wie es hier steht, dann muß man die Voraussetzungen schaffen, daß unsere Jugendlichen und unsere Kinder bessere Geschichtskennntnisse bekommen, Zeitgeschichte, aber auch Autonomiegeschichte. Warum geht man nicht her und führt in der Oberschule bei Staatsbürgerkunde das Fach Autonomiegeschichte ein. Diese Möglichkeit müßte man auch ohne Schulautonomie haben. Ich stelle immer wieder fest, daß es mit jungen Leuten oft sehr, sehr schwer ist, politisch zu diskutieren, weil bestimmte elementare Voraussetzungen fehlen, weil sie ihnen in der Schule nicht beigebracht werden, weil sie sie im Elternhaus nicht hören. Aber man will wahrscheinlich ja so die multikulturelle Gesellschaft verstehen, daß man alles vermischt und nichts Genaues sagt. Multikulturelle Gesellschaft

DURNWALDER (SVP): Nicht "Autonomiegeschichte", "Selbstbestimmungsgeschichte"!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Natürlich auch Selbstbestimmung. Das gehört schon dazu.

DURNWALDER (SVP): Ihr seid gegen die Autonomie.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nein, nein, wir sind nicht gegen die Autonomie. Für uns ist die Autonomie nicht der Weisheit letzter Schluß und ist nicht das Endziel. Das Endziel ist für mich die Selbstbestimmung. Die Autonomie ist ein Schritt in diese Richtung. Das Paket ist eine Etappe, aber kein Endziel. Wenn man natürlich beim Paket stehenbleibt und keine Vision für die Zukunft hat - und so schaut es aus -, dann bekommt man Schwierigkeiten. Das ist ganz klar. Und man kann den jungen Leuten keine Antwort mehr darauf geben. Das ist die eigentliche Problematik.

Unter multikultureller Gesellschaft verstehe ich eine Gesellschaft, wo mehrere Kulturen nebeneinander gleichberechtigt leben. Unter multikultureller Gesellschaft verstehe ich nicht, daß man drei Kulturen in einen Topf schmeißt,

umrührt und da kommt dann ein neuer Südtiroler heraus, wie es Magnago einmal richtig gesagt hat. Das möchte ich nicht. Da haben alle zu verlieren. Und es kommt die nächste Problematik dazu, das Problem der Einwanderer. Und diesbezüglich möchte man uns Freiheitliche ja auch weiß Gott wohin stellen, weil wir im Wahlkampf gesagt haben, wir sind für einen Einwanderungsstopp. Wir stehen dazu. Wir stehen auch dazu, daß Südtirol ein gastfreundliches Land ist, daß politisch Verfolgte jederzeit im Rahmen unserer Möglichkeit Aufnahme finden sollen, daß wir auch Hilfe leisten sollen bei Projekten für die Dritte Welt, aber Hilfe zur Selbsthilfe. Ich persönlich tu mich schwer: ein Bauern, der dreißig, vierzig Jahre gearbeitet hat, der bekommt eine Pension von 500.000/600.000 Lire bekommt - ein Einwanderer bekommt mehr.

FRASNELLI (SVP): Lesen wir die Gesetzgebungen durch ...

LEITNER (Die Freiheitlichen): Dr. Frasnelli das stimmt. Das kann man schon nachlesen. Schauen Sie, was sie bekommen! Da zündet man den sozialen Konfliktstoff regelrecht. Ich sage noch einmal: Jedes Land - und auch wir - soll bereit sein, Leute aufzunehmen. Die Wirtschaft holt Leute ins Land, weil unsere Leute bestimmte Aufgaben nicht machen wollen oder weil ein Nachholbedarf besteht, weil wir sonst die Stellen nicht besetzen können. Das ist legitim, und diesen Lauf wird die Wirtschaft immer nehmen. Dagegen ist auch nichts zu sagen. Diese Leute sollen dann aber bitte anständig untergebracht werden. Den Leuten, die man holt, soll man dann auch eine Wohnung schaffen, denn es ist für diese Leute auch nicht zumutbar, daß man sie sich selbst überläßt. Und ich darf noch ein Problem vorbringen - ich empfinde es halt so, und viele andere Leute empfinden es auch so -, das Problem der Religion. Unabhängig davon, ob jetzt jemand in die Kirche geht oder nicht in die Kirche geht, mehr gläubig ist oder weniger gläubig ist, ich sehe hier große Konfliktstoffe. Und ich habe jüngst mit einem Priester diskutiert und der hat mir gesagt: Die Logik von bestimmten Einwanderern, die dem Islam angehören - und die sollen ihren Glauben schätzen, so wie ich meinen schätze, bei Gott; aber die Ausgangslage ist eine ganz andere -, ist folgende: Ihr seid Christen. Ihr müßt Euren Nächsten lieben. Ihr müßt sogar Euren Feind lieben. Wir hingegen, wir sind Mohammedaner. Wir müssen Euch bekämpfen, wenn es notwendig ist mit Flamme und Schwert. Das kann jetzt kraß klingen. Ich sage aber, wenn man diese Diskussion bis zum Ende durchgeht, dann sehen wir, wo wir hinkommen. Ich bin hier kein Prediger, ich bin Christ. Der andere hat das Recht, Mohammedaner zu sein; der andere hat das Recht, Hindu zu sein. Und für mich, das muß ich auch sagen, ist jeder Mensch gleich viel wert. Das möchte ich schon ganz klar unterstreichen. Aber diese Problematik nicht zu behandeln, Leute, die sie aufgreifen, als Rassisten zu beschimpfen, mit dieser Vorgangsweise löst man kein Problem!

Die Förderung der Eigeninitiative soll endlich voranschreiten. Man soll wieder den Bürger in den Mittelpunkt stellen. Das geht hier auch hervor. Ich bin erfreut, daß man aus den letzten Entwicklungen gelernt hat, daß man sieht, daß die Politik kein Selbstzweck ist, daß die Parteien für den Bürger da zu sein ha-

ben und nicht umgekehrt. Und wenn hier irgendwo von einem hoheitsstaatlichen Denken die Rede ist, dann ist das bei uns im Lande nicht viel besser. Die Obrigkeitgläubigkeit unserer Bevölkerung ist sprichwörtlich. Man hat die Leute so erzogen, daß es eigentlich für jedes Problem eine Lösung von oben gibt. Man hat in mancherlei Hinsicht auch versucht, den Leuten das Denken abzugewöhnen. Aber diese Rechnung geht nicht auf, und die Leute beteiligen sich, Gott sei Dank, immer stärker auch an den einzelnen Entwicklungsprozessen.

Was die Frage der Hochschule anbelangt, so erwarte ich mir klarere Formulierungen, als sie in der Regierungserklärung enthalten sind. Kommt eine zweisprachige Universität - kommt sie nicht? Wird der Immersionsunterricht vorangetrieben, auch in den deutschen Schulen - ja oder nein? Man hört dieses und jenes. Wenn man die Schule in Südtirol zum Versuchsgarten machen will, dann möchte ich sehr, sehr stark davor warnen. Ich glaube, man soll das muttersprachliche Prinzip wahren, jede Volksgruppe - auch wenn es der Kollege Holzmann nicht gerne hört ich sage bewußt "Volksgruppe", auch wenn im Autonomiestatut leider nur "Sprachgruppe" steht; und das hat man wahrscheinlich ganz bewußt hineingegeben - soll sich weiterbilden, soll Entwicklungsmöglichkeit haben. Und ich wage schon zu behaupten, daß wir in unserem kleinen Land keine Volluniversität brauchen, weil für die Deutschen Innsbruck sehr nahe ist, für die Italiener Trient sehr nahe ist und andere Universitäten. Unsere Jugendlichen sollen ruhig auch einmal hinausgehen, sollen auch die Welt kennenlernen und können dadurch, glaube ich, unser Land mehr befruchten, als wenn man sie hier gemeinsam an einer Hochschule erzieht oder "züchten" möchte.

Das Vollstudium für die Grundschullehrer ist selbstverständlich eine große Notwendigkeit.

Zum Gesundheitswesen möchte ich folgendes sagen. Im Gesundheitswesen spiegelt sich vielleicht der Zentralismus unserer Landesverwaltung am stärksten wider. Und ich wage zu behaupten, daß der Zentralismus, die eine Sanitätseinheit usw., im Kopf von Landesrat Saurer ebenso stark verankert ist, wie die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis in der italienischen Verfassung. Wenn man jetzt hergeht und die Sprengel als große Lösung anpreist, dann klingt das auf dem Papier sehr, sehr gut. Ich möchte nicht wissen, wie wir in fünf Jahren diskutieren werden, wenn wir draufkommen werden, daß wir das alles nicht mehr bezahlen können. Und ich möchte auch nicht, daß man durch die Errichtung der Sprengel die Krankenhäuser Sterzing und Innichen abwürgt. Und die Versuche, die kommen ja immer wieder. Sie kommen immer wieder und letztendlich wird vielleicht diese Saat auch aufgehen. Wir sind ein kleines Land und haben so viele gute Krankenhäuser. Hier ist wirklich nicht gespart worden. Und bei der Gesundheit sparen ist sicherlich auch kritisch. Wo man sparen kann, ist bei den Sanitätsbauten, weil es in Europa vergleichsweise kein Gebiet gibt, wo prozentuell so starke Infrastrukturen errichtet worden sind. Wir haben einmal gesagt: Das Gesundheitsassessorat ist der größte Steuerverchwender im Land. Und ich stehe dazu, auch was den Geräteankauf anbelangt, die zum Teil nicht verwendet werden usw. Wenn man vom Bürger ver-

langt, daß er spart, dann muß das Land hier ein gutes Beispiel geben und es ebenso tun.

Den betagten Menschen, der älteren Generation, die ja unseren vielgepriesenen Wohlstand geschaffen haben, der leider Gottes auch zur moralischen Verfettung beigetragen hat, die also dafür verantwortlich zeichnen, soll man einen angemessenen Lebensabend bieten, nicht nur mit Förderungsmaßnahmen von seiten der öffentlichen Hand, sondern vor allem, wie es in unserem Raum üblich ist, durch die Eigeninitiative, die ja gerade bei der bäuerlichen Bevölkerung wirklich beispielgebend ist, daß man nicht alle von vornherein in das Altersheim abschiebt, um selbst mehr Ruhe zu haben. Hier appelliere ich wirklich an uns alle, daß man die älteren Leute so lange in den Familien läßt, solange es irgendwie geht. Und hier sind auch die Gemeinden anzuhaltend, in den Gemeinden Altenwohnungen zu errichten, damit die Leute sich nicht von ihrer gewohnten Umgebung trennen müssen. Also Nachbarschaftshilfe.

Wenn wir der Jugend Vorbild sein wollen - und das betone ich noch einmal -, dann müssen wir versuchen, der Politik wieder jenen Stellenwert zu geben, den sie eigentlich haben sollte, daß wir Politiker gewählt worden sind, um die Interessen der Bürger zu vertreten und nicht zum Selbstzweck, denn sonst werden wir die Politikverdrossenheit nicht abbauen, sondern noch verstärken. Wir werden sicherlich an Taten gemessen werden. Und es genügen viele schöne Worte dann eigentlich nicht.

"Verwaltung heißt Dienst am Bürger." Trefflich ausgedrückt. Den Bürger in den Mittelpunkt stellen, und wir stehen für freie Bürger in einem freien Land.

Daß die Gesetzesflut eingedämmt werden muß, ist selbstverständlich. Hier ist zu begrüßen, was der Landeshauptmann vorschlägt, daß im Falle einer Beschlußfassung ein bestehendes Gesetz abgeschafft wird, daß es durchforstet wird. Nicht zu viele Gesetze zu machen, das kann man nur unterstreichen. Das ist sehr, sehr positiv zu vermerken. Man müßte aber auch versuchen - das ist zwar angesprochen worden -, die Gesetzessprache ein bißchen verständlicher zu gestalten. Ich werde ein Beispiel zitieren, wie man es vielleicht nicht machen sollte, später, das im selben Papier dann ausgedrückt ist, wo man wirklich nicht nur dreisprachig sein müßte, sondern auch noch Fremdsprachenkenntnisse haben muß, um das überhaupt zu verstehen.

"Dem Bürger geben, was des Bürgers ist. Die politische Durchdringung des öffentlichen Lebens stieg sprunghaft an." Es ist gut, daß man das zugibt. Dem ist Abhilfe zu schaffen, wenn man nicht will, daß die Bevölkerung sich am öffentlichen Leben nicht mehr beteiligt. Und es wird auch zugegeben, daß die Beiträge und Subventionen reichlich geflossen sind. Man hat in diesem Landeshaushalt einen Selbstbedienungsladen gesehen. Und jetzt kommt man drauf, daß es nicht mehr so weitergehen kann, daß man nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip vorgehen kann, sondern daß man wirklich projektbezogen arbeiten muß. Die Parteien haben sich selbst überschätzt, nicht die Politik. Ich sage die Parteien. Aber nach Wahlniederlagen wird man bekanntlich einsichtig. Und wir sind scheinbar auf einem Weg der Besserung.

"Mehr Freiräume für die Bürger." Man muß hier auch aufzeigen, wie das konkret dann laufen soll. Bei der gegebenen Gesetzeslage wird es nicht unbedingt leicht sein.

Noch ganz kurz zu einigen Punkten aus dem Koalitionsprogramm. Ich habe schon gesagt und möchte das wiederholen: Hier wird vom Pariser Vertrag ausgegangen, über das Autonomiestatut, bis hin zur Eingliederung in den italienischen Staat. Da sagt man ganz offen: *"Es muß als allgemeines Anliegen aller empfunden werden, zur politischen, wirtschaftlichen und moralischen Gesundung des Staates beizutragen."* Der Abschluß des Paketes wird als wichtige geschichtliche Periode bezeichnet. Das ist er ohne Zweifel, nur sage ich, war der Abschluß in dieser Form falsch. Er war falsch, weil zwei Dinge enthalten sind, die für eine Minderheit nicht enthalten sein dürfen. Und das ist die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis und die internationale Klagbarkeit. Diese beiden Punkte waren Grundvoraussetzung für den Abschluß. Man hat den Abschluß auch ohne diese beiden Dinge gemacht. Und deswegen konnte ich für meine Person diesem auch nicht zustimmen. Und hier steht schlußendlich halt auch die Freiheit auf dem Spiel.

Ein bemerkenswerter Satz steht drinnen - und der könnte uns aus dem Wahlprogramm geschrieben sein -: *"Die Koalitionsparteien bekräftigen die Absicht, bei der Ernennung und Beauftragung von Personen für öffentliche Körperschaften Maßstäbe anzulegen, die ausschließlich auf die beruflichen Voraussetzungen, auf Kompetenz, moralische Unbedenklichkeit und gesellschaftlichen Vertretungswert aufbauen"*. Bei der Besetzung des Handelskammerpräsidenten hat man noch versucht, Politiker unterzubringen. Dieser Versuch ist gescheitert. Und man hat gesehen, daß mittlerweile diese Argumentation auch gegriffen hat und daß sich die Leute das nicht mehr gefallen lassen. Ich sage auch, wenn ein Wirtschaftsverband, wie der Hotelier- und Gastwirteverband, aus dem Südtiroler Wirtschaftsring austritt und erklärt, erst dann wieder eintreten zu wollen, wenn der Südtiroler Wirtschaftsring überparteilich ist, dann ist das nur zu begrüßen.

ABGEORDNETER: Er ist nicht ausgetreten!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Er hat seine Mitgliedschaft eingestellt. Ich berichtige mich sehr gerne. Jedenfalls hat er das zur Bedingung gemacht. Und das unterstütze ich auch. Keine Partei hat einen Alleinvertretungsanspruch, nirgendwo. Es war bis jetzt so üblich. Auch hier muß man sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Und man sieht, wenn die Bevölkerung Druck macht, dann wird es erreicht, im Interesse der Bevölkerung, nicht im Interesse eines Verbandes. Der Verband muß ja auch nur wieder seine Mitglieder vertreten, und er darf nicht sagen - der Bauernbund oder der HGv - "Du kannst bei mir nur Mitglied werden, wenn Du bei dieser oder jener Partei bist", wenn es in der Vergangenheit auch so war.

Der Teil der Wirtschaft fehlt beim Koalitionsprogramm sehr. Er ist zwar angeschnitten, aber sehr, sehr stark zu kurz gekommen. Um konkret zu sein,

erwarten sich die Leute schon wirtschaftliche Erleichterungen, auch im Steuerbereich. Wir haben vorgeschlagen - und werden es auch zur Forderung erheben -, daß man die I.C.I. auf Erstwohnungen abschafft. Ich finde es einfach unmenschlich, von jungen Leuten, die sich eine Wohnung kaufen, die ein Haus bauen, die eine Familie gründen und schon mit enormen finanziellen Belastungen behaftet sind, auch noch eine Steuer abzuverlangen, dafür, daß sie sich eine Wohnung leisten, mit allen Schwierigkeiten. Hier gilt es, ein Zeichen zu setzen. Oder zum Beispiel, um im Wirtschaftsbereich zu bleiben oder bei den Wirten zu bleiben, wenn man für einen Eisschrank in einem Gästezimmer 120.000 Lire zahlen muß, und davon bekommt das Land 96.000 Lire, dann könnte das Land doch hergehen und sagen - so wie es der HGV vorgeschlagen hat -, schaffen wir zumindest den Teil des Landes ab. Dann brauchen die Hoteliers nicht wieder als Bittsteller zum Land zu kommen, um dann auf der anderen Seite wieder Subventionen zu verlangen. Das ist ein Teufelskreis.

Zur Industrie. Ich verstehe nicht, wie das Land Südtirol hergehen kann und sich einen verseuchten Industriegrund in der Industriezone Bozen um den fabelhaften Preis von 410.000 Lire pro Quadratmeter aneignen kann, denselben Grund, der unter dem Faschismus unseren Bauern enteignet worden ist, die selbstverständlich jetzt keinen Centesimo, geschweige denn eine Lira bekommen. Ich finde das ganz einfach nicht gerechtfertigt. Die ganzen Subventionen, die in die Industriezone Bozen geflossen sind, die sollte man bitte einmal öffentlich auflisten, alle Gelder, die dorthin gekommen sind, und auch auflisten, welche Zweckbestimmung sie bekommen haben. Jetzt gehen wir her, kaufen diese Gründe wieder zurück, um sie dann wieder zuzuweisen, mit weiß Gott welchen Geschäften. Ein Dauergeschäft - die Industriezone Bozen. Und ich glaube auch, daß man nicht mit den ethnischen Spannungen in der Industriezone Politik machen darf und sagt, wir müssen hier Arbeitsplätze erhalten, denn wenn man mit diesem Geld den Italienern, die hier unten keine Arbeit mehr haben, eine Pension bezahlt hätte, dann wären diese alle gut versorgt gewesen, wobei ich auch zugeben muß, daß es für einen Arbeiter keine Befriedigung ist, nicht mehr arbeiten zu können. Das muß ich schon sagen. Aber dort unten in der Industriezone ist sicherlich Schindluder getrieben worden.

In der Sozialpolitik grundsätzlich sagen wir natürlich auch ja zum Volontariat, zur freiwilligen Arbeit. Und ich denke, daß sich das längerfristig positiv auswirken wird.

Zum Bereich Kasernen. Auch da habe ich kein Verständnis, daß wir über das Komitee, welches eingesetzt worden ist, mit dem Militär Tauschgeschäfte zu machen usw., um sündteures Geld vom Staat Objekte kaufen müssen, die er nicht mehr braucht. Ich bin kein Jurist, aber ich denke, daß man den Artikel 68 des Autonomiestatutes auch ausrichten und auslegen kann, wie es die Region Aosta gemacht hat, daß das automatisch auf das Land übergehen muß. Wir müssen hergehen, um in irgendeiner Gemeinde Baugrund, ob zu Wohnzwecken oder für Handwerksbetriebe, auszuweisen, sündteure Militärareale zurückzukaufen, die der Staat doch nicht mehr braucht. Und von der starken Militär-

präsenz in unserem Land hat heute Vormittag schon die Abgeordnete Klotz gesprochen. Das ist auch durch nichts zu rechtfertigen.

Zu den Gemeinden. Wir sind für die Direktwahl des Bürgermeisters, aber daß der Gemeinderat so gewählt wird, wie bisher. Wir sind dafür, daß sich die Gemeinden selbst Statuten geben und die Bürger mehr beteiligen, also für einen Weg zur direkten Demokratie.

Zu den einzelnen Fachplänen, die dem LEROP beigeschlossen sind, darf ich auch noch ganz kurz ein paar Worte sagen. Es wird gesagt, daß einige Wirtschaftsbereiche sich in Schwierigkeiten befinden und es vorauszusehen ist, daß die öffentlichen Mittel nicht mehr im bisherigen Ausmaß verfügbar sein werden. Das ist also klar. Die Mittel aus dem Landeshaushalt werden geringer. Man wird Abstriche machen müssen und man wird sehen, wo im Landeshaushalt die Schwerpunkte gesetzt werden.

Es steht hier *"Maßnahmen zur Privatisierung von öffentlichen Betrieben"*. Dagegen habe ich grundsätzlich nichts, aber ich möchte schon auf die Gefahr hinweisen, daß man damit nicht die Unterwanderung von Proporz und Zweisprachigkeit betreiben darf.

Zum Landesverkehrsplan. Man soll sich ganz klar auch dafür aussprechen, nicht nur die Straßen zu übernehmen, sondern, wenn es notwendig ist, auch sogenannte "trockene Äste", "rami secchi", wie der Italiener sagt, von den Staatsbahnen, weil man nicht predigen kann, Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und dann gleichzeitig die Bahnhöfe schließt, gleichzeitig zusieht, wie im Pustertal die LKW-Transporte mit Holz fortgeführt werden. Da kommen die Wagons bis nach Winnebach. In Winnebach werden sie auf LKW's umgelegt. Es müßte doch möglich sein, auch dort mit der Eisenbahn weiterzufahren.

Also beim Landessozialplan, die starke Förderung des Volontariats; das können wir unterstreichen.

Der Landessportstättenplan ist mangelhaft, ist sehr, sehr fehlerhaft. Ich habe noch nicht die Gelegenheit gehabt, ihn eingehend zu studieren, aber bei der schnellen Durchsicht ist mir aufgefallen, daß Dinge angeführt sind, die es überhaupt nicht gibt, eine Reihe von Sportstätten, die es nicht gibt, und daß einige Sportstätten sicherlich nicht notwendig sind. Ich denke dabei, um ein Beispiel zu nennen, an die Kunsteisbahn in Meransen, die man mit aller Vehemenz vorantreiben will. Ich gehe sogar soweit, und es ist sicherlich nicht hier der richtige Rahmen es zu sagen, daß man das Kunstbahnrodeln ohne weiteres auch abschaffen kann. Bei uns hat der Rodelsport so eine alte Tradition. Machen wir doch bitte Naturbahnen, wenn wir das Gelände haben, wo wir wenig tun müssen. Ich sehe nicht ein, daß man 40 Milliarden Lire ausgeben muß für ein Objekt, das dann von 15, 20 oder 30 Leuten genutzt wird. Das steht in keiner Relation. Sie alle haben vielleicht gehört, daß jetzt bei der Olympiade in Lillehammer in Norwegen die Bobbahn um ungefähr 43 Milliarden Lire gebaut worden ist. Diese wird nachher nie mehr verwendet. Aber um die Olympiade zu bekommen, mußte diese Investition getätigt werden. Wir dürfen uns doch nicht zu solchen Dingen treiben lassen!

PETERLINI (SVP): Das sagst Du als Meransner!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Das sage ich als "Voler", aber aus der Gemeinde Mühlbach. Es sind ja auch dann Nachfolgekosten für die Gemeinde. Ich meine, da muß man schon unterscheiden. Ich bin sehr für Sport, dafür, daß sich die Jugend sportlich betätigen kann, aber man soll vor allem Stätten fördern, die dem breiten Sport zugeführt werden und nicht Mammutprojekte bauen, die dann auch noch gefährlich sind, nicht nur, daß sie die Umwelt beeinträchtigen, sondern auch den Menschen, wenn dann wirklich Ammoniak austritt, wie auf dem Eissportring in Ritten usw. Und diese Gefahr wird nie gebannt sein.

Ich möchte zum Schluß kommen und nochmals sagen, daß mir diese Landesregierung, in dieser Zusammensetzung, nicht in der Lage erscheint, die aktuellen Herausforderungen lösen zu können, weil es eine Regierung ist - ich sage es noch einmal - bedeutend links von der Mitte. Aber ich sehe auch, daß die Südtiroler Volkspartei keine Probleme mehr hat, mit Leuten zu koalieren, die bis vor kurzem ja eigentlich die entschiedensten Gegner waren. Und wenn man noch bedenkt, daß auch die Grünen da irgendwo miteingebaut worden sind, indem man ihnen den Landtagsvizepräsidentensessel gibt, so muß ich sagen, ist diese Landesregierung nicht geeignet, die großen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre zu lösen. Wir - und das sage ich nochmals ganz klar - sind in der Rolle der Opposition angetreten. Wir werden versuchen, diese Rolle der Opposition im Sinne demokratischer Spielregeln zu spielen. Wir haben keine Probleme, guten Vorschlägen zuzustimmen, die Landesregierung auch dort zu loben, wo sie zu loben ist. Wir haben aber auch keine Schwierigkeit, mit dem Finger auf offene Wunden zu zeigen, wo wir es im Interesse der Bevölkerung tun müssen. Danke!

KURY (Sekretär - GAF-GVA): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kolleginnen sind nicht mehr viele, immerhin sind es noch zwei. Ich möchte meine Replik auf die Regierungserklärung des designierten Landeshauptmannes mit einem allseits bekannten Motto der Grünen beginnen, ein Motto, das lautet: *"Global denken, lokal handeln"*. Bei diesem Motto wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß bei jeder lokalen Entscheidung auch die globale Situation mitbedacht werden muß. Erlauben Sie mir also, daß ich bei der Besprechung des vorgelegten Koalitionsprogrammes und der Regierungserklärung immer auch ganz kurz auf die großen Herausforderungen unserer Zeit eingehe.

Eine der größten Herausforderungen an unsere Zeit ist meiner Meinung nach sicherlich die Umweltproblematik, kurz reduziert auf die Frage, ob die Industrieländer es noch rechtzeitig schaffen werden, ihren Umgang mit der Natur völlig zu verändern. Das Gesicht unserer Erde ist im letzten Jahrhundert entscheidend von der Ökonomie geprägt worden. Bis zum heutigen Tag legitimiert

der Großteil der Menschen der Industriestaaten sein Handeln mit der Ökonomie. Als Realist in Ökonomie und auch in der Politik gilt einer nur dann, wenn er hinreichend kurzfristig denkt und wenn er für Natur, Umwelt und Nachwelt höchstens das gesetzlich Vorgeschriebene tut. Mehr tun hieße ja, Kosten ohne Ertrag auf sich zu nehmen. Aber die Tage dieser Art von Ökonomie sind sicherlich gezählt. Jeder von uns weiß es inzwischen genau, was die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung an Energie, an Fläche, an Wasser, an Luft und an anderen Naturgütern verbrauchen, ist nicht auf die übrigen neunzig Prozent auszudehnen, ohne daß die Erde ökologisch kollabieren würde. Eine Umkehr ist unbedingt notwendig, und da macht auch Südtirol keine Ausnahme. Welche Antworten bietet nun das Koalitionsprogramm auf die Umweltproblematik?

Ich beginne bei den Zielsetzungen im Koalitionsprogramm und stelle fest, hier fehlt eine eindeutige ökologische Zielsetzung bzw. ein eindeutiges ökologisches Grundbekenntnis. Nun würde uns das weiter nicht stören, wenn die Ökologie nicht als eigenständiger Programmpunkt aufgeführt wird, denn wir waren es ja, die gefordert haben, daß Ökologie an der Basis aller Probleme stehen soll. Allerdings können wir das im Koalitionsprogramm nicht unbedingt feststellen. Wenn wir zum Beispiel die Wirtschafts- und die Arbeitspolitik hernehmen, ist hier, ich zitiere, von *"Förderung der Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit"* die Rede, es ist die Rede von *"Förderung der technologischen Erneuerung"*, von *"Programmen der Reindustrialisierung"* oder es steht: *"Die Beitragspolitik ist zu überdenken und in erster Linie auf die Stützung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auszurichten"*. Es steht kein Wort davon, daß die Förderungs- und Beitragspolitik auf umweltverträgliche Unternehmen aus sein muß, daß man den ökologischen Umbau der Wirtschaft fördern muß, daß man Anreize schaffen muß für ressourcenschonende Wege der Produktion usw.

Wenn wir jetzt die Landwirtschaft unter diesem Gesichtspunkt der ökologischen Zielsetzung betrachten, stellen wir fest, auch hier ist kein Wort von der höchstnotwendigen Entgiftung der Landwirtschaft zu lesen, von einer naturnahen Landwirtschaft, in der man auf Chemie, Übermechanisierung, Monokulturen usw. konkret verzichten würde. Und da hätte das Land die Möglichkeit, gezielt einzugreifen, z.B. um dem biologischen Anbau zum Durchbruch zu verhelfen.

Von einem Umdenken in der Beitragspolitik bei sogenannten Meliorierungen oder gar von einer Politik der Ausgleichszahlungen an Landwirte für nichtlandwirtschaftliche ökologische Leistungen ist im Koalitionsprogramm nichts zu sehen.

Bei den Planungsinitiativen im Bereich Umwelt wird der Grundsatz der Harmonisierung zwischen Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Grundlage der ökosozialen Marktwirtschaft aufgestellt. Im letzten Koalitionsprogramm war noch vom Grundsatz *"Ökologie vor Ökonomie"* die Rede, ein Grundsatz, der uns eindeutiger und klarer und zukunftsweisender zu sein scheint und der neben dem Grundsatz einer naturschonenden und landschaftsparenden Raumordnung im neuen LEROP festgeschrieben werden sollte.

Es freut uns, daß man in der Umweltpolitik von der reinen Reparations- und Grenzwertpolitik wegkommen will und daß man das Vorsorgeprinzip und das Verursacherprinzip in den Mittelpunkt stellen will. Es muß aber auch klar sein, daß man dabei häufig mit kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen in Konflikt geraten wird, und wir hoffen, daß dann die Landesregierung die eigenen Prinzipien nicht verleugnet.

In der Regierungserklärung wird auch davon gesprochen, daß man Verbote und Auflagen im Umweltbereich verstärkt durch wirtschaftliche Anreize ersetzen will. Umweltschonend produzieren muß sich finanziell auszahlen. Auch gegen diesen Grundsatz läßt sich wenig einwenden, aber im nächsten Absatz der Regierungserklärung heißt es dann wieder: *"Ein Alleingang Südtirols in diese Richtung würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe negativ beeinflussen."* Also man relativiert eigentlich dieses Prinzip schon wieder.

Weiters stellen wir fest, daß auch diesmal, die schon alte Forderung der Umweltschützer nach einem Umweltanwalt nicht berücksichtigt worden ist.

Das wäre kurz mein Beitrag gewesen zu den Prinzipien der Umweltpolitik.

Ich möchte nun auf eine weitere Herausforderung unserer Zeit kommen. Diese sehe ich vor allem im überall aufkeimenden Nationalitätenkonflikt, auf der ganzen Welt und auch bei uns. Bei der Behandlung dieser Frage möchte ich den umgekehrten Weg gehen. Ich gehe von der Situation in Südtirol aus, um anschließend auch auf die Notwendigkeit einer ethnischen Entspannung, auch gegenüber Nicht-Südtirolern zu kommen. Nun zuerst zum Verhältnis der in Südtirol lebenden Sprachgruppen. Diesbezüglich, so scheint es uns, haben wir neue Töne gehört. Von einer neuen Kultur des Zusammenlebens war die Rede. Und das begrüßen wir selbstverständlich. Auch mit den Aussagen zum politischen Rahmen und mit den Zielsetzungen im Koalitionsprogramm, wo vom Wert der Autonomie, vom Wert des Zusammenlebens und von der Notwendigkeit des Konsenses gesprochen wird, sind wir natürlich einverstanden. Auch die Ausführungen in der Regierungserklärung zu diesem Thema sind zu unterstützen. In vier Punkten wird präzisiert, wie man diese neue Kultur des Zusammenlebens verwirklichen kann. Auf Seite 3 der Regierungserklärung spricht man von der Notwendigkeit des Bewußtseins, das uns eigentlich mehr eint als uns trennt; man spricht von der Notwendigkeit, daß man weg vom Mißtrauen kommt und schließlich von der Notwendigkeit, die Ängste und Sorgen der anderen Sprachgruppe zu verstehen und Gegensätze nicht anzuheizen. Mit diesen Forderungen sind wir mehr als einverstanden, nur, ich muß es gestehen, mir fällt es nicht sehr leicht, diesen Worten Glauben zu schenken, wenn ich an das Verhalten der SVP in den letzten zwei Jahren denke. Die Art und Weise der Toponomastikdiskussion war wirklich nicht dazu angetan, Mißtrauen zu überwinden und sicherlich auch nicht Ausdruck dafür, daß man Sorgen und Ängste der anderen Sprachgruppe ernst nimmt. Ich bin davon überzeugt, daß die Art und Weise, wie man mit der anderen Sprachgruppe umgeht, fast noch wichtiger ist, als die Maßnahmen selbst, die man setzt. Auf Maßnahmen kann man sich nur dann gütlich einigen, wenn die Gesprächspartner das Gefühl haben, als

gleichberechtigte Partner ernstgenommen zu werden und akzeptiert zu sein. Wenn dieses Gefühl nicht vorhanden ist, wird jede Maßnahme, die die andere Volksgruppe will, zu einem Machtkampf. Ehrlich gesagt, ich hätte mir in der vergangenen Legislatur öfters mehr Sensibilität im Umgang mit der anderen Sprachgruppe gewünscht. Wir Grüne nehmen die zitierten Aufforderungen des designierten Landeshauptmannes mit Genugtuung zur Kenntnis. Es geht also darum, Mißtrauen zu überwinden, Dialog herzustellen. Wir werden aber auch dabei sorgfältig überwachen, ob die gesetzten Maßnahmen dem Ziel, nämlich eine neue Kultur des Zusammenlebens zu schaffen, entsprechen. Momentan ist es uns leider unmöglich, über diesbezügliche Maßnahmen etwas auszusagen, denn, obwohl in den Zielsetzungen des Koalitionsprogrammes von der Förderung des Zusammenlebens und vom Willen zum gegenseitigen Kennenlernen und zum Dialog zwischen den verschiedenen Sprachgruppen die Rede ist, fehlt im Koalitionsprogramm selbst im Abschnitt Kultur jeder konkrete Hinweis, wie dies verwirklicht werden könnte. Es ist dort nirgends zu lesen, daß die Kultur des Zusammenlebens, der Begegnung, der Interaktion, durch die Kulturpolitik oder durch die Jugendpolitik des Landes mit gezielten Projekten und Initiativen gefördert werden muß. Und damit könnte es eventuell nur reine Wunschvorstellung bleiben. Die neue Kultur des Zusammenlebens hängt sicherlich auch entscheidend davon ab, welche Rolle man der Stadt Bozen beimißt. Mir scheint, daß in diesem Koalitionsprogramm sehr kärgliche Maßnahmen angegeben sind, vor allem auch, wenn man sie daran mißt, was vor fünf Jahren noch an Maßnahmen gestanden hat. Die Notwendigkeit einer ethnischen Entspannungspolitik ist aber sicherlich nicht nur auf die in Südtirol lebenden Sprachgruppen zu beschränken. Eines der größten Probleme unserer Zeit ist sicherlich das Problem der Migration, und es ergibt sich die Frage, wie Südtirol mit den Einwanderern aus den Nicht-EG-Ländern, mit Flüchtlingen, mit anderen Minderheiten umgeht. Spätestens seit den verschiedenen Aggressionen gegen Ausländer in der Stadt Bozen ist es klar geworden, auch in Südtirol ist Ausländerfeindlichkeit und Rassismus an der Tagesordnung. Und nicht nur wer Zigeunern an den Kragen will, kann mit Beifall und Wählerstimmen rechnen, sondern auch wer Ausländer verbal oder tätlich angreift. Was immer auch die Gründe für diese rasch um sich greifende Ausländerfeindlichkeit sein mögen, ob es die Tatsache ist, daß auch in Südtirol die Arbeitslosenrate letzthin leicht angestiegen ist oder ob die europaweite Welle des Fremdenrasses jetzt auch Südtirol erreicht, die Frage nach der Verantwortung für diese Vorfälle müssen wir uns alle stellen. Im besonderen Maß allerdings geht diese Frage an jene Parteien, die im Wahlkampf massiv die Angst der Wähler vor Überfremdung geschürt und daraus politisch Kapital geschlagen haben, auch wenn es Herr Pius Leitner, wie er vorher gesagt hat, nicht sehr gerne hört. Natürlich ist eine Lösung des Phänomens der Migration nicht einfach, allerdings sollte ein reiches Land wie Südtirol, das im Vergleich zu den Nachbarländern - Schweiz, Österreich zum Beispiel - und im Vergleich zu Nachbarregionen ja in geringem Ausmaß vom Ausländerproblem betroffen ist, nicht weiterhin tatenlos zusehen, wie das rassistische Konfliktpotential anwächst, sondern es sollte versuchen, bei-

spielhafte Wege einer Problemlösung aufzuzeigen, sei es durch eine mutige Entwicklungszusammenarbeit mit den sogenannten Entwicklungsländern, sei es durch die Förderung eines gerechten und solidarischen Welthandels und sei es vor allem auch durch Maßnahmen hier im Land. Sollte man in Südtirol weiterhin die Augen vor dem Problem verschließen und jede Regelung ablehnen, bedeutet das de facto, daß man akzeptiert, daß die Ausländer in der Illegalität leben und ausgegrenzt werden und das bedeutet auch, daß entsprechende Abwehrreaktionen der einheimischen Bevölkerung zunehmen. Insofern ist es dringend notwendig, daß man sich auf politischer Ebene konkret mit dem Problem der Einwanderer aus Nicht-EG-Ländern auseinandersetzt und den gesetzlichen Rahmen für ein Aufnahmekonzept erstellt.

Wenn ich nun diesbezüglich das Koalitionsprogramm anschau, sehe ich wenig genaue Hinweise. Die Einwanderer sind zwar unter den Zielsetzungen unter Punkt 4) aufgezählt, im weiteren scheinen sie im Koalitionsprogramm nicht mehr auf, auch nicht unter dem Titel "*Solidarische Gesellschaft*", wo man sie eventuell vermuten könnte. In der Regierungserklärung steht dann auf Seite 37 ein Satz, den ich nicht verstehe. Der Satz lautet folgendermaßen - er ist auf Seite 37 ganz unten -: "*Um unrealistische Hoffnungen rechtzeitig zu zerstreuen und gefährliche unkontrollierte Ansiedlungen zu vermeiden, sollen die notwendigen Beratungsstellen mit notwendigen kurzfristigen Sozialeinrichtungen geschaffen werden.*" Also ich sehe hier einfach einen Widerspruch in den beiden Sätzen: einmal im Hauptsatz die Aussage "*es sollen die notwendigen Beratungsstellen geschaffen werden und kurzfristige Sozialeinrichtungen*" und dann im Finalsatz die Frage "Wozu?": "*um unrealistische Hoffnungen zu zerstreuen*". Also ich kann ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Sekretär - GAF-GVA): Aber man bereitet ihnen Beratungsstellen und Sozialeinrichtungen.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Sekretär - GAF-GVA): Ja. Sie sehen keinen Widerspruch in diesen beiden Sätzen? Ich sehe einfach, daß hier zwei Wunschvorstellungen kollidieren.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Sekretär - GAF-GVA): Ich möchte nun weiters zur Sozial- und Gesundheitspolitik folgendes vermerken: Prinzipiell positiv finde ich, daß im Landesgesundheitsplan der enge Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit festgeschrieben wird. Man hat also erkannt, daß eine intakte Umwelt die erste und wichtigste Voraussetzung für die Gesundheit der Menschen darstellt. Rein wirtschaftlich - man argumentiert ja meistens auch mit wirtschaftli-

chen Aspekten - gesehen bedeutet also aktive Umweltpolitik auch Einsparungen im Sanitätswesen. Weiters ist es positiv, daß der Prävention und der Gesundheitserziehung größere Wichtigkeit als bisher eingeräumt wird. Im Koalitionsprogramm befindet sich auch der Hinweis, daß bisher besonders vernachlässigte Kategorien von Kranken, wie z.B. die psychisch Kranken, die AIDS-Kranken und die Langzeitkranken, in Zukunft besonders berücksichtigt werden sollen. Das finden wir positiv, allerdings ist dabei nur für eine Gruppe, nämlich für die Langzeitkranken, ein konkretes Ziel angegeben. Man spricht von 5 Plätzen für 1.000 Einwohner. Wenn ich dazu die momentane Lage in der Sanitätseinheit West betrachte, wo es momentan zirka 100 Betten für 150.000 Einwohner gibt. Wir müßten also nach fünf Jahren mindestens 750 Betten haben. Also wir haben, glaube ich, hier einen ganz großen Aufholbedarf. Wir sind meilenweit vom angegebenen Ziel entfernt. Und es fragt sich schon, warum man hier so im Rückstand ist. Viele Familien leiden aufgrund dieses Defizits. Und vor allem die Frauen, denen die Pflege meistens anvertraut wird, fühlen sich von der öffentlichen Hand völlig alleine gelassen. Es ist dringend notwendig, daß hier bald etwas getan wird. Dasselbe gilt natürlich auch für die psychisch Kranken und dasselbe gilt im besonderen Maß für die AIDS-Kranken.

Im übrigen ist der gesamte Bereich der Sozialpolitik in der Regierungserklärung ziemlich wage und klingt in meinen Ohren ein bißchen nach *"Wort zum Sonntag"*. Es scheint mir gelinde gesagt eine Illusion, wenn man gerade hier auf Bürgersinn und Nachbarschaftshilfe setzt, wenn sonst unser ganzes System den Egoismus und den Konkurrenzgeist fördert. Die Tatsache ist die, daß im Bereich der Altenpflege, der Kranken- und der Behindertenpflege, die Verantwortung und die mühevollen Aufgabe fast ausschließlich auf den Frauen lastet. Ich glaube, daß diese zwar unbezahlbare Arbeit dennoch bezahlt werden sollte, bzw. daß jenen Menschen - seien es nun Männer oder Frauen -, die ihre Alten, ihre Kranken, ihre Behinderten zu Hause pflegen, jegliche Hilfe zukommen soll, damit sie dieser Aufgabe materiell, aber auch psychologisch nachkommen können. Und in diesem Bereich gibt es sicher noch sehr viel zu tun. Fromme Wünsche an die Bürger helfen da den Betroffenen sehr wenig.

Ich möchte nun eine kurze Stellungnahme zu einigen Fachplänen machen, die im Koalitionsprogramm ausdrücklich genannt werden. Bezüglich Landesverkehrsplan steht ein sehr problematischer Satz im Koalitionsabkommen. Ich zitiere: *"Die Position unseres Landes an einer internationalen Verkehrsachse soll nicht als Benachteiligung empfunden werden, sondern als eine Chance, die zu nutzen ist."* Ich habe den Eindruck, hier versucht man, die Gefahren und die Belastungen des Transitverkehrs zu verniedlichen, ja sogar als Chance umzuinterpretieren. Anstatt ganz klar von den notwendigen Beschränkungen und Maßnahmen der Verkehrsvermeidung und Verlagerung auf die Schiene zu sprechen, wird hier beschönigt. Wenn auch der Bau weiterer Autobahnen abgelehnt wird, scheint der autogerechte Straßenverkehr immer noch im Mittelpunkt der Verkehrspolitik zu sein. Zum Beispiel wird der Ausbau der Pustertaler und der Vinschgauer Staatsstraße angedeutet, die Ortsumfahrungen usw.

Im Entwurf zum Koalitionsprogramm war noch vom Ausbau des Bozner Flughafens die Rede. In der endgültigen Fassung ist dieser Satz dann weggefallen. Wir glauben, daß der Satz über den Flugplatz nicht deshalb gestrichen wurde, weil man auf den Ausbau verzichten will, sondern weil man weiß, daß dieses Vorhaben in der Öffentlichkeit sehr umstritten ist. Und wir melden hier schon unseren Widerstand dagegen an.

Zum Inhalt des Landesverkehrsplanes selbst. Der Plan entwirft sechs Szenarien, die aber alle von den gleichen Planungsprämissen ausgehen, nämlich von der Prämisse einer starken Steigerung der Verkehrsnachfrage bis zum Jahr 2011. Die sechs Szenarien unterscheiden sich dann durch eine mehr oder weniger fantasievolle, mehr oder weniger realitätsnahe Variation von Verkehrsangeboten. Eine Variation sieht sogar den Nichtbau der MeBo vor. Drei dieser Szenarien zielen, ich zitiere *"vor allem auf eine Verbesserung und Rationalisierung des Straßensystems ab"*, die anderen hingegen *"auf eine deutliche Entwicklung des öffentlichen Transportwesens"*. Aufgrund eines Simulationsmodells kommt man dann zu verschiedenen Ergebnissen, insbesondere zu Unterschieden in der Entwicklung der Nachfragestruktur. Als Umweltschützer müssen wir eine solcher Art angelegte Studie schlichtweg ablehnen, bei der alle Planungsalternativen von derselben Basisannahme eines starken Zuwachses der Gesamtverkehrsnachfrage ausgehen. Unserer Ansicht nach muß der Landesverkehrsplan nach einem vorgegebenen Leitbild ausgearbeitet werden. Und wie könnte so ein Leitbild aussehen? An unserem Ort, im sensiblen Ökosystem der Alpen und in unserer Zeit, der Zeit des Treibhauseffektes und des Ozonloches, und mit unserem wirtschaftlichem Grundkapital, nämlich dem Erholungswert der Landschaft, kann ein solches Leitbild nur eines sein, das die saubere Umwelt und die Gesundheit des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dazu auch ein Zitat aus der Regierungserklärung: *"Die Sicherung einer hohen Lebensqualität in einer sauberen Umwelt und die Erhaltung Südtirols als naturbezogenes Erholungsgebiet im Herzen der Alpen und Europas müssen im Vordergrund stehen."* Allerdings, ein solches Leitbild liegt dem Verkehrsplan nicht zugrunde.

Zwei Worte zum Landesenergieplan. Im Zusammenhang mit dem Landesenergieplan ist zu bemerken, daß das momentan vorliegende Energiekonzept für Südtirol den Verkehrsbereich nicht einbezieht; also es wird hier nicht bedacht, wieviel Energie der Verkehr frißt. Wenn man bedenkt, daß der Energiebedarf durch den Verkehr zirka 25 bis 30 % des Verbrauches ausmacht, dann wird deutlich, wie fragwürdig ein solches Konzept aus ökologischer Sicht ist. Die Zielsetzung des Planes wird in der Frage zusammengefaßt, ich zitiere: *"Wie, mit welcher Technik und welchen Energieträgern kann der zu erwartende Energieaufwand mit minimalen volkswirtschaftlichen Aufwand gedeckt werden?"* Das ist die Leitfrage und die Zielfrage des Energiekonzeptes. Dieser Ansatz ist aus ökologischer Sicht einfach daneben, denn er geht vom zu erwartenden Energieaufwand aus, nimmt jeden Energieträger gleichbedeutend in die Analyse auf und nimmt als Entscheidungsgröße nur den volkswirtschaftlichen Aufwand an. Das sind drei Grundbedingungen, die ökologisch abzulehnen sind.

Ein Zuwachs von fossilen Energieträgern ist aus ökologischer Sicht einfach nicht zu tolerieren. Wir alle wissen von der Begrenztheit der Brennstoffe, wir wissen, welche Folgen die Schadstoffemissionen haben, wir wissen alle vom Waldsterben, vom sauren Regen, vom Treibhauseffekt, und insofern ist auch beim Energieplan die Fragestellung und das Ziel falsch gestellt. Die Frage müßte folgendermaßen lauten: Wie kann man die Abhängigkeit von nicht-erneuerbaren Energiequellen jährlich um soundsoviel Prozent reduzieren? Würde das Konzept auf diese Frage Antwort geben, dann wäre es zukunftsweisend. Sonst paßt es sich einfach an den momentanen Verbrauch von nicht-erneuerbarer Energie an. Das Ergebnis der Studie ist dann von vornherein vorauszusagen, nämlich die Studie kommt demnach auch nur zum Ergebnis einer Umverteilung innerhalb der fossilen Energieträger, mit Schwerpunkt Erdgas, und zur Schlußfolgerung: die Erdgasleitung ist auszubauen.

Einige Wort zum Sportstättenplan. Dieser Plan ist ja mittlerweile schon auf harte Kritik gestoßen. Abgesehen davon, daß er anscheinend nicht einmal den vorhandenen Bestand an Sportstätten richtig ermittelt hat, ist der Bedarf der noch zu errichtenden Sportanlagen vollkommen realitätsfern beziffert worden. Selbst der designierte Landeshauptmann scheint dies gemerkt zu haben, denn er hat den Plan in seiner Regierungserklärung schon ein wenig relativiert. Der Dachverband für Natur- und Umweltschutz hat ausgerechnet, daß laut vorliegendem Sportstättenplan der Bedarf an Grund und Boden bei 6.700 Hektar liegt, also mehr als das Doppelte der heutigen Inanspruchnahme durch Sportanlagen. Es ist müßig, hier von einer ökologischen Kritik an diesem Plan zu sprechen, auf alle Fälle ist bei der Erstellung dieses Planes unter den Auswahlkriterien und Bewertungsparametern kein einziger ökologischer Indikator in Anwendung gebracht worden. Und ich glaube, allen ist klar, daß auch bei Sportstätten Böden versiegelt werden, der Naturhaushalt verändert wird, Lärm erzeugt wird, Energie verbraucht wird - denken wir an die Sporthallen usw. -, ganz abgesehen von Parkplätzen, Zufahrtsstraßen usw. Also man hat ökologische Kriterien völlig außer acht gelassen.

Ich möchte noch zwei Worte generell zur Auffassung Sport verlieren. Ich bin davon überzeugt, daß man den Sport zu fördern hat und vor allem jenen Sport, der Breitenwirkung hat, und daß man hier vor allem jene Sportarten fördern soll, die in der Anschaffung wenig bis nichts kosten und die auch dann in der Instandhaltung wenig bis nichts kosten. Wir haben solche Möglichkeiten. Ich denke z.B. an ein Fußgehernetz in den Städten oder auch Fußgeherpromenaden, ich denke an Radfahrnetze, ich denke auch an Naherholungszonen, ich denke ganz konkret an die Naherholungszone Lazag in Meran zum Beispiel, wo eine ganze Reihe von Vereinen über Jahre hinter diesem Projekt steht und man immer wieder auf Gummiwände stößt, während es, scheint es, kein Problem ist, Megaprojekte zu errichten; ich denke zum Beispiel an die Eis- und Schwimmhalle, die in Meran zur Zeit gebaut wird. Also hier muß einfach die Priorität umgedreht werden. Man muß in jene Sportanlagen investieren, die wirklich für alle da sind und die auch von allen finanziell getragen werden können.

Ein Wort auch noch zu den Schulturnhallen. Sport heißt auch Schulsport. Auch da sind wir in Meran mit demselben Problem konfrontiert. Über Jahre versuchen die Schulleute, Direktoren usw., eine Ausstattung der Schulturnhallen zu erreichen, die den Ansprüchen genügt. Es ist fast unmöglich, in Meran kleine, normale Turnhallen zu erstellen. Man kommt dann mit Megaprojekten wie die Küchelbergturnhalle. Und wenn diese Megaprojekte abgelehnt werden, dann ist halt wieder nichts mehr. Also: "Megaprojekte - oder nichts", so scheint es in unserem Lande mit den Sportstätten zu sein.

Zum Abschluß meines Beitrags möchte ich noch zwei Worte zum Begriff Demokratisierung bzw. Mitbestimmung durch die Bürger bringen. Ich stimme mit dem designierten Landeshauptmann völlig überein, wenn er sagt, wie es aus der Regierungserklärung hervorgeht, daß es der tätigen Mithilfe engagierter Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung unseres Gemeinwesens bedarf. Einverstanden. Man müßte schauen, daß viele Menschen sich für die gemeinsame Sache engagieren. Es werden dann in der Regierungserklärung drei Maßnahmen angegeben, um dieses Ziel zu erreichen. Da wird auf Seite 45 zum Beispiel von der Notwendigkeit gesprochen, daß man Vertrauen erhalten soll und dort, wo Politikverdrossenheit sich breit gemacht hat, versuchen soll, das Vertrauen neu zu begründen; da wird von der Notwendigkeit gesprochen, daß Politiker glaubwürdig handeln, und da wird im letzten Punkt auch davon gesprochen, daß Politiker dem Bürger nicht nach dem Munde reden sollen. Ich bin mit diesen drei Maßnahmen einverstanden, würde allerdings noch eine vierte Maßnahme hinzufügen, die für mich wesentlich wäre, nämlich, man sollte die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich bei grundlegenden Entscheidungen miteinbeziehen. Nur so kann man dem Bürger das Gefühl vermitteln, tatsächlich ernstgenommen zu werden. Am leichtesten wäre dies natürlich auf Gemeindeebene möglich. Bei der Gemeindereform allerdings ist genau das Umgekehrte passiert. Den einfachen Gemeinderäten hat man größtenteils das Mitspracherecht genommen. Die Macht ist in den Händen des Ausschusses und des Bürgermeisters konzentriert worden. Und auf diese Weise läßt sich die allgemein beklagte Politikverdrossenheit der Bürger sicher nicht bekämpfen. Wenn man dazu noch bedenkt, daß man zum Beispiel in der Gemeindefestsetzung von Meran festsetzt, daß für die Abhaltung eines Referendums knapp 6.000 Unterschriften benötigt werden - im Vergleich dazu Bologna: dort braucht es 5.000 Unterschriften -, dann merkt man, daß es mit dem Willen zur Demokratisierung der dort regierenden Parteien, und hier allen voran der SVP, nicht weit her ist. Demokratisierung hat nicht nur mit Bürgernähe zu tun, sondern hat auch damit zu tun, wie zum Beispiel Mehrheitspolitiker mit Politikern der Minderheit umgehen. Das fängt schon damit an, ob sie ihnen die nötigen Informationen herausrücken. Ich möchte dazu ein kleines Beispiel bringen: Seit zwei Monaten versuche ich, den Landesverkehrsplan zu bekommen. Ich habe ihn bis heute noch nicht ausgehändigt bekommen, mit der Begründung *"Momentan reden die Umweltgruppen darüber. Und danach bekommen erst die Politiker und die Volksvertreter diesen Plan."* Ich glaube, hier sind die Prioritäten nicht unbedingt richtig gesetzt. Ich würde ganz gerne gemeinsam mit den Umweltgruppen die-

sen Plan diskutieren. Ich verstehe jetzt allerdings - nachdem ich ihn jetzt auf viele Hinterwege endlich ausgehändigt bekommen habe -, warum der zuständige Landesrat ihn nicht gerne in der deutschen Übersetzung herausrückt. Er müßte sich nämlich schämen. Aber ich denke, nachdem wir jetzt in der Fachsingszeit sind, wäre es eigentlich gerade der richtige Moment, diesen Plan zirkulieren zu lassen, denn er würde sicherlich zur Volksbelustigung beitragen.

Demokratisierung hat also auch damit zu tun, wie Mehrheitspolitiker mit Politikern der Minderheit umgehen, ob sie ihnen zuhören, ob sie sie als Gesprächspartner akzeptieren bzw. ernst nehmen oder ob sie prinzipiell alle ihre Anträge niederstimmen. Demokratisierung hat aber auch mit den Medien zu tun. Wie demokratisch ist ein Land, in dem der Landeshauptmann, also der Chef der Exekutive, auch Chef des Medienbeirates ist, wie es der Gesetzentwurf vor den Wahlen vorgesehen hat? Und wie demokratisch ist ein Land, wenn eine Gruppe, die über fünfzig Prozent der Wähler stellt, nämlich die Frauen, keine Vertretung in der Landesregierung hat, wenn ausschließlich Männer darüber entscheiden, ob Maßnahmen, die von Frauen, bzw. von dem eigens dafür eingeführten Beirat, vorgebracht werden, durchgeführt werden? Und ich denke, da gab es auch unliebsame Vorfälle in der Vorwahlzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen, auch im Bereich der Demokratisierung ist noch viel zu tun. Auch hier ist ein Umdenken unbedingt notwendig, wenn man tatsächlich will, daß Bürgerinnen und Bürger sich engagieren.

Abschließend möchte ich noch einmal feststellen: Wir Grüne haben im Koalitionsprogramm und in der Regierungserklärung viele positive Grundsätze gehört. Da war von einer neuen Kultur des Zusammenlebens die Rede, da war auch von der Bereitschaft die Rede, in der Umweltpolitik Prinzipien anzuwenden, die die Grünen schon lange fordern, wie z.B. das Vorsorgeprinzip und das Verursacherprinzip, und da war sogar die Rede davon, daß Preise die Kostenwahrheit sagen müssen. Will man diese Prinzipien wirklich in die Realität umsetzen, dann muß man sich klar darüber sein, daß in vielen Bereichen völlig neue Wege eingeschlagen werden müssen. Ich wiederhole es noch einmal, wir Grüne können uns mit den Prinzipien großteils identifizieren. Wie, mit welchen Maßnahmen, diese Grundsätze verwirklicht werden bzw. ob die Maßnahmen den Grundsätzen entsprechen, darüber werden wir in den nächsten Jahren genau wachen. Es ist sicherlich nicht leicht, auf die großen Herausforderungen unserer Zeit lokal adäquate Antworten zu finden. Für den Erfolg entscheidend ist dabei sicherlich auch die Frage, mit wem der designierte Landeshauptmann diese Aufgabe angehen will, wer also die Regierungsmannschaft - in diesem Fall im wahrsten Sinne des Wortes - sein soll. Erlauben Sie mir hier noch eine letzte Aufforderung. Die Auswahl der Landesräte und die Ressortaufteilung muß nach der fachlichen Kompetenz und nach der persönlichen Neigung der Bewerber erfolgen. Sollte bei dieser wichtigen Entscheidung kleinliche Bezirks- und Parteilogik ausschlaggebend sein, dann ist der Mißerfolg sicherlich schon vorprogrammiert. Danke!

WILLEIT (LADINS): Werte Frau Präsidentin, werter designierter Landeshauptmann und werter Landtagsabgeordnete! Ich möchte Euch heute abend nicht die gesamte Zeit ausschöpfen und mich auf einige Bemerkungen zum allgemeinen Programm beschränken. Die Stellungnahme zur Ladinierpolitik, auf die Ihr sicherlich wartet, möchte ich gerne auf morgen verschieben.

Die Regierungserklärung ist sicherlich ein sehr umfassendes Dokument, haben wir heute bereits gehört, mit vielen Wünschen, vielen Grundsätzen und Leitlinien, mit meines Erachtens weniger neuen Aussagen über die Ausrichtung der morgigen Verwaltungspolitik auf den jeweiligen Sektoren. Einige wichtige Themen scheinen mir auch etwas zu kurz gekommen zu sein, und zwar die öffentliche Ordnung, auch die Schmiergeldaffäre, denn ich habe den Eindruck, die Bevölkerung schwebt immer noch in Zweifeln, ob das Land Südtirol wirklich keine Schmiergeldaffären hat oder nur kleine. Auch die Rolle der Frau, die Drogenprobleme, die Wahlreformen sind einige Themen, die meines Erachtens zu kurz gekommen sind.

Zu einem guten Teil der Regierungserklärung kann ich ohne direkte Verantwortung ruhig ja sagen, zu einem anderen Teil muß ich Vorbehalte anmerken. Den ersten obligatorischen Einwand muß ich in Form einer Frage vorbringen: Wie soll ein Autonomiebewußtsein, das sogar in Fleisch und Blut übergehen soll - was ich übertrieben finde -, wie soll eine Kultur des Zusammenlebens ohne Beteiligung an der Gestaltung, auf ungleicher politischer und rechtlicher Ebene und ohne kulturelle Selbstverwaltung der dritten Sprachgruppe zustandekommen? Wie lange, frage ich noch, will man sich hinter dem Rock der Autonomie verstecken, Autonomie, die sich nicht ändern läßt? Warum will man die Statuten nicht den Bedürfnissen der dritten Sprachgruppe angleichen? Wenn andere Siegesdenkmal und Ortsnamen als begangenes Unrecht ansehen, so mag ich da zustimmen, aber ich behaupte, daß die ungleiche Behandlung der Minderheiten ein größeres, ein vorrangigeres Unrecht darstellt.

Mein zweiter Einwand zum Programm betrifft die Nichtberücksichtigung der Wahlergebnisse, eine Bemerkung, die heute bereits gefallen ist. Es wird dem Umstand, daß aus den Wahlen das Bestreben der Ladiner auf Eigenständigkeit und Einheit hervorgegangen ist, in keinerlei Weise Rechnung getragen; wenigstens wird die Selbstverwaltung und die Einheit der Ladiner in keinerlei Weise erwähnt. So finden wir nichts über die Beziehungen zwischen den Ladinern der beiden Täler, zu den anderen Ladinern außerhalb der Täler, wir finden nichts über die Beziehungen der Ladiner von Südtirol zu den anderen Ladinern in den anderen Provinzen, und wir finden selbstverständlich nichts über die Beziehungen der Ladiner im Dolomitenraum zu jenen Graubündens und von Friaul. Was kann das bedeuten? Das bedeutet, daß die historische Einheit von Tirol auch zur Trennung der natürlichen Einheit der Ladiner werden kann, wenn die Einheit, das Zusammenleben hier, die Trennung der ladinischen Volksgruppe bedeutet. Aber über die Ladiner selbst und die Ladinier-Politik möchte ich, wenn Sie mir erlauben, morgen sprechen.

Vorerst etwas zum allgemeinen Programm. Die Schilderung der Wirtschaftslage betrachte ich als relativ sachlich, die vorgenommenen Ziele der Enthaltbarkeit, der Forschung, der Entwicklung, der Spezialisierung als kohärent. Vorsicht geboten, glaube ich, wäre bei einigen besonderen Mitteln, die angeführt wurden; so zum Beispiel bei der unbürokratischen Beschaffung von Bau- und Gewerbesteuern. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Beschaffung nicht immer zum Zwecke der Ansiedlung, sondern auch zum Zwecke der Spekulation gemacht wurde. Ich glaube daher, daß man genauso unbürokratische Verfahren für den Verfall, für den Rückerwerb der Betriebsflächen vorsehen muß.

Zur Wirtschaftsförderung, glaube ich, muß jeder der geforderten Transparenz zustimmen, aber nicht nur von dieser Förderung, sondern von jeder Förderung. Zur Effizienz und zum richtigen Einsatz der Wirtschaftsförderung möchte ich auch einiges sagen. Was heißt Effizienz? Das heißt, im richtigen Moment, also in der richtigen Zeit, für den richtigen Zweck eingreifen. Nun habe ich an irgendeiner Stelle gelesen, daß die Überweisung der Gelder aus Rom die Schuld wäre für die Verspätungen der Finanzierungen. Hat sich niemand gefragt, ob es noch andere Gründe gibt, und zwar die mangelhafte Koordinierung zwischen Investition und Subvention, die mangelhafte Koordinierung zwischen Gesuch, Behandlung der Gesuche und Auszahlung der Beiträge? Das heißt, daß in mehreren Sektoren, vor allem sicherlich im Handel, sicherlich im Handwerk, aber auch in anderen Sektoren, die Bilanzmittel eines zukünftigen Jahres für Investitionen vergangener Jahre verbraucht werden. Und das ist sehr oft der Grund, warum auf einmal keine Mittel mehr da sind. Weil sie schon ausgeschöpft sind für vergangene Gesuche. Ich glaube, es läßt sich so einrichten, daß die Investitionen vom Jahr auch mit den Bilanzmitteln des Jahres gedeckt werden.

Zur sozialen Wirtschaftsförderung. Dieser Begriff hat mir gefallen, denn ich bin auch überzeugt, daß viele Betriebe nicht wirtschaftlich arbeiten können, also ohne Förderung gar nicht auskommen und daß diese Förderung einen sozialen Zweck erfüllt, nur habe ich Bedenken gegenüber dem Einsatz dieser Mittel nach strukturschwachen und strukturstarken Gebieten. Ihr wißt, daß für strukturschwache Gebiete Abgabenerleichterungen und auch höhere Beiträge vorgesehen sind. Ich würde zu bedenken geben, daß die strukturstarken Gebiete höhere Kosten haben, größere Ansprüche, größere Konkurrenz und größere Abgaben haben. Und diese Elemente gleichen die Gebiete recht wohl und sehr oft aus.

Man muß absolut gegen Steuerhäufungen sein. Ich verstehe nicht, warum man nach Jahren eine Gewerbesteuer mit einer Tourismusabgabe, sprich Kurtaxe oder Fremdenverkehrssteuer, vereinbart und einhebt.

Zum geförderten Wohnbau. Dazu muß ich auch Bedenken äußern, und zwar in bezug auf die Anwendung eines gemischten Proporz, was bedeutet nach Zusammensetzung und nach Bedarf. Ich habe nichts gegen diesen doppelten Schlüssel, aber gegen die Berechnung des Bedarfes, die Berechnung des Bedarfes in zehn Jahren. Achtung, gerade die Gebiete mit viel Fremden-

verkehr, mit Hotels und Pensionen, gerade die ladinischen Gebiete in diesem Falle, haben weniger Gesuche einreichen können, weil die Betriebskubatur immer als Wohnkubatur berechnet wurde. Sie haben auch ihre proporzmäßigen Quotienten nicht ausgeschöpft. Nun, anstatt die verlorenen Beiträge einzuholen, verliert man weitere durch die Anwendung dieses Proporztes.

Eine weitere Bemerkung zum geförderten Wohnbau. Ich verstehe auch nicht die Einführung des Mindesteinkommens für die Zulassung zur Wohnbauförderung, sei es Bau, sei es Kauf, sei es Sanierung oder Wiedergewinnung, eine so hohe Mindestgrenze von Einkommen, die bei einer normalen Familie von vier Personen bereits über zwanzig Millionen liegt. Das bedeutet mit größter Wahrscheinlichkeit den Ausschluß von vielen Personen, die den Bedarf haben.

Auch eine kurze Bemerkung zur Berglandwirtschaft. Ich bin voll und ganz auch der Meinung, daß die Berglandwirtschaft sich am Naturerhaltungsprozeß beteiligen soll, aber ich würde weitergehen und sagen, sie soll sich auch an den Nutzungsänderungen beteiligen und vor allem, glaube ich, müßte man schauen, dem Bergbauer die Erhaltung seines Eigentums zu gewährleisten, denn die vielen Landschafts- und Umweltschutzregeln, die vielen Servituten, Oberflächenrechte, für Sportanlagen vor allen, beeinträchtigen sehr, sehr stark die Verfügbarkeit, also die Ausübung des Eigentumsrechtes seitens des Bauern. Und bekanntlich bleibt der Bauer auf seinem Hof, weil er sich dort als König fühlt.

Zur Planung. Jemand, der die ganzen Sektorenpläne betrachtet, meint, die Landesverwaltung hätte auf einmal die Planungswut bekommen. Ich stimme der Planungspolitik zu. Ich glaube sicher, daß man rationell damit arbeiten und verwalten kann, aber ich gebe auch zu bedenken, daß die Pläne sehr viel Zeit in Anspruch nehmen und sehr oft hemmend wirken. Nicht aus den Augen zu verlieren ist, daß die Landesplanung die Lokalautonomie, die Gemeindeautonomie sehr wohl beeinträchtigen oder schmälern kann, wenn die Beteiligung der Lokalkörperschaft nicht gut geregelt ist.

Zur Gemeindeautonomie noch zwei Worte. Ich bin einverstanden mit der Übertragung von Funktionen des Landes an die Gemeinden, aber es soll sich soweit wie möglich nicht um Delegationen handeln, sondern um wahre Übertragungen, die dann direkt von der Gemeindeautonomie wahrgenommen werden können. Man muß aber stets darauf bedacht sein, daß die Gemeinde nicht ein bürokratisches Monstrum werden soll. Also, die Gemeinde soll keine Bürokratiewerkstatt werden, sondern sie soll ihre Natur der unmittelbaren Vertreterin und auch unförmlichen Vertreterin der Bevölkerung bewahren.

Ich bemängle im Programm einige Hinweise auf die Reform der Lokalautonomien, vor allem auf die bevorstehende Reform des Reformgesetzes, also der Gemeindereform, über die Wahl des Bürgermeisters von seiten der Bevölkerung usw. Ich vermerke dazu nur eines: Bis zum Jahre 1990 ist die Autonomie, die regionale Autonomie in diesem Falle, stets vor dem Staate gewesen, was die Regelung der Gemeindeautonomie anbelangt. Nunmehr sind wir auf einmal weit hinten.

Zur Kultur und Bildung habe ich auf Seite 29 der Regierungserklärung einen schönen Satz gelesen: *Ich erwähne in erster Linie das Bemühen, über die Kulturassessorate die im Lande lebenden Sprachgruppen in ihrer Entfaltung, in der Artikulierung ihrer Interessen und im gegenseitigen Gespräch zu fördern. Gerade indem wir mehr als nur ein Kulturassessorat haben, die - basierend auf gemeinsamen gesetzlichen Grundlagen und gemeinsamen Grundprogrammen - autonom verwalten, können wir diesem Bemühen um so besser entsprechen, der unterschiedlichen Bevölkerungsverteilung der Sprachgruppen über das Land und ihren unterschiedlichen historischen Voraussetzungen und damit insgesamt der Bewahrung kultureller Vielfalt gerecht werden".* Nun, jeder hat verstanden, daß man von zwei Assessoraten gesprochen hat, vom deutschen und vom italienischen Kulturassessorat. Dasselbe gilt aber für die Ladiner. Dasselbe muß sicherlich für die Ladiner gelten.

Was die Einsetzung der Kulturmittel nach Bedarf anbelangt, bin ich als erster derjenige, der diesem Kriterium zustimmt, denn der Bedarf der ladinischen Sprachgruppe ist sicherlich größer, nur frage ich mich: Wie soll dieser Bedarf morgen bemessen werden? Nach Menge, nach Qualität oder nach sozialer Not? Für mich, außer Zweifel, nach dem letzten Kriterium.

Was die Gesundheit anbelangt, soll diese eine Perle der Autonomie sein, also die beste Einrichtung. Das mag sein, aber heute frage mich, was dazu die Kranken sagen, die sich die Medikamente und die Visiten nicht mehr bezahlen können und was die Alten sagen, die keine Pflegestation finden. Als ich vor zwei Jahren eine Pflegestation für einen Bozner suchte, erfuhr ich zum ersten Mal, daß es in Bozen keine Pflegestation für Alte gibt, daß es keine Pflegestätte in Altersheimen gibt. Daß die Gemeinde Bozen sich im ganzen Land behelfen mußte, in anderen Altersheimen, das wußte ich auch nicht. Ich habe seinerzeit die entsprechende Sozialstelle der Gemeinde Bozen angerufen, und von der hatte ich diese Auskunft erhalten.

Zur Verwaltung. Es wird im Programm von der Neuordnung der Führungsstruktur gesprochen. Diese Neuordnung muß sich noch bewähren. Sie hat sich auf keinen Fall bewährt, was die Auswahl der Führungskräfte anbelangt, die Auswahl, die mit - ich würde sagen -, entwürdigenden Kriterien stattfindet. Ich bin selbst zu einem Vorbereitungskurs gegangen, nicht dann zur Prüfung, wie über 90 % der Direktoren. Aber der Kurs hat mir mehr als gelangt, um zu wissen, mit welchen Methoden und mit welchen Kriterien die Führungskräfte ausgesucht werden.

Zum Verwaltungsablauf möchte ich nur sagen, daß das neue Gesetz über den Verwaltungsablauf keineswegs eine Entbürokratisierung, eine Vereinfachung der Verwaltungsprozedur mit sich bringt, denn aufgrund dieses Gesetzes müssen ja die einzelnen spezifischen Verwaltungsabläufe festgeschrieben und auch eingehalten werden. Daß Individualorgane anstelle von Kollektivorganen schneller arbeiten, erscheint mir richtig, aber die Gefahr der Subjektivität, der mangelnden Objektivität ist auf der Hand. Völlig daneben erachte ich die internen Kontrollen für das Landespersonal, die wirklich nur in einer aufgezwun-

genen Struktur erforderlich sind. In einer freien, demokratischen, kollegialen Struktur des Personals ist eine interne Kontrolle nicht notwendig.

Zum Schluß ein Wort zur Entregelung. Ich weiß nicht, wieweit eine Entregelung wohl möglich ist in einem Rechtsstaat wie Italien, wo die primären Gesetzesquellen oder Rechtsquellen doch immer die Verfassung und das Gesetz bleiben, aber zu bemerken ist auch, daß die Entregelung nicht die Regelungen beseitigt, sondern nur ersetzt. Die Gesetze werden durch Verordnungen ersetzt, und die Verordnungen sind Regeln, genauso wie die Gesetze, nur sind sie noch leichter zu erlassen, und mit größter Wahrscheinlichkeit werden noch mehr erlassen.

Auf keinen Fall stimme ich mit dem Vorschlag des designierten Landeshauptmannes überein, über die Prozedur Gesetze zu verabschieden. Wenn jedes Mal ein Gesetz abgeschafft werden müßte, wenn ein neues herauskommt, hieße das, daß wir heimgehen können, daß das gesellschaftliche Leben bereits so perfekt geregelt ist, daß es niemanden mehr braucht. Nein!

Auch teile ich nicht die Meinung, daß die Exekutive dem gesetzgebenden Organ besondere Ratschläge auf diesem Bereich erteilt.

Was die Ausgaben anbelangt, so glaube ich, ist es immer der Fall gewesen, daß sie immer berechnet wurden, aber vielleicht nicht auf zehn Jahre, wie hier erwünscht, denn auf zehn Jahre ist eine Berechnung der Ausgaben wohl nicht möglich und sie würde auch mit der Absicht der flexiblen Bilanz, wie ich an einer anderen Stelle gelesen habe, nicht vereinbar sein.

Ich hätte gerne heute an diesem Punkt aufgehört, nur weiß ich nicht, ob dann die Debatte abgeschlossen wird. Es hat sich nämlich niemand mehr vorgemerkt. Wenn die Debatte heute nicht abgeschlossen wird, würde ich morgen nochmals das Wort.

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Willeit, ich weiß nicht, ob die Debatte heute abgeschlossen wird oder nicht. Das hängt davon ab, wieviel Redner sich nach Ihnen noch vormerken werden. Bislang hat sich niemand vorgemerkt. Aber ich weiß auch nicht, ob sich nach Beendigung Ihrer Ausführung noch jemand meldet.

ZENDRON (GAF-GVA): Mi prenoto io per prendere la parola.

WILLEIT (Ladins): Ich danke der Kollegin Zendron. Ich würde gerne das Thema Ladiner angehen, aber es sollte dabei wirklich der Landeshauptmann anwesend sein. Danke!

ZENDRON (GAF-GVA): Signora Presidente, colleghe e colleghi e egregio assente Presidente incaricato, io proverò a non ripetere tante cose che sono state dette e credo sia anche noto io condivido come cose che riguardano l'ambiente, condivido anche la maggior parte delle cose dette della mia collega, e proverò a fare un ragionamento su quello che significa questo momento in cui noi scegliamo da che parte stare, ci prepariamo al lavoro che avremo nei pros-

simi 5 anni e cerchiamo di capire, in un momento storico, dove ci sono dei cambiamenti molto grossi per ogni forza politica qui presente, come ci si deve porre in un rapporto con l'esterno e all'interno di quest'aula. Abbiamo sentito già oggi accenti ben diversi da quelli a cui eravamo abituati nella legislatura precedente. Voglio fare due esempi negativi di cose che mi hanno colpito oggi e che mai prima d'ora sono state dette in questa forma. La collega Klotz che è sempre stata molto critica verso questa autonomia, verso la Giunta, a tal punto da non volere neppure partecipare con quelle forme di rappresentanza neppure all'attività del Consiglio che è cosa diversa da quella del Governo, oggi concludendo il suo discorso ha detto che non capisce cosa serva una coalizione. I rappresentanti italiani all'interno di una coalizione serviranno solo per frenare il lavoro della Giunta nella direzione dell'autonomia dinamica. In una forma così dura una cosa simile non era mai stata detta. Credo che questo sia una cosa su cui dobbiamo riflettere perché ci dà un po' un elemento di quali siano le discriminanti, di quali siano i ragionamenti che dovremo fare in futuro, anche per poter scegliere secondo delle logiche di area quale sia il nostro posto.

L'altra cosa che mi ha colpito è stata sentire dalla voce, gentile peraltro, di Pius Leitner, fare una dichiarazione lunga e molto dura contro gli immigrati extra comunitari, esprimendo una paura di tutto quello che è nuovo, straniero, parlando dell'ansia che viene dalla diversità di religione e di appartenenza di razza. Credo che questi siano due punti su cui dobbiamo andare a vedere se questa Giunta è in grado di dare delle risposte che noi possiamo condividere e su cui dovremo vedere come verrà attuato il programma rispetto a questi due punti fondamentali. Parto dal secondo perché forse è più semplice, e faccio un discorso sulla solidarietà, sull'apertura che noi dovremmo avere verso coloro che pur essendo diversi, pur comportando problemi soffrono ed hanno delle difficoltà, e sono vicino a noi e sono degli esseri umani. Noi proviamo solidarietà spesso e più facilmente verso quelli che ci sono simili, però io credo che per vivere a questo mondo oggi noi dobbiamo provare solidarietà verso tutti e soprattutto riuscire a cambiare noi stessi, avere un atteggiamento di apertura verso quelli che sono diversi, verso i quali è più difficile provare solidarietà. E' troppo facile provare solidarietà verso i nostri parenti, uffici, amori, dobbiamo riuscire, per essere esseri umani veri e pieni, a provare solidarietà anche verso quelli che in qualche modo ci fanno paura.

Io ho provato a cercare la parola "solidarietà" all'interno del programma e delle dichiarazioni del Presidente della Giunta e credo che soprattutto nel programma queste cose ci siano e sia anche nominata esplicitamente due volte la questione degli immigrati. Più sfumato, e anch'io ho le perplessità della mia collega, è invece come viene presentato dalle dichiarazioni del Presidente della Giunta, io credo però che noi non possiamo illuderci che attraverso la limitazione del campo in cui vogliamo svolgere la nostra azione riusciremo a risolvere un problema che esiste e che va affrontato con convinzione. Questo sarà uno dei punti su cui la nuova Giunta si dovrà confrontare, dovrà riuscire a produrre delle cose concrete, dovrà riuscire a dare delle risposte che non siano di ignorare le cose. Io credo che nonostante la difficoltà ad ammettere il problema, an-

che perché è impopolare e non si guadagnano voti, alla fine della scorsa legislatura ci sia stato un tentativo serio e concreto di fare una legge, di riconoscere quindi che il problema è reale. Io mi aspetto che questa cosa vada avanti.

L'altro aspetto che mi sembra fondamentale per giudicare le intenzioni della Giunta, è una cosa che ha a che fare con la visione del futuro del Sudtirolo. Ho letto nelle dichiarazioni del Presidente della Giunta Durnwalder nella scorsa legislatura, delle cose molto belle, che sicuramente in un momento di passaggio avevano una passione che nelle dichiarazioni di oggi un po' si è spenta e in questo momento non ci si può aspettare che si conservi sempre questo slancio di chi incomincia. Ho letto anche nel commento fatto da Langer a suo tempo una lode per il Presidente designato Durnwalder allora, perché a differenza del suo predecessore si occupava meno delle norme e delle leggi e di più delle questioni concrete, vedendo in questo la possibilità di superare, attraverso un atteggiamento diverso, prendendo sul serio le questioni reali della gente, antiche divisioni e fratture, contrapposizioni. Io credo però che questo rimane, poi noi abbiamo accusato nel corso della precedente legislatura la Giunta e il Presidente di essere troppo concreto, però non nel senso certo che rinfocoli l'ideologia dello scontro, ma nel senso che credo bisogna avere delle visioni, cioè riuscire non solo ad avere dentro di sé, ma anche a dare l'impressione della direzione in cui si vuole andare, e anche oggi rifacendomi agli esempi di quanto detto da alcuni colleghi prima, credo che in questa legislatura probabilmente cambieranno molte cose e potranno cambiare secondo due visioni della nostra vita comune, una visione che vede l'autonomia completata dopo la chiusura del pacchetto, che costituisce la costituzione dei cittadini che qui abitano, indifferentemente dal loro gruppo linguistico, pur in un adattamento che ci deve essere rispetto a quello che può succedere alla novità ecc. Questa è la mia visione, un modo di vedere le cose che ha come discriminante il fatto che il futuro venga deciso insieme da tutti i gruppi linguistici. Credo di aver letto soprattutto nel programma di coalizione, molto sottolineato, la questione del consenso, che per me non è un consenso all'interno della Giunta provinciale perché non basta, soprattutto per la rappresentanza italiana che sappiamo lì essere piccola rispetto a quello che è l'elettorato, ma deve essere un consenso ricercato tra i cittadini e questo vale per i cittadini di tutti i gruppi linguistici.

Questo credo sia il pensiero che deve restare sotto quello che viene fatto, o si sceglie una direzione o l'altra, però la discriminante è la conservazione della convivenza, della possibilità che qui ci sia la pace, che si possa continuare a lavorare insieme per costruire qualcosa e non tornare indietro chiudendosi ognuno nel proprio egoismo con conseguenze che non sappiamo valutare. L'alternativa viene fuori da una lettura dell'attuale situazione dell'autonomia dopo la chiusura del pacchetto, come un passo irrilevante, come se fosse una cosa accaduta da sé, senza ricordare l'impegno, le lotte che ci sono state per 20 anni da parte di tanti rappresentanti di questa terra per arrivare a vedere riconosciuti i diritti delle minoranze. Il considerare irrilevante la chiusura del pacchetto, l'autonomia che abbiamo non sarebbe di per sé così importante se non si aprisse la strada verso mete sconosciute. Quando il collega Leitner diceva che il Pac-

chetto è una cosa così, ma l'obiettivo è la "Selbstbestimmung", io chiedo per che cosa? L'obiettivo deve essere cosa si va a fare, come si va a vivere. Io ho sempre detto in anni precedenti che non sono contro la selbstbestimmung, però io vorrei sapere dove andiamo e intanto chi decide, se tutti assieme o chi? Io chiedo alla Giunta di decidere insieme, non insieme nella Giunta, ma insieme con il consenso della popolazione, di non fare in modo che ci siano dei gruppi, dei settori che si sentono passare sopra le decisioni anche magari perché non sono sufficientemente informati perché le ragioni sono tante, però di non dare mai l'impressione che si decida in modo unilaterale. Io ho provato a vedere nel programma di coalizione e soprattutto nelle dichiarazioni del Presidente e ho trovato delle affermazioni che mi sono piaciute e poi delle altre che mi sembrano in parte anche contraddittorie rispetto alla questione che ho posto prima. A me sembra che in parte la Giunta abbia compreso ad esempio l'emergenza dell'autonomia, il pericolo che le forze che non sono convinte di vivere in questo modo diventino sempre più grandi. D'altro canto sono d'accordo anche con quello che dice il Presidente che è convinto che la stragrande maggioranza dei cittadini della nostra provincia apprezza i vantaggi della nostra autonomia, e non solo quelli economici ma credo che accetti di vivere in un luogo dove ci sono persone che la pensano in modo diverso e sono portatrici di una cultura diversa. Poi ci sono dichiarazioni che danno un senso di continuità rispetto a quello che è stato il passato: *"Continuerò a voler essere il presidente della Giunta di tutti gli altoatesini"*. Poi ci sono delle cose che secondo me bisognava esprimere in modo diverso, che comunque possono costituire degli elementi che non fanno capire esattamente se la scelta di campo è decisa oppure se ci sono ancora dei margini per altre scelte. Ad esempio io ritengo abbastanza inutile l'aver scritto che solo la minoranza tedesca e ladina godono di una tutela particolare e questa tutela non va a scapito dei cittadini di lingua italiana. Questo modo di esprimere la cosa, considerato poi che i cittadini di lingua italiana, in parte anche a torto, si sentono invece poco compresi in questa autonomia, non mi sembra il massimo. Lo so che l'accordo di Parigi e lo Statuto di autonomia è stato fatto per tutelare la minoranza nazionale, però credo che siamo arrivati oggi ad un concetto di autonomia territoriale in cui il punto centrale è la pari dignità di tutti i gruppi linguistici, in cui il gruppo linguistico italiano deve essere portato ad accettare di essere minoranza all'interno del territorio della provincia, sapendo che lo Statuto di autonomia è in grado di tutelare anche una minoranza interna. E' questo il grande valore. Questa cosa sarebbe stato opportuno sottolinearla.

Ci sono delle differenze all'interno dei due documenti, dichiarazione del Presidente della Giunta e programma di coalizione, e non sono irrilevanti nel senso che credo si possano mettere vicine delle volontà, quelle dei partiti che hanno partecipato alla coalizione, e invece una visione che non collima esattamente con quella, e sono ad esempio il fatto che mentre nella chiusura del pacchetto, nelle dichiarazioni del Presidente un po' si sorvola, non c'è una rivendicazione dell'importanza di questo fatto storico, ma naturalmente questo può essere avvenuto perché si pensa di più al futuro, mentre invece nel programma di

coalizione si sottolinea fortemente il significato di questa questione. Poi c'è la faccenda dell'università che ha uno spazio notevole ma nelle dichiarazioni del Presidente si parla della nostra Landesuniversität di Innsbruck, mentre invece nel testo italiano è scomparsa dalla prima edizione che ho avuto modo di vedere, la frase "contatti con l'università di Trento" che credo siano molto desiderati ma anche realistici perché ormai moltissimi dei nostri ragazzi studiano lì quindi ignorarla del tutto non è una cosa tanto produttiva, ed è stata sostituita adesso da un generico "università italiane e straniere". Una cosa che mi preoccupa è il fatto che si parla nelle dichiarazioni del Presidente ampiamente della "Runder Tisch" all'interno della questione della regione europea del Tirolo, mentre nel programma di Giunta non se ne fa il minimo cenno, c'era ed è stato tolto. Questa cosa un po' incuriosisce, perché questa questione che per alcuni è l'obiettivo, per altri è il grande spauracchio, effettivamente esprime la differenza di opinione e di informazione all'interno dei gruppi linguistici italiano, tedesco e ladino anche, perché se il modello Regione Europa del Tirolo è solo Sudtirolo e Tirolo i ladini verrebbero ancora e definitivamente spaccati. Quindi mi sembra che non voglio dire che sia giustificata la preoccupazione, non so quando e in che forma si potrà realizzare, però secondo me quando si porta avanti un progetto, un'ipotesi di sviluppo e di cambiamento dell'assetto istituzionale o comunque geopolitico della nostra provincia è indispensabile che ci sia un livello di informazione di convinzione uguale nei vari gruppi linguistici. Il fatto di correre che ci siano due velocità parallele in cui uno corre di più e l'altro rimane indietro e ha paura perché non riesce ad arrivare, è uno dei motivi per cui nascono i conflitti, spesso anche inutilmente, perché se si potesse andare insieme probabilmente una parte dei problemi verrebbero risolti. E qui torniamo alla questione che abbiamo posto tante volte del rispettare di più le velocità degli altri. Ricordo quando si parlava del Rundtisch, idea del collega Frasnelli che poi ne è stato però escluso dalla pratica attuazione con anche mia sorpresa, all'inizio abbiamo avuto un paio di colloqui e lì si diceva che se deve essere uno strumento per capire la volontà della gente o anche per vedere se è possibile portare avanti un'idea, quasi quasi deve partire prima verso quelli che sono più indietro, verso quelli che ne hanno più paura. Solo così mettendo alla pari tutti si riesce ad affrontare i problemi. Io penso che questo sia uno dei criteri che dovrebbero guidare la prossima Giunta. Non lo metterei nella forma con cui l'ha messo oggi Holzmann, però anch'io ho qualche perplessità il fatto che sia presente in un programma di Giunta e non come proposta politica dei partiti l'obiettivo di avere delle nuove competenze. Probabilmente è una cosa legittima, mi incuriosisce solo che una Giunta dovrebbe amministrare all'interno di un quadro istituzionale definito, mentre qui si mette nel programma di Giunta quello di cambiare lo stesso programma.

Vorrei qui citare ancora dalle dichiarazioni del Presidente Durnwalder del 1989 il cui diceva: *"Occorre creare nell'interesse di tutti i gruppi etnici in Alto Adige un concetto nuovo dell'autonomia, un concetto proiettato verso il futuro. Per raggiungere questa meta non occorre certo modificare le norme autonomistiche vigenti"*. Io vorrei sapere cosa e in che misura è cambiato. Non credo non

si possano cambiare le norme autonomistiche, però credo che deve essere fatto con determinati criteri e non dicendo come per i programmi della scuola e per il bilinguismo "fatto salvo quanto previsto dallo Statuto", mentre da altre parti ci si prepara a cambiarlo. Anche qui credo vadano discussi i criteri con cui questo dinamismo dell'autonomia deve svilupparsi.

Un'altra cosa che, nonostante la sostanziale continuità della Giunta provinciale e questa è cambiata, è la questione dell'insegnamento della seconda lingua nella scuola. Nel programma del 1989 si affermava: *"E' indispensabile migliorare l'insegnamento della seconda lingua in tutte le scuole. Questo vale per il gruppo linguistico tedesco, italiano e ladino"*. Oggi invece si ipotizza la separazione dei curricula delle scuole italiane e tedesche per poter insegnare il tedesco con le nuove metodologie, e questa è una cosa su cui bisognerebbe riflettere.

Per quello che riguarda i ladini mi ha incuriosito una misura che viene prevista per i ladini, cioè l'insegnamento delle lingue francese e inglese nelle scuole. Mi chiedo perché solo per i ladini, a me piacerebbe che venisse insegnata anche nelle scuole italiane e tedesche.

Credo che altri abbiano già segnalato e anche gli stessi rappresentanti della SVP della città di Bolzano abbiano trovato insoddisfacente quanto è scritto sia nelle dichiarazioni del Presidente, un po' meno nel programma di coalizione, rispetto alla città di Bolzano. Ricordo il grande entusiasmo che avevano suscitato le dichiarazioni del Presidente all'inizio della scorsa legislatura che dedicava a Bolzano 4 pagine, mentre invece questa volta ci sono poche righe. Non mi voglio fare impressionare perché sono convinta che continuo di più i fatti delle parole. Nella legislatura precedente c'erano parole bellissime che potevo scrivere io o qualcuno più bravo di me che interpretava i miei desideri, però abbiamo visto che è stato fatto qualcosa di molto impegnativo anche se ancora i risultati non si vedono per quello che riguarda l'edilizia agevolata, sono state reperite le nuove aree, anche se poi oggi siamo di fronte alla fase in cui dovremmo arrivare ad attuare queste cose.

Rimangono ancora tantissime cose da fare e soprattutto rimangono quei nodi che non riescono a sciogliersi nel modo di sentire i cittadini il territorio e il territorio i cittadini, questo blocco di comunicazione per cui Bolzano non riesce a diventare il capoluogo riconosciuto del Sudtirolo e i bolzanini non riescono a riconoscere il fatto che non sono un'entità isolata, una cosa che vuole solo amministrarsi da sé, ma devono riuscire a riconoscere che sono una città all'interno di un territorio. Per fare questo credo che bisognerebbe forse considerare Bolzano sì un luogo dove ci sono le strutture di servizio e anche i centri culturali, però sempre pensare anche che è una città abitata da molti abitanti anche nella zona di espansione delle semirurali molto concentrati e insieme anche italiani e tedeschi e che hanno bisogno anche di strutture per loro. Servono i luoghi della cultura a livello provinciale che riescono a sintetizzare il luogo dell'incontro, del confronto ecc. però servono anche dei piccoli luoghi dove la gente si vede, si incontra, si conosce, riesce a creare insomma un tessuto sociale superando quel blocco della comunicazione che esiste nella città che non è molto

grande, ma vi sono episodi di solitudine, suicidi che in parte credo legati alla difficoltà di trovare luoghi dove parlarsi e dove superare anche le difficoltà delle differenze.

Mi sembra che le questioni femminili siano piuttosto sacrificate in questo programma di coalizione. E' scomparso completamente un accenno agli asili nido che sono una richiesta che nelle città dove la vita è organizzata in un certo modo sono molto utile. Mi hanno detto le colleghe Kaslatter e Mayr che loro l'avevano inserito e che poi invece è stato depennato.

Nelle dichiarazioni del Presidente la parte che riguarda l'ambiente è piuttosto buona. Ho fatto il confronto fra il "grünes Paket" che era stato presentato dai verdi nella legislatura precedente e ho visto che molte cose sono state attuate. Questo non significa che non ci siano tante cose su cui abbiamo da dire qualcosa. Il Presidente a pag. 22 definisce *"un'alternativa ragionevole al fatto che il problema dell'inquinamento è stato affrontato fino adesso solo con prescrizioni, divieti e altri strumenti amministrativi potrebbe essere sostituita dalla sostituzione dei divieti per le prescrizioni con incentivi economici"*. Ora io sono molto favorevole a come è stata impostata la questione nel programma di coalizione in cui si sono definiti i principi prevenzione, chi inquina paga, collaborazione soprattutto fra produttori, consumatori e anche gli ambientalisti e credo sia anche giusto incentivare economicamente, come è stato fatto su larga scala negli Stati Uniti o nel Baden Württemberg chi ha produzioni ecologicamente compatibili, però devo dire che non credo che questo possa sostituire le prescrizioni, cioè una normativa quadro di controllo, i limiti, sono il fondamento della tutela dell'ambiente. Direi che bisogna trovare un modo perché non ci sia solo il senso di soffocamento di subire, ma nello stesso tempo che ci sia anche il limite, superato il quale crolla completamente la tutela dell'ambiente.

Mi fermo qui, non voglio entrare in tante altre cose perché penso che nei prossimi 5 anni lo faremo, ripeto solo brevemente il fatto che la questione importante su cui ci dovremo confrontare nei prossimi cinque anni a mio parere è una scelta di campo su quale sarà il futuro del Sudtirolo, che la di là delle questioni concrete che dobbiamo affrontare ogni giorno comunque dobbiamo anche pensare a questo aspetto che poi avrà a che fare anche con la Regione, in cui non si può prescindere dal riconoscersi in una visione che ha come discriminante quello della pari dignità dei gruppi linguistici nelle scelte che decidono il futuro della nostra provincia.

CIGOLLA (PP): Gentile signora Presidente, stimati colleghi, il quadro politico nazionale che oggi si pone davanti ai nostri occhi è più che mai alla nostra attenzione uno stato di crisi sia politico che economico. Tutto sembra ancora incerto e non è certo un segno foriero di stabilità che può garantire lo stato civile e lo sviluppo sociale. Nel calarci nella nostra realtà e tentando una prima analisi possiamo affermare senza dubbio che la nostra provincia è stata fino ad ora soltanto sfiorata dalla crisi nazionale e questo, ne sono certo, grazie ad uno dei capisaldi che fino ad oggi hanno rappresentato la nostra politica, l'autonomia che negli anni passati è stata sviluppata e difesa.

Certamente nella nostra provincia non mancano i problemi, i cui effetti oggi non si sono palesati in modo evidente, ma che in futuro dovranno essere affrontati e risolti con la collaborazione di tutti. Ciò per affermare che la nostra politica dovrà essere improntata alla pacifica convivenza dei gruppi etnici senza alcuna prevaricazione di un gruppo a danno dell'altro. E' proprio questa consapevolezza che deve guidare la futura politica altoatesina.

Per l'istruzione dobbiamo istituire nella nostra provincia strutture universitarie e para universitarie che garantiscano uno spessore più ampio per la cultura dei nostri giovani, onde attivare e realizzare un più facile accesso nel mondo del lavoro. Un problema che affligge soltanto il capoluogo è l'emergenza casa. Migliaia di famiglie aspettano una soluzione al problema, nella fattispecie cittadini del comune di Bolzano aspettano anni per avere una casa, nondimeno cooperative edilizie, per giungere all'assegnazione di aree edificabili anche quando queste sono disponibili.

Per quanto si riferisce alla salvaguardia dell'ambiente tale tutela dovrà essere razionalizzata attraverso l'emanazione di una legge organica che soprattutto prevenga comportamenti ed atti che possano determinare il cambiamento del già fragile equilibrio ambientale.

E' da considerare infine importante anche l'equa distribuzione delle risorse. Mi riferisco soprattutto al fatto che ogni comune deve essere considerato per quanto riguarda i finanziamenti non in termini assoluti ma per problemi relativi e cioè sulla base del fabbisogno che deve risolvere. E' con questo spirito di equità che si possono sconfiggere i fanatismi nazionalistici e che ci consente di avvicinarci invece a quello spirito europeo che ci consentirà di abbattere barriere e pregiudizi e di determinare quello sviluppo economico e sociale e civile che noi tutti auspichiamo.

Ganz persönlich möchte ich ein Wort an den Herrn Landeshauptmann richten. Ich kann bestätigen, er hat uns besonders in den schwerwiegenden Fällen mitgeholfen, und ich hoffe, daß er mit dem gleichen Willen weiter für die nächste Zukunft mithelfen wird. Danke!

PRÄSIDENTIN: Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Abgeordneter Viola.

VIOLA (PDS): Io ritengo che vada utilizzato tutto il tempo, però siamo ad un quarto d'ora dalla fine, gli interventi sarebbero inevitabilmente spezzati e andrebbero ripresi, quindi suggerirei di sospendere la seduta fino a domani.

PRÄSIDENTIN: Gibt es Einwände zu diesem Antrag? Keine. Somit gebe ich diesem statt. Wir fahren morgen mit der Debatte fort.
Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.37 UHR

SITZUNG 4. SEDUTA

8.2.1994

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BENEDIKTER 14, 23, 24, 29, 31, 36, 37, 42

CIGOLLA 86

HOLZMANN 43

KLOTZ 9, 10

KURY 66, 70

LEITNER 53, 56, 59, 60, 63, 66

MAYR C. 4

PETERLINI 27, 29, 31, 36, 37, 66

VIOLA 87

WILLEIT 76, 80

ZENDRON 80